

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf.  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interfusions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Adressen über deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Katzenjammer-Session.

Der abgelaufenen zweiten Session der zwölften Legislaturperiode wurde das charakteristische Gepräge gegeben durch die Katzenjammerstimmung, die dem Schnapsblockausfall auf dem Fuße folgte.

Eine vollständige Neugruppierung der politischen Parteien war durch die sogenannte Steuerreform des Jahres 1909 bedingt worden und selbst das bürokratische Konsortium, das bei uns zu Lande die Regierungsgeschäfte besorgt, hatte sich genötigt gesehen, den Firmenträger zu wechseln; den süßlichen Diplomaten Bülow hatte der säuerliche „Philosoph“ Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt ersetzt. Die Schnapsblockmehrheit, bestehend aus Konservativen, Reichspartei, Antisemiten und Zentrum bildete die neue Regierungspalanz, die Polen blieben, trotzdem sie beim Schnapsblock mitgewirkt hatten, außerhalb des Ringes; Dan haben sie nicht geerntet. Die Liberalen, Nationalliberalen wie Freisinnigen waren wieder einmal in den Schatten der Regierungsgunst hinausgedrückt, ihr schmerzdurchwogtes Herz wurde von zuckenden Sehnsüchten nach den erdärmenden Strahlen der Regierungsgunne durchwühlt. Sie wagten nur Opposition zu machen mit untertäniger Entschuldigung auf den Lippen. Nur die Sozialdemokratie beharrte in der entschlossensten Opposition, wie früher gegenüber dem Hottentottenblock, so jetzt gegenüber dem Schnapsblock und der nach wie vor reaktionären Regierung.

Trumpf in der neuen Koalition blieb wie in der alten die konservative Partei. Nur eine reaktionäre Politik konnte mit ihr gemacht werden, so 1910 wie von 1907 bis 1909; nur womöglich um eine Nuance reaktionärer noch als zu Bülows Zeiten gestaltete sich in Bethmanns Händen die Regierungspolitik. Wenn die schwarzblaue Koalition mit irgendwelchen Hoffnungen auf eine Periode wachsender Erfolge in die neue Ära hineingesteuert war, so ist sie aus diesem kurzen Traum sehr unfaust ausgerückt worden. Die Nachwahlen, ein vortrefflicher Stimmungsmesser, lieferten bald den Beweis, wie das Volk über den ruchlosen Steuerraubzug des vorigen Jahres denkt. Die konservativen Gruppen erlitten überall starke Stimmenverluste. Aber bezeichnenderweise hatten nicht die Liberalen trotz der schließlichen Ablehnung des schnapsblockigen Steuerbouquets den Vorteil davon, sondern nur die Sozialdemokraten. Mit trefflicherem Instinkt hatte man im Volke erkannt, daß nicht die Stellung zur Erbschaftsteuerfrage, sondern die grundsätzliche Ablehnung der indirekten Steuern den richtigen Maßstab abgibt für die Wertung der Parteien. So bemächtigte sich eine trübe Materstimmung der bürgerlichen Parteien. Und die Leistungen des Bethmann-Kabinetts waren nicht dazu angetan, die Stimmung der bürgerlichen Parteien oder doch des Schnapsblockflügels zu heben. Es stellte sich bald heraus, daß der neue Reichskanzler ebenso gedankenarm und tatenunfähig ist wie sein Vorgänger, und da ihm noch dazu dessen Gabe fehlt, seine staatsmännische Unzulänglichkeit durch pomphaftes Gebaren zu verschleiern und dem genügsamen Philistergemüt schillernde rethorische Seifenblasen vorzugaukeln, so hatte der neue Reichskanzler bald selbst bei denjenigen Parteien das Vertrauen verwirrt, die von ihm die Förderung ihrer Politik erwarten konnten.

Zu all den Einflüssen, die aus der Reichspolitik selbst heraus eine niederdrückende Wirkung auf die Mehrheitsparteien ausübten, gesellte sich nun aber noch der preussische Wahlrechtskampf, der seine stetig anschwellenden Wogen auch in das Getriebe der Reichspolitik hinüberwarf. Schon kurz nach Beginn der Session nahm die sozialdemokratische Partei Anlaß, den Reichskanzler zur Verantwortung zu ziehen, weil er im preussischen Abgeordnetenhaus sich über das Reichstagswahlrecht in einer nur mangelhaft verhüllten Feindseligkeit ausgesprochen hatte. Von den Rednern der Sozialdemokratie wurde das Rechtfertigungsgestammel des Kanzlers ebenso wie die verworrenen staatsrechtlichen Doktrinen, die er dabei vortrug, nach Gebühr zerzaust. Aber auch gegen Ende der Session hatte die Sozialdemokratie Anlaß, durch eine neue Interpellation in den preussischen Wahlrechtskampf einzugreifen, da die preussischen Verwaltungsborgane in dem kranpfasten Bemühen, der Wahlrechtsbewegung Hindernisse zu bereiten, durch unbegründete Versammlungs- und Demonstrationsverbote das Reichsvereinsgesetz verletzt hatten. Bei dieser Gelegenheit hielt sich der vorsichtige Kanzler fern vom Schuß. Sein Vertreter, Staatssekretär Delbrück, ließ in seiner rein formalistischen Verteidigungsrede deutlich erkennen, daß er keineswegs von der napoleonisierenden Aktion des Bethmann-Handlangers Jagow sonderlich erbaut war. Bei nächster Gelegenheit zog es denn auch die preussische Verwaltung vor, einer sozialdemokratischen Demonstrationversammlung im Treptower Park keinerlei erkünstelte Hindernisse mehr zu bereiten.

Die zunehmende Katzenjammerstimmung trieb die Mehrheitsparteien zur möglichsten Abkürzung der Session und Zusammendrängung der Debatten an. Gutes konnte für sie doch nicht dabei herauspringen; also „nur bald zu Ende kommen“ wurde die Parole für die Behandlung der Geschäfte. Der Etat wurde bis Ostern durch das Haus gepeitscht. Der Reichskanzler mußte förmlich an den Haaren herbeigezogen werden. Er tauchte nur selten und widerwillig auf und verschwand meist nach kurzer Zeit. Seine Reden wurden immer dürftiger im Inhalt und gewällter in der Form. Das bißchen

Ansehen, das er gehabt hatte, schwand selbst bei den regierungstreuesten Seelen.

Die Vertretung der auswärtigen Politik überließ er in der Hauptsache Herrn v. Schoen. Es war auch ein Glück für die Regierung, daß ihr die Lösung von auswärtigen Verwicklungen von größerer Bedeutung nicht aufgedrängt wurde. Nur die Marokko-Affäre wirbelte einigen Staub auf. Nicht aber ihrer inneren Bedeutung wegen, sondern nur, weil die betriebsamen Gebrüder Mannesmann es verstanden hatten, sich als Opfer der Vernachlässigung ihrer Bergwerksinteressen in Marokko durch das Auswärtige Amt in allen patriotischen Zeitungen ausposaunen zu lassen, sodas die gesamten bürgerlichen Parteien in mehr oder minder ausgesprochener patriotischer Entrüstung aufschäumten, während nur die Sozialdemokraten auch diesem patriotischen Lamtam gegenüber die kühle Ruhe bewahrten und mit nüchterner Kritik an die Tatsachen herantraten. So kam unsere Partei in die seltsame Lage, allein der Regierung bei der Aufklärungsarbeit in dieser Frage zur Seite zu stehen. Die Auseinandersetzungen führten denn auch zu dem Ergebnis, daß der Mannesmann-Rummel in seiner ganzen Hohlheit entlarvt wurde.

Um so kläglicher schnitt die Regierung in der Hottentottenabstimmung ab, die gleichfalls wieder zur Sprache kam. Mit vieldeutigen Nebensätzen suchte auch Bethmann Hollweg genau wie sein Amtsvorgänger sich als Friedensfreund anzupreisen; Friedensstatten ließ aber auch er vollständig vermissen. Da auf die Zustimmung zu den Militär- und Marinerüstungen alle bürgerlichen Parteien unterschiedslos eingeschworen sind, fiel ihrer Passivität gegenüber die Opposition allein der Sozialdemokratie zu, die auch an dem chronischen Uebel des Militarismus wiederum scharfe Kritik übte. Gelegentlich der Militärdebatten kam nun aber der Grimm und die Angst der herrschenden Klassen wegen des bedrohlichen Ansehens der sozialdemokratischen Flut in frechen Bekenntnissen zum Staatsstreich zum Durchbruch. In verdeckter Weise bekannte sich der Herr Kriegsminister v. Heeringen dazu, daß das Militär sich zum Staatsstreich jederzeit bereit halten müsse, mit brutaler Offenheit platze dann noch der Erzjunke v. Oldenburg-Jamischau damit heraus. Die Sozialdemokratie trat sofort mit wuchtiger Entschiedenheit diesen Wortführern der junckerlichen Herrscherlaste wie den kläglichen Deckungsversuchen durch die Reichstagspräsidenten entgegen, so daß diese Vorgänge zur Aufklärung der Massen über die Zustände, unter denen wir leben, gründlich ausgemutet werden konnten.

Wie der Kriegsminister beim Militärretat hatte auch der Marineminister v. Tirpitz seine bösen Stunden. Arge Schlamereien waren in der Wertverwaltung zu Kiel aufgedeckt worden. Im Reichstage wurde die Regierung von allen Parteien darüber zur Rechenschaft gezogen; nur die Konservativen hielten sich zurück. Das propize Auftreten des Marineministers diente keineswegs dazu, ihn von der Mitschuld an den entwürflichen Nachlässigkeiten zu entlasten. Aber der Hauptschuldige ist doch der Bürokratismus, der in allen Verwaltungszweigen seine unheilvolle volksfeindliche und entwicklungs lähmende Wirkung ausübt.

Ueberlebt wie der Bürokratismus an sich ist auch die ganze halbabsolutistische Staatsmaschinerie des verpreuhten Deutschen Reiches; die Novembertage des Jahres 1908 haben das aller Welt klar gemacht. Den Wunsch nach Reformen hat die Mehrzahl der Parteien und die ganz überwiegende Mehrheit des Volkes. Aber klar und entschieden auf den demokratischen Parlamentarismus arbeitet doch nur die Sozialdemokratie hin, den anderen Parteien, auch den Freisinnigen oder der fortschrittlichen Volkspartei, wie sie sich nach erfolgter Einigung jetzt nennen, lähmt die Furcht vor der Sozialdemokratie die Entschlußkraft zu ernstlichen konstitutionellen Reformen. Es wurde auf Grund der Anträge verschiedener Parteien wieder die Geschäftsordnungskommission zunächst mit der Reform der Geschäftsordnung betraut, aber wie in der Hottentottenblockära die Liberalen, ließ sich in der Schnapsblockära das Zentrum durch die Rücksicht auf die konservative Bundesbrüderschaft von ernstlichen Reformen zurückhalten. Klägliches Stückwerk ist gerade vor Tagesbruch zusammengebracht. In diesem Reichstage kann überhaupt keine durchgreifende Reform gelingen.

Für die Kolonialverwaltung erwies sich der Diamantenfund in Südwesafrika als ein willkommenes Herausreißer. Herr Dernburg suchte die Vorteile, die dabei für das Reich herauspringen, nach Möglichkeit auf sein persönliches Konto zu bringen. Er geriet aber doch mit Zentrum und Konservativen in einen latenten Konflikt, der gelegentlich der Nachtragsforderungen zu den Kriegskosten in Südwesafrika durch das Zentrum auch in den Reichstag getragen wurde. Es wurde dabei der prinzipiell ganz richtige Versuch gemacht, einen Teil der Kriegskosten auf die kapitalistischen Interessenten abzuwälzen, doch war der Weg unzuwehmäßig. Die Sozialdemokratie schlug den richtigeren Weg der Erhebung einer Wertzuwachssteuer in Südwesafrika vor, erhielt dafür aber nur die Unterstützung der Polen. So kam die Kolonialverwaltung heil aus dem Konflikt heraus.

Die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden, spielte in ihren politischen Nachwirkungen auch in den Reichstage hinüber. Wegen des scharfmacherischen und brutalen Verhaltens der Regierung in dem Mansfelder Bergarbeiterstreik interpellierten die Sozialdemokraten und stellten die Regierung an den Pranger.

An gesetzgeberischen Maßregeln brachte die Regierung meist nur zurückgestellte Sachen zur Vorlage. Ihre schöpferische Unfähigkeit trat auch da wieder zutage. Von größeren Befehlen wurde nur das Kaligefetz fertig gemacht, aber in einer von dem Regierungsentwurf völlig abweichenden Form. Von sozialpolitischer Wichtigkeit ist auch das Stellenvermittlungsgesetz. Beiden Befehlen gab, da sie trotz großer Mängel immerhin Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes bieten, die Sozialdemokratie ihre Zustimmung. Abgelehnt hat unsere Partei aber das Reichsgerichtsgesetz, da es die Entlastung des Reichsgerichts auf dem schädlichen Wege der Vertenerung der Rechtspflege sucht. In den Kommissionen stecken geblieben sind das Reichsversicherungsgezet, das Arbeitsamtergesetz und die Justizreformgeetze. Es besteht wenig Hoffnung, daß dabei etwas für die Arbeiterschaft Wertvolles herauskommen wird.

Mit unwürdiger Hast hat der Reichstag gearbeitet. Die Katzenjammerstimmung lastete bis zuletzt auf den bürgerlichen Parteien. Aber in erfreulichem Gegenjatz dazu besaß die Sozialdemokratie die Hoffnungsfreudigkeit, die Sozialdemokratie. Die steigende Flut ist mit unserer Bewegung und im nächsten Jahre wird es die Aufgabe der Partei sein, auch im Reichstage darauf hinzuwirken, daß die bevorstehenden Neuwahlen uns einen besseren Reichstag schaffen.

## Das Spiel mit dem Volksrecht.

Die Verschlechterungen, die das Herrenhaus an dem Schandgesetz verübt hat, machen die Wahlrechtsvorlage selbst dem Hansabunde, dem man gewiß alles eher als politischen Radikalismus vorwerfen kann, unannehmbar. Er veröffentlicht in seinen Mitteilungen folgende Erklärung:

„Der nunmehr zur Verabschiedung vorliegende Entwurf des preussischen Wahlrechts verstößt nach unserer Ueberzeugung in wesentlichen Punkten gegen die wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, welche mehr als zwei Drittel der Staatslasten tragen. Für die im Hansabund vereinigten Kreise der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Angehörigen muß vor allem eine Wahlreform gefordert werden, die den Ungerechtigkeiten und Ungleichmäßigkeiten der heutigen Wahlkreiseinteilung ein Ende macht und den Änderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse entspricht.“

Nach wie vor ist daher eine Einteilung der Wahlbezirke zu fordern, die in völlig gleichem Umfange wie den landwirtschaftlichen Interessen so auch den kaufmännischen und gewerblichen Rechnung trägt. Jedenfalls aber ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren und sind die neu geschaffenen Sitze denjenigen Wahlkreisen zuzuwenden, in denen Handel, Gewerbe und Industrie, wie in den eigentlichen Rhodan- und Industriebezirken des Westens und der Mitte des preussischen Staates, besonders hervortreten. Im übrigen nehmen wir auf die bereits der Öffentlichkeit unterbreitete Stellungnahme des Hansabundes zur Wahlreform Bezug und wiederholen namentlich, daß keine Wahlreform denkbar ist ohne die direkte Wahl, welche in der Begründung der Regierungsvorlage als der modernen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend bezeichnet wurde. Das jedenfalls ist sicher: jede Wahlreform, welche dieser Entwicklung nicht Rechnung trägt, ist nicht geeignet, eine auch nur vorläufige Beendigung der Kämpfe herbeizuführen.“

Diese Erklärung wird hoffentlich den Nationalliberalen zu denken geben. Sie fordert nicht mehr, als was die Nationalliberalen selbst als ihr Minimalprogramm stets bezeichnet haben. Wenn selbst eine kapitalistische Organisation von reinstem Wasser wie der Hansabund gegen die Verschärfung der nationalliberalen Mindestforderungen Stellung nimmt, so werden sich die Herren vielleicht doch fragen, wie erst die breiteren Schichten ihrer Wähler über ihren Umfall denken würden.

Den Anhängern draußen im Lande soll der Umfall damit mundgerecht gemacht werden, daß man ihnen einzureden versucht, dies werde die Sprengung des konservativ-liberalen Blocks und damit die Ausschaltung des Zentrums bewirken. Daß das aber purer Schwindel ist, legt der ehemalige nationalliberale Abg. Metzger folgendermaßen dar:

„Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, wie sehr sich Zentrum und Konservative zueinander hingezogen fühlen. Sie stehen einander nahe in bezug auf ihre Weltanschauung, auf die ja Herr v. Heydebrand so großes Gewicht legt, und sie verfolgen zudem durcbweg dieselben Interessen. Wenn sie einmal auseinandergingen, haben sie sich stets bald wieder gefunden, und das wird auch diesmal wieder geschehen. Die Nationalliberalen haben immer großes Gewicht darauf gelegt, daß den jetzigen Kämpfen eine größere Ruhepause folgen müsse. Werden sie das erreichen, wenn sie das Gesetz in seiner jetzigen Form annehmen? Schwerlich. Zuerst war die geheime Wahl das hauptsächlichste Kampfbjekt. Es hat sich gezeigt, daß diese allein nicht genüge, wenn nicht die direkte Wahl hinzukommt. Man glaubt daher, geheime in Verbindung mit direkter Wahl fordern zu müssen. Bis dies Ziel erreicht ist, wird Ruhe nicht eintreten.“

In Wirklichkeit ist den zum Umfall treibenden Scharmachern in der nationalliberalen Partei die „Ausschaltung“ des Zentrums völlig gleichgültig. Was sie wirklich wollen, ist der Zusammenschluß der Reaktion. Sie wollen aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen die Scharmacherpartei gegen die Arbeiterforderungen auf politischem und sozialpolitischem Gebiet bilden. Deshalb sind sie für den Umfall,



obwohl sie genau wissen, daß dies die Selbständigkeit der Partei vernichten heißt. Dies gerade ist ihr Ziel. Die Nationalliberalen sollen allen noch so geringfügigen liberalen Wünschen endgültig abschwören und die konservativen Reigen verstärken.

Denn daß für die Nationalliberalen die Ablehnung des Schandgesetzes das einzig Vernünftige wäre, gibt gerade das Organ zu, das am weitesten für den Umfall agitiert. Die „Hamburger Nachrichten“ (schreiben nämlich):

„Wie sich schließlich die Nationalliberalen entscheiden werden: in jedem Falle wird ihre Boten von weittragender Bedeutung sein, ob sie nun die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus scheitern lassen oder ihre Annahme sichern. Im Falle der Ablehnung geht der Wahlrechtskampf weiter, und es gibt in der national-liberalen Partei ohne Zweifel eine mächtige Strömung, die lieber mit, den zu erwartenden Folgen der Ablehnung als mit denen der Annahme der Vorlage rechnet. Ohne Frage wird sich die Regierung, wenn jetzt eine Reform nicht zustande kommt verpflichtet fühlen, mit einer neuen Vorlage wiederzukommen. Ueber die öffentliche Wahl haben die Mehrheiten der ersten und der zweiten Kammer bereits das Todesurteil gesprochen, und es liegt daher der Regierung ob, dafür zu sorgen, daß es auch vollstreckt wird. Die Beseitigung der Öffentlichkeit des Wahlrechts würde die erste Aufgabe des nächsten Reformversuchs sein. Aus der Verwerfung des gegenwärtigen Entwurfs würde aber die Regierung vermutlich noch die Konsequenz ziehen, daß die Konzeption der geheimen Wahl nicht genügt, eine Reform durchzuführen. Sie wird geneigt sein, ein weitergehendes Zugeständnis an die liberal-demokratischen Wahlrechtsforderungen zu gewähren, und da sie in der ursprünglichen Regierungsvorlage grundsätzlich das indirekte Wahlverfahren schon hat fallen lassen, so wird es nur allzu nahe liegen, daß sich in dem nächsten Reformentwurf zur geheimen noch die direkte Wahl gesellt. Geheime und direkte Wahl aber sind zwei Hauptforderungen des Magdeburger Wahlrechtsprogramms der Nationalliberalen. Diejenigen Nationalliberalen, die für die Ablehnung der vorliegenden Wahlrechtsänderungen eintreten, haben also nicht unrecht, wenn sie dabei auf die Wahrscheinlichkeit spekulieren, im Sinne ihrer Parteiforderungen mehr zu erreichen, wenn jetzt eine Reform nicht zu Stande gebracht wird, die ja nur eine der nationalliberalen Forderungen, die geheime Wahl, und diese obendrein nur für die Wähler betreffen würde.“

Trotzdem also die Ablehnung für die Nationalliberalen selbst das weitaus günstigere wäre, würden die Scharfmacher bei der unreaktionären preussischen Landtagsfraktion ihr Ziel sicher erreichen, falls sich die Konservativen darum bemühen. Aber gerade dies ist wenig wahrscheinlich. Vielmehr ist der Kuhhandel zwischen Zentrum und Konservativen bereits im Gange. Darüber wird berichtet:

In den Pfingstferien werden die Verhandlungen zwischen den Konservativen und dem Zentrum über die Gestaltung der Wahlrechtsvorlage zum Abschluß gebracht werden. Die Konservativen halten vorläufig noch an den alten Kompromißbeschlüssen fest und versuchen einen Mittelweg zu bauen, der ein Kompromiß zwischen den Herrenhausbeschlüssen und den Beschlüssen der Reichheit des Abgeordnetenhauses bilden soll. Das Zentrum will auf keinen Fall die Herrenhausbeschlüsse annehmen, auch im konservativen Lager ist die Zahl der Gegner jetzt eine größere, vor allem wünscht man kein Zusammengehen mit den Nationalliberalen, deren Taktik bei der zweiten Lesung der Vorlage bei den Konservativen noch immer nachwirkt. Die Nationalliberalen beobachten eine abwartende Haltung, da über die Pläne ihrer Gegner bisher nichts Positives verlautet. Allgemein wird angenommen, daß auf der Grundlage der Herrenhausbeschlüsse unter Abänderung der Drittlesungsbestimmungen Kompromisse geschlossen werden. Ungetrübt ist nur, wie Regierung und Herrenhaus sich dazu stellen werden. Die Herrenhausbeschlüsse können auf eine erhebliche Mehrheit nicht rechnen, wahrscheinlich auf keine Mehrheit.

Das Herrenhaus selbst kann seine Beschlüsse am 21. d. M. überhaupt nicht mehr ändern, denn nach der Geschäftsordnung ist nur eine reine Abstimmung ohne Anträge und ohne Diskussion für den 21. Mai zulässig.

Man muß sich daher auf neue Lücken und neue Verrätereien auch des Zentrums gefaßt machen. Wenn also Herr Erzberger mit drohnendem Pathos wieder einmal erklärt, die Antwort des Zentrums auf die Herrenhausbeschlüsse könne nur ein „dreifaches Nein“ sein, so werden die Änderungen, die der Schandabschluß an dem Schandgesetz vorzunehmen gedenkt, den volksfeindlichen Grundcharakter der Vorlage sicher nicht berühren. Den Grund, woher die plötzliche Festigkeit des Zentrums kommt, verrät Herr Erzberger mit großer Offenheit selbst. Er teilt mit, daß man in Regierungskreisen bei dem neuen Drittlesungsverfahren für das Zentrum einen Verlust von 20 Mandaten herausgerechnet habe. Schädigstes Mandatsinteresse und nicht Wahlrechtsfreundschaft leitet das machtthierische Zentrum und für das Volk ist von den Parteien des Dreiklassenhauses nichts zu erwarten. Das Wahlrecht kann nur gegen das Dreiklassenparlament und außerhalb des Parlaments erobert werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Mai 1910.

### Endlich!

Endlich hat sich die „Kreuzzeitung“ von ihrem schmählichen Reinfall so weit erholt, daß sie wieder Worte findet. Ja, sie hat inzwischen sogar ihre ganze Unverfrorenheit wiedergefunden. Dreht sie doch, statt sich selbst wegen ihrer ungeheuerlichen Entstellungen des und wehmütig zu entschuldigen, mit einer Dreistigkeit, die dem seltsamen Hammerstein Ehre gemacht haben würde, den Spieß um, um dem „Vorwärts“ „Mögliche Blamose“, „Unfähigkeit“ und „Unzuverlässigkeit“ vorzumerfen. Und wie bringt sie das Unglaubliche fertig? Daß sie zwei lange Leitartikel gebracht hat, in denen mit den grotesksten Entstellungen der wirklichen Tatsachen gearbeitet worden ist, dies Faktum vermag sie nicht aus der Welt zu schaffen. Aber, so erklärt sie, sofort, nachdem sie ihres Irrtums gewahr geworden sei, habe sie eine Verichtigung gebracht, und diese in der Nr. 213 enthaltene Verichtigung habe der „Vorwärts“ aus Unzuverlässigkeit oder Unfähigkeit unbeachtet gelassen. Daß der „Vorwärts“ diese Verichtigung aber übersehen habe, beweise von neuem seine „Unzuverlässigkeit“.

Es gehört wirklich die Stirn eines Hammersteins dazu, die Dinge derart auf den Kopf zu stellen. Aber wenn sich die „Kreuzzeitung“ einbildet, ihre eigenen Leser durch solche Unverfrorenheit verblüffen zu können, so verfangen und gegenüber solche Kunststücke ganz und gar nicht. Wir stellen hiermit nochmals mit aller Gelassenheit fest: Die „Kreuzzeitung“ brachte in ihrer Nr. 209 vom Sonnabend, den 7. Mai, und zwar in der Morgenausgabe dieses Tages, jene Artikel, in denen der die Maximierung betreffende Beschluß des Herrenhauses geradezu unglaublich entstellend wiedergegeben wurde. Dieser in einem breit ausgehobenen Leitartikel begangene „Irrtum“ wurde weder in der Abendausgabe vom Sonnabend (Nr. 210) richtiggestellt, noch in der Sonntagnummer (Nr. 211). In der Sonntagnummer erschien

vielmehr ein weiterer Artikel, der ganz in derselben ungläublich falschen Weise die Beschlüsse des Herrenhauses interpretierte! Erst am Montagabend, in der Nr. 212 brachte dann die „Kreuzzeitung“ eine kurze Verichtigung. Daß der „Vorwärts“ diese Verichtigung überfah, ist etwas, was weder von „Fahrlässigkeit“ noch von „Unfähigkeit“ zeugt. Daß aber die „Kreuzzeitung“ ihren ungeheuerlichen „Irrtum“ am nächsten Tage nicht nur nicht berichtete, sondern durch einen zweiten Artikel munter fortsetzte, das ist allerdings etwas, was der Gewissenhaftigkeit und den Fähigkeiten der „Kreuzzeitungs“-Redaktion (sowohl, wie ihrer Leser ein ganz eigenartiges Zeugnis ausstellt!

Im übrigen hat gerade die „Kreuzzeitung“ alle Ursache, von der „Unzuverlässigkeit“ anderer Blätter zu sprechen! Ist ihr doch in ihrem Artikel nicht nur bei der „Maximierung“ ein solch unglaublicher „Irrtum“ unterlaufen, sondern frohen doch ihre sämtlichen Zahlen von Fehlern! Um nur einiges zu erwähnen, berechnete die „Kreuzzeitung“ die für die Drittlesung in Betracht kommende Staatseinkommensteuer auf insgesamt 244 Millionen M., während der Betrag in Wirklichkeit sich nur auf 173 Millionen M. beläuft! So behauptete sie weiter, daß von der Staatseinkommensteuer auf die erste Klasse 86, auf die zweite 80 und auf die dritte 78 Millionen M. entfallen seien, während die wirklichen Ziffern 62, 54 und 58 Millionen M. betragen! Kurzum, die ganzen Artikel der „Kreuzzeitung“ beruhen, um uns des angemesseneren Ausdrucks fähig nicht zu bedienen, auf einer ganzen Kette falscher und unglaublicher Irrtümer! Ganz einerlei, ob die Artikel redaktionelles Eigentum waren, oder ob die Redaktion einem „geschätzten“ Mitarbeiter nur Gastrecht gewährte: durch die unbeanstandete Veröffentlichung solcher Artikel an zwei verschiedenen Tagen hat die „Kreuzzeitung“ einen gar nicht zu überbietenden Beweis von Leichtfertigkeit und Unfähigkeit erbracht!

### Die Folgen der Tabaksteuer.

Mit der künftigen Gestaltung der Unterstützung für die Tabakarbeiter, die durch das Tabaksteuerergesetz arbeitslos geworden sind, wird sich der Bundesrat mit Rücksicht auf die neueren Beschlüsse des Reichstages zum Etat befassen. Vorher wird jedoch eine Konferenz mit den Vertretern der Tabakarbeiterorganisationen am 19. Mai und eine gleiche Konferenz mit den Fabrikanten der Tabakindustrie im Reichsschatzamt stattfinden.

### Wer hat nun recht?

Der 24. Verursachungsstichtag, über dessen Erklärungen zur Reichsversicherungsordnung wir weiter unten berichten, erfreute sich auch der Aufmerksamkeit des Staatssekretärs des Innern. Herr Delbrück begrüßte die Versammelten und unternahm dann in einigen allgemeinen Bemerkungen eine schlichte Verteidigung der Reichsversicherungsordnung gegen die Angriffe der Unternehmer. Dabei sprach er auch den folgenden schönen Satz aus:

„Der Gesetzgeber darf nie der Diener bestimmter Interessengruppen sein, sondern er muß über ihnen stehen und das Gesetz lediglich im Interesse des Allgemeinwohls auszugestalten bestrebt sein.“

Ein Vorgänger des Herrn Delbrück, der Herr v. Voetticher, hat einmal bei einer ähnlichen Gelegenheit einer Versammlung von Unternehmern gesagt: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“

Wer hat nun recht?

Herr v. Voetticher hatte recht — Herr Delbrück hat indes auch recht!

Herr Voetticher hat seinerzeit eine Tatsache festgestellt, Herr Delbrück dagegen hat eine sittliche Forderung aufgestellt. Herr Voetticher sprach von der Praxis, welche die Reichsregierung verfolgt, Herr Delbrück dagegen von der Theorie, die auf die Praxis der Reichsregierung keinen Einfluß hat.

### Zur Reichsversicherungsordnung.

Unter dem Vorsitz des Justizrats Wandel, Direktor bei der Firma Krupp, tagte am 9. Mai in Berlin eine Versammlung der Vertreter der Verbände der Betriebskrankenkassen, um zu der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. In einer zur Annahme gelangten Resolution erklärte man sich mit der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht einverstanden, äußerte jedoch „Bedenken“ gegen die Versicherung der Hausgewerbetreibenden. Weiter heißt es dann:

„Als Voraussetzung für das Fortbestehen und die Errichtung von Betriebskrankenkassen darf, wie bisher, nur eine Mindestzahl von 50 Versicherten festgesetzt werden. Die Errichtung einer neuen gemeinsamen Betriebsorganisation für die Reichsversicherung, namentlich von Versicherungsämtern, ist schließlich nicht gerechtfertigt und verumständlicht und verteuert die Reichsversicherungsordnung ganz erheblich. Den Krankenkassen muß das Recht bleiben, nur bestimmte Apotheken zur Lieferung zuzulassen. Bei anderer Rechtslage sind günstigere Lieferungsbedingungen überhaupt nicht mehr zu erzielen. Ferner müssen die freigegebenen Mittel auch aus anderen Quellen bezogen und selbst abgegeben werden können. Die Regelung der Arztfrage wird auf das entschiedenste zurückgewiesen; sie läuft tatsächlich auf die zwangsweise Einführung der freien Arztwahl hinaus und gibt die Krankenkassen den Arztorganisationen preis. Die Arztfrage ist für die Krankenkassen eine Lebensfrage. Erfolgt nicht eine Regelung dieser Frage mindestens im Sinne der Bestimmungen des ersten Entwurfs, so ist die ganze Neuordnung der Krankenkassen unannehmbar.“

Gestern sprach sich der Deutsche Berufsvereinigungsstag insbesondere gegen die Organisation der Versicherungs- und Oberversicherungsämter und gegen die Art aus, wie die Arztfrage in der Reichsversicherungsordnung geregelt wird.

### Vergeblliche Reintwaschungversuche der Reumünsterschen Polizei.

Folgende Nachricht wurde am Montag von Wolffs Bureau verbreitet und von vielen Blättern abgedruckt:

„Wegen falscher Aussage vor Gericht in dem am 4. Mai vor der hiesigen Strafkammer stattgefundenen Prozeß wegen der Wahlrechtsdemonstration am 13. Februar in Reumünster ist gegen zwei Zeugen ein Strafverfahren wegen Meineids eingeleitet. Ein dritter Zeuge hat sich freiwillig gestellt und angegeben, daß seine Aussage nicht richtig war.“

Tatsache ist, daß ein Entlastungszeuge zu dem Hauptbelastungszeugen und Leiter der blutigen Polizeiattake am 13. Februar in Reumünster, dem Polizeikommissar Gutsmanu gekommen ist und angegeben hat, daß er sich in der Abschätzung der Entfernung zwischen Polizei und Publikum etwas getriert habe. Diese Angaben sind zu Protokoll genommen worden. Von der Einleitung eines Strafverfahrens ist bis jetzt nichts bekannt, auch ist gegen weitere Personen nichts unternommen worden. Es liegt auch keine Veranlassung dazu vor. Bekanntlich behaupteten die Polizeibeamten in dem Prozeß, es sei nicht auf fliehende Geschlagen worden, und der Polizeikommissar Gutsmanu sagte mit Bestimmtheit aus, als blank gezogen wurde, hätten die Polizisten direkt vor der Menge gestanden, und es sei nicht mehr vorgegangen worden. Der hier in Frage kommende Zeuge behauptete aber ebenso bestimmt, daß die Polizei in dem Augenblick noch etwa 80 Schritt vom Publikum entfernt war und auch vorgegangen sei. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die von Wolff verbreiteten Gerüchte von einer bestimmten Seite ausgehen und einen bestimmten Zweck

verfolgen. Die Reumünstersche Polizei, die am 4. Mai als moralisch Verurteilte den Gerichtssaal verließ, hat alle Ursache, sich reinzuwaschen, wenn sie in dem nächsten großen Prozeß, der am 18. Mai stattfindet und in dem gegen fünf Personen wegen Landfriedensbruch verhandelt werden soll, noch etwas gelten will. Landfriedensbruch sollen diese fünf Personen begangen haben nach Schluß der Protestversammlungen am 15. Februar, welche wegen der blutigen Polizeiattake am 13. Februar einberufen war. — Gegen das Urteil vom 4. Mai haben die zehn Verurteilten jetzt auch Revision eingelegt, nachdem daselbe schon von der Staatsanwaltschaft angefochten ist.

### Kriegskosten im Wahlrechtskampf.

In ununterbrochener Folge spielen sich in Halle a. S. Prozesse gegen Wahlrechtsdemonstranten ab. Vorzugsweise die Strafkammer des bekannten Landgerichtsdirektors Schubert entfaltet eine fleißige Tätigkeit und verhängt besonders harte Strafen. Bisher ist gegen 42 Personen Gefängnisstrafe in Höhe von insgesamt zwei Jahren sechs Monaten drei Wochen und drei Tagen verhängt worden, außerdem erhielten 49 Personen Geldstrafen in Höhe von zusammen 901 M. Das Justizverfahren ist dem der Polizei gleichwertig. Was Zeugen in Zivil auszusagen haben, ist ohne Belang; jedem Beschuldigten wird ein polizeilicher Zeuge gegenübergestellt, dessen Aussage durch Entlastungszeugen nicht erschüttert werden kann. Welcher Art die Delikte zum Teil sind, möge daraus entnommen werden, daß ein Angeklagter 20 Mark Geldstrafe erhielt, weil er die Hände in die Hosentaschen steckte und über die Polizei lachte! Jugendliche Personen von 15 Jahren, die infolge irgend eines Zufalls ins Gebränge gerieten und fixiert wurden, erhielten Gefängnisstrafen. Solche, die ihre Nichtteilnahme an der Demonstration nachweisen konnten, wurden „erst recht“ bestraft, weil sie zu den Reugierigen gehörten, die der Polizei ihr ohnehin schwieriges Amt erschwerten. Sehr charakteristisch für die Art, wie die Polizei ihr unerhörtes Vorgehen gegen Wahlrechtsdemonstranten zu vertuschen sucht, ist die Verhängung eines Strafmandats gegen einen älteren Mann, der durch Säbelhiebe schwer verletzt wurde und unter den unarmherzigen Streichen der Polizisten vor Schmerzen schrie. Er erhielt eine Strafverfügung wegen Johelns! Diese Verfügung erging, als er Schadenersatz von der Stadt heischte und auch auf Strafandrohung durch die Polizei bei seiner Forderung blieb. — Um dies Werk der Justiz zu krönen, ist nachträglich Anklage gegen drei der Schwerverletzten vom Montag, 18. Februar, erhoben worden, die lange Wochen in Krankenhäusern zubringen mußten. Zum Verteidiger dieser Angeklagten ist Genosse Dr. Karl Liebknecht bestellt worden.

### Hansabünder gegen Arbeiterschutz.

Die Ortsgruppe Leipzig des Hansabundes hat die Neutralität, die die Satzungen des Bundes in sozialpolitischen Fragen versprechen, nicht zu halten vermocht. Sie bereitet eine Petition dem Reichstag vor, in der es heißt, die am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Gewerbeordnungsnovelle habe für die Detailisten in der Putz- und Konfektionsbranche mit zehn und mehr Arbeiterinnen einschneidende wirtschaftliche Schäden gebracht. Die Erlaubnis zur Heberarbeit, besonders an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage sei für diese Betriebe ein auch im wirtschaftlichen Interesse der Angestellten (!) dringendes unbedingtes Erfordernis. Die Ortsgruppe verlangt deshalb eine Beseitigung der bestehenden Mißstände (?) entweder durch Abänderung des Gesetzes oder durch eine authentische Auslegung des § 139a Absatz 4 der Gewerbeordnung! Die Unverfrorenheit der Ortsgruppe geht sogar so weit, diese Petition den Arbeiterinnen zur Unterschrift vorzulegen, allerdings bisher ohne Erfolg.

### Abgefertigt.

Den reaktionären Posener Oberbürgermeister Dr. Wilm, der sich in seiner Wahlrechtsfeindschaft auf das Recht der freien Meinungsäußerung berufen hatte, fertigt der Vorstand des Posener Freisinnigen Vereins folgendermaßen ab:

„Die Resolution der freisinnigen Versammlung vom 3. Mai 1910 ist der unzweideutige Ausdruck des dieser politischen Versammlung zustehenden Rechts auf freie Meinungsäußerung. Sie gibt in unanfechtbarer Form die politische Auffassung weiterer Kreise über die Stellungnahme des Vertreters der Stadt Posen im Herrenhaus zu einer hochwichtigen politischen Frage kund. Die Verwahrung des Oberbürgermeisters Dr. Wilm gegen die angebliche Beeinflussung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung stößt daher offene Türen ein, ohne die sachlichen Unterlagen jener Resolution zu erschüttern.“

### Misstrauensvotum für den badischen Eisenbahnminister.

Die zweite badische Kammer lehnte mit 89 gegen 28 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag, das Eisenbahnkilometernetz wieder einzuführen, ab. Dagegen nahm die Großblodmehrheit, Liberale und Sozialdemokraten, ein Misstrauensvotum gegen den Eisenbahnminister wegen seiner Tarifpolitik an. In bürgerlichen Blättern wird vermutet, daß der Eisenbahnminister Rathschal deshalb seinen Abschied nehmen muß.

### Firmenschwindel.

Im Reichstagswahlkreis Bochum wollen die Nationalliberalen einen Arbeiter als Reichstagskandidaten aufstellen. 1908 hatten die Parteiführer das schon versprochen, jetzt, da der Kreis im Besitz der Sozialdemokratie ist, soll das Versprechen endlich eingelöst werden.

### Verbot gewerblicher Arbeit für Soldaten.

Der preussische Kriegsminister hat durch eine Verordnung den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee verboten, Zivilpersonen, oder den Handwerksmeistern der Truppen und der militärischen Anstalten zur Ausübung ihres Gewerbebetriebes Beihilfe zu leisten. In der Verordnung ist weiter vorgeschrieben, daß die Mannschaften von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihrem Vorgesetzten Meldung zu machen haben.

Offenkundig ist damit dem unwürdigen Zustande ein Ende gemacht, daß Soldaten auf Befehl ihrer Vorgesetzten ihren unverbesserten der Lebenslage kämpfenden Arbeitsbrüder als Streikbrecher in den Rücken fallen.

### Die „Diskussion“

Bzw. der Verlag dieser Zeitschrift (Eberhard Fromm) sendet uns zu unserer gestrigen Kritik „Keine Mitarbeiterchaft Webers an der „Diskussion“ folgende Zuschrift:

„Wie in Nr. 2 der „Diskussion“ ausdrücklich angegeben worden ist, hat Herr August Weber seine im Januar 1895 gehaltene Rede eigenhändig korrigiert und verbessert und zwar zum Zweck einer Veröffentlichung in der „Diskussion“.“

Zu dieser Verichtigung teilt uns Genosse Weber mit, daß er seinerzeit abgelehnt habe, für die „Diskussion“ einen Beitrag zu liefern. Der Verleger habe darauf angefragt, ob er eine Rede Webers über das Wahlrecht abdrucken könne. Dagegen gab Genosse Weber ihm



zur Antwort, daß er kein Recht hätte, das zu verweigern, denn Reichstagsreden könne jeder abdrucken. Später ist dem Genossen Bebel die Rede mit der Bitte um Korrektur zugesandt worden; Bebel habe diese vorgenommen, aber ausdrücklich, und zwar zweimal, verlangt, der Ueberschrift auch die Bezeichnung als Rede zu geben und das Datum hinzuzusetzen, an dem die Rede gehalten wurde. Diesem Verlangen kam der Verlag nicht nach; es wurde dadurch der Eindruck aufrechterhalten, als ob Genosse Bebel Mitarbeiter der „Diskussion“ sei.

Die Korrektur einer Reichstagsrede, deren Abdruck Genosse Bebel niemandem verbieten kann, ist doch wohl etwas anderes als das, was man gemeinlich unter Mitarbeit versteht.

### Militärische Erziehung.

Wegen zahlreicher toter Soldatenmishandlungen hatte sich der Sergeant Kraus von Bamberger bei der 4. Batterie des 3. Feldartillerie-Regimentes diente, vor dem Kriegsgericht in München zu verantworten. Kraus wird beschuldigt, in 14 Fällen Leuten seiner Batterie Schläge in das Gesicht und auf den Kopf versetzt zu haben. In drei Fällen befahl er auch Untergebenen, aus dem Bereich in der Düngrube befindlichen Stallmist winzige Strohhalm herauszufischen. Ganz besonders hatte es der Angeklagte auf die Rekruten abgesehen. Während eines ganzen Jahres forderte er die älteren Mannschaften fast täglich auf, die Rekruten „zu schlagen“, und die „Alten“ erfüllten den Wunsch des Angeklagten nach Kräften. Sie traktierten die Rekruten fortgesetzt mit Ohrfeigen. Auch mit Gängelringen und Riemen schlugen sie auf die jungen Mannschaften ein. Mit Bezug auf den Rekruten Hartmann meinte der Angeklagte zu den älteren Mannschaften: „Er muß Euch den Laufbüchsen waschen, sonst haut Ihr ihn.“ — Als sich einer der Rekruten einmal beschweren wollte, schenkte ihm der Sergeant Kraus 2 M., damit er die Anzeige unterlasse. — Außerdem war der Angeklagte einer Reineidverleumdung beschuldigt. Als im Laufe der Voruntersuchung einer der Rekruten als Zeuge vor den die Untersuchung führenden Kriegsgerichtsrat geladen wurde, soll Kraus zu ihm gehört haben, „er solle sagen, er wisse nichts“. Der Ratweid für die angemessene Reineidverleumdung konnte jedoch nicht erbracht werden, weshalb in dieser Hinsicht Freisprechung erfolgte. Wegen der übrigen Reate wurde der Angeklagte zu 4 Monaten 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde auf Degradation erkannt. Von der erlittenen Untersuchungshaft wurde 1 Monat in Anrechnung gebracht.

### Schweiz.

#### Ein Erfolg.

Zürich, 9. Mai. (Eig. Ber.) Bei den gestern in Bern stattgefundenen Kantonsratswahlen hat unsere Partei einen schönen Erfolg erzielt und die erbärmliche Gewaltpolitik der verbündeten Freisinnigen und Konservativen vereitelt. Von 26 Vertretern der Stadt Bern im Kantonsrat sollte die sozialdemokratische Partei, die die stärkste von allen drei Parteien ist, keinen einzigen erhalten. Bis jetzt hatte sie einen Vertreter und den wollten nun die bürgerlichen Gewaltpolitiker aus dem kantonalen Parlament hinauswerfen. Es ist aber erfreulicherweise anders gekommen. Unsere Partei hat 7 Sitze erobert, zu dem bisherigen einen noch 6 Sitze hinzu, während die Freisinnigen 14 und die Konservativen 5 Sitze erhalten. Damit hat zwar die Arbeiterschaft nicht die ihr gebührende Vertretung, aber sie hat doch die schamlose bürgerliche Entrechtungsaktion erfolgreich zurückgewiesen.

### Frankreich.

#### Wechsel im Kriegsministerium.

Paris, 11. Mai. Die Gerüchte, das Ministerium Briand brach für zurückzutreten, sind unrichtig. Nur Kriegsminister Brun dürfte aus Gesundheitsrücksichten aus dem Ministerium scheiden und durch einen anderen General ersetzt werden. —

### Spanien.

#### Die Wahlen.

Madrid, 11. Mai. Nach den letzten Statistiken sind gewählt: 225 Liberale, 98 Konservative, 48 Republikaner, 8 Karlisten, 8 Katalanisten, 2 Unabhängige, 2 Integristen und 2 Sozialisten. Das definitive Resultat dürfte nicht vor Donnerstag bekannt werden. In Campo de Cuellar kam es zu einer Schlägerei, wobei es einen Toten und 19 Verletzte gab. In Caroline gab es einen Toten und in Adiz (Provinz Navarra) 11 Verwundete. Die Frauen haben im allgemeinen auf die Wahlen einen großen Einfluß ausgeübt. In zahlreichen Gruppen zogen sie durch die Straßen und schleppten die Wähler zu den Wahllokalen.

Das Blatt „El País“ erzählt einen kuriosen Zwischenfall: In einer der Sektionen des Arbeiterquartiers erschien die Frau eines Arbeiters an der Wahlurne, um für ihren schwer erkrankten Mann zu wählen. Sie brachte ein ärztliches Zeugnis bei, das auch von den Wahlvorstehern akzeptiert wurde. Es ist das erste Mal, daß in Spanien eine Frau gewählt hat.

### Gegen Wahlfälschungen.

Granada, 11. Mai. Hier herrscht eine lebhaftere Erregung über die Wahlniederlage des republikanischen Kandidaten Leonardo Ortega, welche Wahlfälschungen zugeschrieben wird. Zahlreiche Kaufleute haben ihre Läden geschlossen; der Verkehr der Straßenbahn ist eingestellt. Die Polizei gestreute mehrere Ansammlungen.

### England.

#### Die veraltete Eidesformel.

London, 11. Mai. Dem Vernehmen nach hat die Regierung beschlossen, in dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Erklärung des Königs bei seiner Thronbesteigung geändert werden soll. Es sollen gewisse Wendungen ausgeschaltet werden, welche von den römischen Katholiken als eine Beleidigung angesehen werden.

Die fragliche Erklärung geht dahin, daß der neue König nicht dem römisch-katholischen Glauben angehört, und wurde zuerst bei der Thronbesteigung des Königs Wilhelm und der Königin Maria im Jahre 1889 abgegeben. Die römischen Katholiken haben früher schon häufig versucht, die Ausschaltung der Worte zu erreichen, welche die Gebrauche der Kirche von Rom als abergläubisch und gögendienerisch bezeichnen.

#### Thronwechsel und innere Politik.

London, 11. Mai. Das offizielle Bureau der Regierungsempfänger hat im ganzen Lande Befehl gegeben, keine politischen Versammlungen abzuhalten, bis die Beisehung des Königs Eduard erfolgt ist. Die in Manchester geplante Kundgebung, an welcher über 100 000 Personen teilnehmen sollten und in welcher Lloyd George als Hauptredner auftreten sollte, ist endgültig abgesagt worden. Auch die Oppositionsparteien haben in Versammlungen in der letzten Zeit beschlossen, alle politische Arbeit bis nach der Beisehung des Königs ruhen zu lassen und haben im Lande eine ähnliche Maßregel bekanntgegeben. Man glaubt, daß eine Verständigung zwischen der Regierung und den Führern der Opposition vorbereitet worden ist. Man will nämlich verhindern, daß in den nächsten Jahren Neuwahlen notwendig werden und hat sich zu diesem Zweck mit den Oppositionsparteien in Verbindung gesetzt, um eine Verständigung, über die allerdings erst in einigen Wochen genauer bekanntgegeben werden wird, herbeizuführen.

### Türkei.

#### Albanien und Areta.

Konstantinopel, 11. Mai. Nach einer Depesche des Kriegsministers aus Usküb erlitten die Aufständischen in den letzten Kämpfen um Budakovo und Crankovo große Verluste. Auf der Seite der Truppen sind zwei Offiziere und acht Soldaten verwundet.

Die türkische Presse tadelt die Eidesleistung der freisinnigen Kammer heftig. Sie hofft, daß die Schwärmärkte das Nötige veranlassen werden. Lanin empfiehlt der öffentlichen Meinung, kaltes Blut zu bewahren und gibt der Hoffnung Ausdruck, die Mächte würden die Gelegenheit benutzen, um die Aretafrage endgültig gemäß den türkischen Rechten zu lösen.

### China.

#### Neue Unruhen.

London, 11. Mai. Nach Meldungen aus Peking sind in Nuenchau Unruhen ausgebrochen. Die Gebäude der China-Inlandmission sind zerstört. Einzelheiten fehlen, da die Telegraphendrähte zerschnitten worden sind. Die Missionstation Nuenchau steht unter der Leitung der Württembergischen Liebenzeller Mission.

### Parlamentarisches.

#### In der Justizkommission des Reichstages

fürten die §§ 58 und 59 der Strafprozessordnung zu einer längeren Debatte. Diese Paragraphen bestimmen die Ausnahmen, bei denen ein Zeuge nicht verurteilt wird. Unsere Genossen beantragten, auch dann die Verurteilung eines Zeugen nicht vorzunehmen, wenn der Zeuge zur Zeit seiner Vernehmung oder zur Zeit des Vorganges, über welchen er Auskunft geben soll, wegen Geisteskrankheit entmündigt war. Dieser Verbesserungsantrag wurde in seinem ersten Teil in der Form: „wenn der Zeuge zur Zeit seiner Vernehmung wegen Geisteskrankheit entmündigt ist“ angenommen.

Nach Erledigung der §§ 60 und 61 folgten lebhaftere Diskussionen beim § 62, der die Eidesformel festlegt, ein. Zu diesem Paragraphen lagen Änderungsanträge von unseren Genossen und den Freisinnigen vor, die die religiöse Eidesformel durch eine nicht-religiöse Grundbeformel ersetzen wollen, zu der die religiösen Zusätze zu machen dem Zeugen vorbehalten bleiben soll. Das Zentrum beantragte, daß der religiösen Eidesformel noch eine religiöse Befähigungsformel als Zusatz angefügt werden könnte. Bei der Abstimmung wurden alle Änderungsanträge abgelehnt und der § 62 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

### Aus der Partei.

#### Alle bisherigen Sozialisten übertrumpft!

Auf der Grenze der beiden Wahlkreise Nordhausen und Schwarzburg-Sondershausen liegt der Ort Großberndten, zum Kreis Nordhausen gehörig. Ein betriebsames Köstchen wohnt in diesem weitaus von allem Verkehr gelegenen Ort. Aus ihm wandern zu Beginn des Frühjahr eine größere Anzahl Einwohner nach Weistal oder nach Erfurt und Nordhausen, um als Maurer und Bauarbeiter ihr Brot zu verdienen. Ein Teil hat auch in der in der Nähe gelegenen Metallindustrie Beschäftigung — wenn auch nicht allzu lohnende — gefunden. Die Arbeiter des Ortes sind gewerkschaftlich organisiert; leider fehlte bis jetzt jede politische Organisation, wenn auch das politische Leben recht lebendig war. Um auch den jüngeren Arbeitern Gelegenheit zur Bildung zu geben, war vor mehreren Jahren ein Bildungsverein gegründet worden, der über eine ansehnliche Bibliothek verfügte. Jetzt endlich gingen die Genossen auch daran, einen sozialdemokratischen Verein zu gründen, um sich selbst mehr an der politischen Arbeit zu betätigen und die bisher erzielten Erfolge bei der Gemeinderatswahl auszunutzen. Nach Vorschrift des Vereinsgesetzes meldete der Vorsitzende den neuen Verein bei der Polizeibehörde an. Die Empfangsbestätigung war etwas eigenartig. Es heißt darin:

„Ferner gebe ich Ihnen anheim, ob es nicht ratsamer und für unsere örtlichen Verhältnisse viel richtiger wäre, wenn der unter Ihrer führenden Leitung stehende sozialdemokratische Verein sein politisches Parteiprogramm aufgeben und sich in einen evangelisch-christlichen Arbeiterverein ohne politischen Zweck umwandeln würde. Dies wollen Sie, bitte, gefälligst Ihren Vereinsmitgliedern unterbreiten und mir den Beschluß hierüber mitteilen.“

Der Amtsvorsteher: J. Lorenz. Es gibt wahrhaftig kein einfacheres Mittel zur Sozialistenvernichtung. Man braucht die Erfindung des Amtsvorstehers Lorenz in Großberndten nur in die preußisch-deutsche Verwaltungspraxis zu übertragen und die Sozialdemokratie hat aufgehört zu existieren. Vorausgesetzt allerdings, daß die väterlich Ermahnungen der freundlichen Ansetzung Folge leisten. Dafür kann allerdings keine Garantie geleistet werden!

Doch die Sache hat auch ihre ernste Seite. Man kann sich nach dem amtsvorstehlichen Erlaß eine Vorstellung davon machen, was diejenigen von der Behörde zu erwarten haben, die sich in einem solch abgelegenen Ort mit ihrer sozialdemokratischen Gesinnung hervorzuheben und den „freundlichen Ermahnungen“ nicht zugänglich sind. In Großberndten werden freilich alle Polizeipraktiken nicht versagen, dazu ist die dortige Arbeiterschaft zu geschult und in zu engem Kontakt mit der Arbeiterbewegung der vorgeschrittenen Gebiete.

#### Gemeindewahltag.

In Merseburg, dem Sitz der Regierung für den gleichnamigen Bezirk, waren bei der Ergänzungswahl im Herbst vorigen Jahres in der dritten Abteilung unsere Genossen siegreich gewesen. Vier Mandate fielen ihnen zu. Die „liberalen“ Gegner entbeden nun, daß bei der Auslegung der Wählerlisten vom Magistrat ein Fehler gemacht worden sei, infolgedessen die Wahl für ungültig erklärt wurde. Dieser sehr unwesentliche Fehler ist jahrzehntelang wiederholt worden und wurde nicht bemerkt, solange in der dritten Abteilung bürgerliche Stadtväter gewählt wurden. Am 10. Mai fand nun wiederum Wahl statt, bei der die vier Mandate von neuem von unseren Genossen erobert wurden. Unsere Kandidaten erhielten rund 740 Stimmen, die Gegner nur 600, obwohl sie kein Mittel unversucht ließen. Unsere Stimmzahl hat sich seit dem Herbst um 200 gehoben.

#### Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher abzuwägen sind!

Jetzt kommt die Sache Wegel! So kündigte in der letzten Gemeinderatssitzung in Wieda in Westfalen der Gemeindevorsteher den nächsten Punkt der Tagesordnung an. Die Sache Wegel betrifft unseren Genossen Wegel, der schon vier Jahre das Amt eines Gemeindevorordneten inne hat. Nach Aufruf der Sache meinte der Gemeindevorsteher, er, Wegel, möge während der Verhandlung abtreten. Man einigte sich dahin, daß Wegel während der Verhandlung anwesend bleiben könne. Und dann wurde in der Sache ein Schreiben des Herrn Landrats verlesen, in welchem die Frage gestellt wird, ob Wegel vor vier Jahren als Gemeindevorordneter verpflichtet worden sei. Sei das nicht geschehen, dann wäre damit der gangbarste Weg gezeigt, um jetzt noch Wegels Wahl für ungültig zu erklären. Sollte wider Erwarten die Wahl dann nicht für ungültig erklärt werden, dann solle der Gemeindevorsteher gegen die Gemeindevorsetzung beim Kreisaustrich Klage führen. Das ist in der Tat ein ganz neues Verfahren, ungewohnte Gemeindevorordneten zu entfernen. Der Herr Landrat glaubt wohl annehmen zu dürfen, daß in den Landgemeinden es mit der Zeremonie der Verpflichtung nicht so genau genommen wird und läßtst daran seine Hoffnung. Vorläufig ist anzunehmen, daß die Berechnung daneben geht und der Herr

Landrat sich verpekuliert hat. Die Gemeindevorsetzung hat die Beschlußfassung vertagt.

### Soziales.

#### Folgen der Rentenknappheit.

Der Vorstand der Fuhrtwerks-Verwahrungsgenossenschaft weist frohlockend auf die „bemerkenswerte und erfreuliche Tatsache“ hin, daß das Umlagesoll diesmal um circa 100 000 M. geringer sei als im Vorjahre. Die Unfallentschädigungen seien um circa 60 000 M. zurückgegangen und auch bei den Verwaltungskosten sei eine Ersparnis erzielt worden (1908 fand 2 881 813,36 M. Entschädigungen gezahlt). Der Geschäftsführer weist darauf hin, „daß die erhöhten Aufwendungen für Unfalluntersuchungskosten im Jahre 1908 durch die anlässlich der Rententempferkontrolle eingeholten zahlreichen ärztlichen Gutachten bedingt gewesen, und auch der Rückgang der Entschädigungen zum größten Teile auf diese Maßnahme, deren Erfolg erst im Jahre 1909 in die Erscheinung treten konnte, zurückzuführen sei.“

Man hat also die Menge in erhöhtem Maße mobil gemacht, um einer ganzen Anzahl armer Verletzter, die sich im sicheren Besitz einer kleinen Dauerrente glaubten, die letzten Pfennige wieder abzulassen.

Dieses Beständnis des Geschäftsführers ist recht wertvoll. Auch an den Gehältern der Angestellten im Hauptbureau der Genossenschaft wird ähnlich geknapscht.

„Der Vorsitzende“ heißt es in dem Bericht, „erklärt, daß seinerseits alles Mögliche geschehe, um Ersparnisse an Verwaltungskosten zu erzielen und die vorhandenen Beamtenkräfte entsprechend auszunutzen.“

Diese „entsprechende Ausnutzung“ spricht den einfachsten Forderungen der Sozialpolitik Hohn. Es werden junge Leute, die dem Namen nach als Lehrlinge eingestellt waren, um deren Ausbildung sich aber niemand genügend kümmert, wieder entlassen, nachdem sie jahrelang für ein Unterbrocht „ausgenutzt“ worden sind. Auch Familienväter, die eine Reihe von Jahren Dienst getan haben, sind auf die Straße gesetzt worden und als Ersatz Konfirmationskandidaten engagiert! Auch und zugehenden Verleihen werden die Angestellten nicht nur „entsprechend ausgenutzt“, sondern auch „entsprechend behandelt“. Insbesondere der fromme Vorsitzende Fiedlerbauer, Mitglied des Kirchenrats, legt auch allgegenwärtigen Beamten gegenüber ein Benehmen an den Tag, das von nichts weniger als sozialer Einsicht oder Rücksicht zeugt.

#### Wichtigkeit von Zeugen für Unfälle.

Der Schleifer Oswald W. erlitt am 29. August 1908 dadurch einen Betriebsunfall, daß er beim Heruntergehen in die Werkstatt, die im Keller gelegen war, auf den schlüpfrigen Steintrufen austrat und 9 Stufen hinunterfiel. W. hatte an dem Unfalltage seine Arbeit angetreten und war daher mit den Verhältnissen nicht genügend vertraut. — Von dem Fall sah W. den Schleifermeister und seine Kollegen in der Werkstatt in Kenntnis, denen er seinen beim Fall lüdierten Arm zeigte. Der Fall erschien nicht wesentlich. Erst nach einiger Zeit stellten sich Folgen ein, die die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigten. Der linke Arm schwellte an, W. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die Norddeutsche Metall-Berufsgenossenschaft, bei der W. dann Anspruch auf Entschädigung stellte, wies denselben ab, da nicht erwiesen sei, daß W. einen Betriebsunfall erlitten habe. Auf eingeleitete Berufung vernahm dann das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin in mehreren Sitzungen die Kollegen des W. und den Schleifermeister. Durch deren Aussagen wurden die Aussagen des W. bestätigt. Die Berufsgenossenschaft erklärte sich nunmehr zur Zahlung einer Rente bereit.

Hätte in dem vorliegenden Fall der Verletzte die Zeugen nicht sofort von dem Unfall in Kenntnis gesetzt, so hätte er wahrscheinlich mit seinem Anspruch auf Entschädigung abgewiesen werden müssen. Wir fügen dieser Schilderung die Wiederholung unserer Mahnung bei, von einem Unfall, selbst wenn die Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt worden ist, sofort die Kollegen in Kenntnis zu geben, damit für den Fall einer Verschlimmerung der Verwundung des Unfalls geführt werden kann.

### Aus Industrie und Handel.

#### (Siehe auch 1. Beilage.)

#### Abfahrmangel.

Die laufigen Braunkohlengruben leiden unter starkem Abfahrmangel. Ein Werk ist schon außer Betrieb gesetzt, zwei weitere sollen demnächst ebenfalls die Produktion einstellen. Man glaubt, daß mit diesen Maßnahmen das Verhältnis zwischen Erzeugung und Abfahrmangel noch hergestellt sein werde. Wie das „V. L.“ meldet, ist ein Werk bei Teupitz nach Vereinbarungen mit dem Kohleneinkaufsverein in Sommerfeld kontraktbrüchig geworden. Ob das Syndikat der Laufigen Kohlbraunkohlen in Form der Schwierigkeiten überwinden wird, erscheint noch fraglich.

#### Grenzen auf!

Zur Frage der Deffnung der Grenzen für die Einfuhr lebenden Schlachtwiehs hat die Berliner Fleischer-Jungung in ihrer gestern abend stattgefundenen Versammlung, wie die „Allgemeine Fleischerzeitung“ meldet, eine Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Entgegen allen Ausführungen der Vertreter des Agrariertums hat die außerordentliche Viehzählung vom 1. Dezember 1900 für Preußen den Nachweis erbracht, daß die Zahl der Rinder im Jahre 1909 mit 11 751 921 Stück nahezu wieder den niedrigen Stand des Jahres 1906 erreicht hat, daß ferner die Zahl der Schweine im Jahre 1909 trotz Zunahme gegen das Vorjahr mit 14 140 517 noch immer unter dem Stande von 1906 steht, daß endlich die Zahl der Schafe nur noch nahezu 5 Millionen Stück gegen nahezu 20 Millionen Stück im Jahre 1875 beträgt. . . Die Fleischherkunft Berlins wird ihre Forderung nach Deffnung der deutschen Grenze zwecks Einfuhr von lebendem Schlachtwiehs nach den öffentlichen Schlachthöfen des Deutschen Reiches und nach angemessener Herabsetzung der bestehenden Zölle immer wiederholen und im Interesse des konsumierenden Publikums nicht ruhen, bis durch solche Maßregeln eine Herabsetzung der hohen Viehpreise und damit der Verkaufspreise für alle Arten Fleisch, Wurst- und Fleischwaren ermöglicht wird, deren gegenwärtige Höhe einzig eine Folge der der Landwirtschaft zum Schaden aller übrigen Erwerbsstände gewährten übermäßigen und durch nichts begründeten Vergünstigungen und Schutz ist.“

Abbau von Zuderräben. Nach den Ermittlungen der Internationalen Vereinigung für Zuderstatistik wird die Rübenanbaufäche in Deutschland auf 409 750 Hektar geschätzt gegen 456 135 Hektar, das heißt um 3 Proz. höher als im Vorjahre.

Die diesjährige Anbaufäche ist die drittgrößte seit zehn Jahren und wird nur von denen der Jahre 1901 und 1905 übertroffen. Bei den Angaben der Internationalen Vereinigung ist der Vorbehalt zu machen, daß sie nur auf Schätzungen beruhen, zumal da nicht alle Zuderfabriken die Umfrage beantwortet haben.

Insgesamt wird der Weizenanbau geschätzt in Prozent: Oesterreich-Ungarn 12,6, Frankreich 8,4, Belgien 4,5, Holland (3,7 Proz. Abnahme), Rußland 21,4, Schweden 3, die genannten Länder inklusive Deutschland 10,7 Proz. Für Dänemark wird der Weizenanbau auf 82,7 Proz., für Italien auf 14,4 Proz. geschätzt, während für Spanien ein Mindereanbau von 10 Proz. angenommen wird.

Die neue Montanfusion. Die Gewerkschaft Konstantin der Große hat vor einigen Wochen der Verwaltung der Bochumer Bergwerks-Altienengesellschaft eine Offerte auf das Bestehen dieser Gesellschaft abgegeben. Jetzt hat diese Abänderungsentschließung eingereicht, die im großen und ganzen darauf hinausläuft, den Preis um eine Kleinigkeit hinaufzusetzen. — Da die Änderungen nur geringfügig sind, und die Diskontinuität der Majorität in der Bochumer Bergwerksgesellschaft mit den ihr nahestehenden Kreisen bestehen dürfte, so ist an einem beiderseitigen Einverständnis wohl nicht zu zweifeln.



# Gewerkchaftliches.

## Also doch eine Machtprobe der Unternehmer!

Der „Bauhilfsarbeiter“ macht auf ein „Eingefand“ des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe der Provinz Posen aufmerksam, das sich im Beiblatt der „Posener Neuesten Nachrichten“ vom 5. Mai 1910 findet.

Es lautet:

### Eingefand.

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Provinz Posen.  
Fernruf 452. Posen O 1, Gr. Serberstr. 1, 2. St.

An

die Behörden und das bauende Publikum der Provinz Posen.  
Um den gegenwärtigen Kampf im Baugewerbe nach Möglichkeit abzukürzen, beehren wir uns, im nachfolgenden dasjenige bekannt zu geben, was wir dazu geeignet halten, und bitten ergebenst, hiervon gütigst Kenntnis nehmen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe der Provinz Posen.  
G. Kartmann, Maurer- und Zimmermeister,  
Vorstandender.

Außer Kartmann haben noch unterzeichnet drei Vorstandsmitglieder und der Syndikus Dr. Adler-Posen. Sinter diesen folgen die Namen der Vorsitzenden aus 20 Bezirksvereinen der Provinz Posen. Dann heißt es wörtlich:

### Die Gründe der Parteien im Baugewerbestamp.

I. Warum muß die Bundesleitung der Arbeitgeber den zentralen Abschluß der Verträge zwischen den beiderseitigen Bundesleitungen, d. h. den Reichstarifvertrag fordern?

a) Weil sie im ganzen Deutschen Reich dem Baugewerbe für die Vertragsdauer den Frieden sichern will und die Erfahrung gelehrt hat, daß dies durch Hunderte von Einzelverträgen, wie sie bisher bestanden haben, nicht möglich ist, da die bisherigen Einzelverträge keinen Paragraphen enthalten, welcher den Vorstand des Arbeitgeberbundes berechtigt, sämtliche Einzelverträge sofort aufzuheben, wenn während der Vertragsdauer an dem einen oder andern Orte der Vertrag von Seiten der Arbeitnehmer gebrochen wird.

### Der „Bauhilfsarbeiter“ bemerkt dazu:

„Hier steht es also schwarz auf weiß, worauf es den Scharfmachern im Baugewerbe ankommt, nämlich aus einem an sich ganz unscheinbaren Anlaß (dem Tarifbruch in einem einzigen, vielleicht ganz kleinen Orte abseiten der Arbeitnehmer) sofort sämtliche Einzelverträge aufzuheben und in Konsequenz dieser Aufhebung die gesamte Bauarbeiterchaft auszusperrern, wenn die Zentralleitungen der Gewerkschaften nicht sofort in der Lage sind, die Differenzen zu beilegen.“

Aus solchem Anlaß heraus ist es auch im vorigen Jahre in Schweden zu der großen Aussperrung gekommen. Die Ähnlichkeit des gedachten Vorgehens im deutschen Baugewerbe läßt vermuten, daß der Oberstschmaroder Schwedens, Sdow, den deutschen Bauunternehmern auf deren Strahburger Generalversammlung die schwedische Aussperrungsmethode empfohlen hat.

Jetzt wissen wir also, um mit Herrn Vaurat festlich zu reden, „wer diejenigen sind, die für den heraufbeschworenen Kampf die Verantwortung zu tragen haben.“

Jetzt begreift man auch, weswegen die einsichtigeren Unternehmer sich gegen solche Pläne sträubten. Eine derartige Taktik bedeutete nämlich nicht allein eine Terrorisierung der Arbeiter, sondern auch eine solche der mit ihren Leuten in Frieden lebenden Unternehmer und eine fortwährende Beunruhigung des Gewerbes, die jede vernünftige Kalkulation über den Hausen weifen und jede gewinnbringende Produktion unmöglich machen würde. Unter solchen Verhältnissen können dann nur noch jene, dem Baugewerbe durchaus nicht zur Ehre gereichenden Schmaroder-Größen und Abenteuerer arbeiten, denen es egal ist, ob sie ihr Dasein durch von Fall zu Fall gewährte Baugelder der Banken oder durch Unterstützungen aus den Scharfmacher-Kassen fristen. Es gibt keine Gemeinschaft, in der nicht Einzelne gegen die selbstgegebenen Gesetze verstoßen. Kontraktbrüchige der Unternehmer kommen mindestens so häufig vor, wie die der Arbeiter. In solchen Fällen soll man den Schuldigen zur Verantwortung ziehen, und nicht den sozialen Krieg erklären. Eine Gesellschaft, die das erstere läßt und das letztere ahnt, muß an Selbstzerfleischung zu Grunde gehen. Einem Gewerbe, wie immer es heißen mag, ginge es nicht besser.

Herr Kartmann ist übrigens nicht irgend einer. Der „Bauhilfsarbeiter“ stellt fest, daß dieser Herr Kartmann, der so unbedachtsamerweise ausplaudert, Mitglied der Dreizehnerkommission war, und deswegen auch über die Motive der Unternehmer genau unterrichtet sein muß.

### Mit Recht entrüstet ruft der „Bauhilfsarbeiter“ aus:

„Wer hat nach dem Geständnis der Herren des Baugewerbes aus der Provinz Posen noch den Mut, diesen Gewaltkampf der Bauunternehmer für berechtigt zu halten?“

Das Spiel der Scharfmacher ist zu Ende. Treu und Glauben sind dahin. Wer so, wie das Bauunternehmertum, die Bevölkerung belügt, ihre falsche Tatsachen verspiegelt, wer vorgibt, nur die Berufsinteressen zu wahren, dann aber in Gemeinschaft mit fremdbereuhten Unternehmern des In- und Auslandes lediglich kämpft, um hunderttausende Arbeiter im eigenen Lande rechtlos zu machen; wer, um diese schofle Handlung zu vollführen, noch den traurigen Mut hat, an das große Publikum und die öffentlichen Behörden um Nachsicht und Unterstützung zu appellieren, der hat jeden Anspruch auf Achtung seiner Mitbürger verwirkt und hat von der öffentlichen Bühne abzutreten.“

### Die Lüge als Kampfmittel

glauben die Unternehmer auch sonst nicht entbehren zu können. So verbreitet die „Baugewerks-Zeitung“ „unter Vorbehalt“ in ihrer Nr. 37 folgende fette Unwahrheit:

„Börsenbörse hoffnungslos? Von einem weitbekannten Industriellen wird uns versichert, daß Börsenbörse die Sache der Arbeiter für verloren erachte. Er habe die Nachricht aus sicherster Quelle.“

Wir haben ganz überflüssigerweise den Genossen Börsenbörse selbst noch darüber befragt, was Wahres an dieser Unterstellung sei. Er versichert uns — was für uns natürlich von vornherein als unzweifelhaft feststand —, daß an der ganzen Notiz kein wahres Wort sei. Sie ist offenbar aus Redaktions-, bestenfalls aus Industriellen-Fingern geflogen!

### Die Bauarbeiteraussperrung vor dem sächsischen Landtage.

Eine Interpellation wegen der Aussperrung der Bauarbeiter begründete gestern Genosse Castan-Chemnitz in eingehender Weise. Der Staat dürfe sich in diesem Kampfe nicht einseitig auf die Seite der Unternehmer stellen, und deshalb habe die Fraktion an die Staatsregierung die Frage gerichtet, was sie zu tun gedenke, um die Fortführung der Staatsbauten zu garantieren, und ferner, ob sie vermittelnd eingzugreifen gedenke. Der Minister Sittum von Eckardt erwiderte, daß bisher noch kein Fall gemeldet sei.

In dem die Arbeit auf den Staatsbauten ruhe. Es sei auch noch kein Antrag von einem Unternehmer gekommen, die Lieferungsfrist zu verlängern; wenn solche Anträge kämen, würden sie daraufhin geprüft werden, ob das Land keinen Schaden erleide. Ein Antrag auf Vermittlung sei ebenfalls nicht eingegangen; die Regierung könne nicht eher eingreifen, bis ein solcher Antrag vorliege. Uebrigens seien von Dresden aus Verhandlungen im Gange zur Beilegung des Kampfes. Die Arbeiter hätten schon ihre Geneigtheit erklärt, auf solche Verhandlungen einzugehen, die Unternehmer noch nicht. Er wünsche, daß diese Verhandlungen von gutem Erfolge begleitet sein mögen.

### Hilfsaktion für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Vom Gewerkschaftskartell in Halle a. S. sind 1000 M. für die ausgesperrten Bauarbeiter bewilligt worden. Mehrere Verbände, so die Buchdrucker, die Lithographen, die Pfisterer usw., haben Raten von je 100 M. bewilligt. Die Steinscher wollen während der Aussperrung pro Mitglied und Woche 25 Pf. Extrabeitrag leisten, die Buchdrucker und Lithographen je 20 Pf.

Das Gewerkschaftskartell und die Gewerkschaftsvorstände in Vera-Neuß haben in einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen, während der Bauarbeiteraussperrung von jedem Mitgliede der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Pf. für die Aussperrten zu erheben.

Die Leipziger Buchbinder haben beschlossen, 1000 M. an die ausgesperrten Bauarbeiter abzuführen und die örtliche Leitung zu ermächtigen, in Zwischenräumen von 14 Tagen je 1000 M. abzuführen. Der Verband der freien Gast- und Schankwirte in Leipzig hat seine Mitglieder verpflichtet, während der Dauer der Aussperrung der Bauarbeiter einen Extrabeitrag von 1 M. pro Woche zugunsten der Aussperrten zu erheben. — Die Leipziger Holzarbeiter stimmen in ihrer Versammlung ohne Diskussion und einstimmig dem Vorschlag ihrer Vertretungsdelegierten zu, wöchentlich, ab 1. Mai gerechnet, 1000 M. aus der Lokalkasse an die Aussperrten abzuführen und sich außerdem an den allgemeinen Sammlungen zu beteiligen. — Die Leipziger Handlungsgehilfen führen als erste Rate 300 M. an die Aussperrten ab.

Das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Leipzig beschloß Dienstagabend, an die Aussperrten 1000 M. abzuführen.

Die Bäcker und Konditoren Leipzigs beschloßen einstimmig, auf die Dauer der Aussperrung der Bauarbeiter pro Woche 50 Pf., von den Kollegen der Fabrikbranche 20 Pf. und von den weiblichen Mitgliedern 10 Pf. zu erheben.

Die Rannheimer Metallarbeiter erheben 25 Pf. Extrabeitrag für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes richtet unter Bezugnahme auf die Sympathieerklärung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses an die Mitglieder die dringende Bitte, sich an der Sammlung nach Kräften zu beteiligen. Den Verwaltungen, die zur Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter Extrabeiträge erheben wollen, erteilt der Vorstand ohne vorherigen Antrag die Genehmigung dazu. Außerdem hat der Vorstand an die Verwaltungsstellen Sammellisten gesandt.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Bretterträger! Bei der Firma Carl Beschlow, Ruhholzhof, Kottbusser Ufer 41/43 sowie Birnwald- und Wilmsstrafende, sind die Blöße wegen Lohn Differenzen zu meiden. Kollegen, achtet streng darauf, dieses durchzuführen. Die örtliche Verwaltung des Verbandes der Hafnarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Lünen i. W.

Im frommen Münsterland in Lünen i. W. sind bekanntlich die Metallarbeiter ausgesperrt. Die Christlichen sind in der Mehrzahl beteiligt, der Metallarbeiterverband und die Hirsch-Dunderschen nur mit ungefähr 40 Mitgliedern. Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat auch in diese Sache eingegriffen und ein Zirkular versandt, dem eine schwarze Liste beiliegend ist. Auf dieser Liste sind die von drei Firmen, die sich mit der bestreikten Firma solidarisch erklärt haben, ausgesperrten 101 Arbeiter unter Angabe des Berufs, Geburtsorts und -datums namentlich aufgeführt. Es befinden sich sogar eine ganze Anzahl Lehrlinge darunter.

#### Die Aussperrung der Former im Kreise Hagen-Schwelm.

Die Gießereibesitzer im Kreise Hagen-Schwelm haben die Kündigung einer Anzahl Former und Gießereiarbeiter vorgenommen. Die bürgerliche Presse schreibt, daß 2000 Arbeitern gekündigt sei. Nach Feststellungen der Verbandsleitung stehen aber nur 938 Arbeiter in Kündigung, davon haben ungefähr 170 Arbeiter selbst gekündigt, weil ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu machen. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in Berlin hat ein Rundschreiben erlassen, in dem er mittelst, daß der Arbeitgeberverband für die Kreise Hagen und Schwelm beschloßen hat, die bestreikte Firma Gebelsberger Stahlwerk Genr. Diderhoff-Gebelsberg durch Übernahme ihrer Arbeit seitens aller Gießereien des Hagen-Schwelm Bezirks zu unterstützen, und daß bei zwei Firmen bereits einige Arbeiter wegen Verweigerung sogenannter Streikarbeit entlassen werden mußten. Da die Bewegung auf den ganzen Bezirk überzugreifen drohe, wird gebeten, alle aus dem Hagen-Schwelm Bezirk kommenden Former und Gießereiarbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Der Arbeitgeberverband für die Kreise Hagen-Schwelm hat sich eine Kommission von meistens unorganisierten Formern aus den Betrieben, in denen Kündigungen stattgefunden haben, herausgesucht, und er hat es auf dem Bureau des Arbeitgeberverbandes versucht, den Leuten plausibel zu machen, daß der Streik bei der Firma Diderhoff ungesetzlich sei. Man zog dann auch mit den Arbeitern nach der bestreikten Firma, um an Ort und Stelle weitere Beweise zu sammeln. Den Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes ließ man nicht hinzu, drei der streikenden Arbeiter wurden von dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Herrn Jakob (Oberleutnant a. D.) einzeln wie Zeugen vernommen. Wenn sie aber etwas ausagten, was dem Herrn J. nicht paßte, konnten sie wieder gehen. Bei einem der Streikenden verlangte dieser Herr sogar, daß ihm Herr Diderhoff das Hausrecht übertragen solle, damit J. den Former hinauszweisen könne. Die „Unterstützung“ ist natürlich zugunsten der Streikenden ausgefallen, doch werden in fünf Versammlungen die Arbeiter den Scharfmachern die Antwort nicht schuldig bleiben, und auch durch ein Flugblatt wird die weiteste Öffentlichkeit unterrichtet werden. Der Versuch, die Unorganisierten gegen die Organisation aufzuheben, ist den Scharfmachern mißlungen. Der Arbeitgeberverband hat Arbeiter, die noch an keiner Bewegung beteiligt waren und auch keiner Organisation angehörten, auf die schwarze Liste gesetzt.

Ein lokaler Hafnarbeiterstreik, der an sich nicht von besonderer Bedeutung ist, aber durch das Eingreifen der Polizei natürlich sofort in das bekannte Fehrwasser mit Polizeistrafen und Verhaftungen eingelenkt wurde, ist seit einigen Tagen in Duisburg ausgebrochen. Dort halte die Firma Schweitzer nach Ablauf des Tarifs, sich geweigert, einen neuen Tarif mit den Hafnarbeitern einzugehen. Das Resultat der gescheiterten Verhandlungen war die Aufregung von vier lange Jahre bei der Firma

befähigten Arbeitern. Darauf legten die übrigen Arbeiter der Firma aus Solidarität mit ihren Kollegen die Arbeit nieder und verlangten die Wiedereinstellung der vier Gemährten. Die Firma Schweitzer verlangte dagegen nicht nur zunächst die Bedingungenlose Wiederaufnahme der Arbeit, sondern auch noch eine Verschlechterung des alten Tarifs! Diese Verschlechterung konnten natürlich die Arbeiter nicht so flüchtig hinnehmen, und so kam es denn zum Kampf. Etwa 20 Streikbrecher sind nun schließlich aus den verschiedensten Himmelsrichtungen zusammengelockt. Sie zu „schützen“ ist jetzt Aufgabe der Polizei. In Duisburg halten sich die Polizeibeamten in der Nähe des gesperrten Betriebes auf, einige Strafmandate, Sicherungen und Verhaftungen sind bereits erfolgt. In der bürgerlichen Presse wird jedoch die Rär verbreitet, daß am Montag nachmittag etwa 200 Hafnarbeiter mehrmals gegen die Arbeitswilligen „angestürmt“ hätten, damit es zu Tätlichkeiten kommen solle! Das ist natürlich Unsinn. Der bürgerliche Feilschänder, der die Ente in der „Rheinisch-Westfälischen Zig.“ sowie in der „Rhein- und Ruhrzeitung“ hat aufstacheln lassen, treibt Stimmungsmache. Im übrigen mögen die Hafnarbeiter allerorts gewarnt sein. Keiner lasse sich verlocken, nach Duisburg zu kommen!

Die Tullinger Schuhfabrikanten, 28 an der Zahl, mit rund 3000 beschäftigten Personen, lehnten den einmütigen Wunsch der Arbeiterchaft auf Einführung der 1 1/2stündigen Mittagspause unter gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde wiederholt ab und waren trotz Versuche zu keinerlei Unterhandlungen zu bewegen. Als hierauf in zwei Betrieben die Arbeiter die Kündigung einreichten, verlangte der Fabrikantenverein die schriftliche, bedingungslose Zurückziehung dieser Kündigungen, andernfalls die gesamte Arbeiterchaft ausgesperrt würde. Die Kündigungen sind denn auch am 1. Mai erfolgt. 10 Firmen mit rund 200 Beschäftigten haben nicht gekündigt. Zugun nach Tullingen ist streng fernzuhalten.

### Hausland.

Der österreichische Maler-, Anstreicher- und Lackiererverband hielt vorige Woche seinen Verbandstag in Wien ab. Er sprach zuerst den kämpfenden Bauarbeitern Deutschlands seine Sympathie aus und nahm dann den Bericht des Obmanns Raar entgegen. Die Mitgliederzahl ist 5100, die Fluktuation maßlos. 15 neue Organisations wurden gegründet, ebensoviel sind eingegangen. Die Herren Separatisten machen in den tschechischen Gebieten schweren Schaden. Die zahlreichen Lohnbewegungen waren trotz der Schwäche der Organisation und der Krise recht erfolgreich. 1908/09 wurden infolge Ablaufens der 1906 geschlossenen Kollektivverträge, aber auch aus anderen Gründen 30 Lohnbewegungen geführt; 27 endeten mit Tarifabschlüssen. 1909 konnte für 5500 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um 274 Stunden gekürzt, der Lohn um 17670 Kronen erhöht werden. Die größten Bewegungen waren die der Wiener Anstreicher (2800 Mann) und Maler (1900 Mann). Die Wiener Vorschriften konnten mit Hilfe der Reichstagsfraktion bedeutend verbessert werden. Volles Verbot ist noch nicht durchgesetzt. Bei einer Bilanz von 81000 Kronen wurden 1909 für Unterstützungen 31500 Kronen verausgabt. — Der Verbandstag hatte sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu befassen. Er beschloß, daß sie in jenen Orten eingeführt wird, wo sie eine von Dreivierteln der Mitglieder besuchte Generalversammlung mit Dreiviertelmehrheit beschließt und der Verbandsvorstand zustimmt. Arbeitslosenunterstützung gäbe es nur in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März. Sie beträgt 1 Krone 10 Heller durch fünf Wochen.

Es wurde die obligatorische Einführung des Dispositions- (Streik-)fonds beschlossen und die Beiträge folgendermaßen festgesetzt: In den 35 Sommerwochen 54 Heller, in den 17 Winterwochen 20 Heller. Wo Arbeitslosenunterstützung besteht, erhöhen sich diese Beiträge um 30 bzw. 10 Heller. Weibliche Mitglieder zahlen ganzjährig 20 Heller, 50 Heller Beitritt- und 20 Heller Budgetgebühr.

In Brünn wird ein besoldeter Gauleiter, der Deutsch und Tschechisch kennen muß, angestellt. Auch der nächste anzustellende Zentralbeamte soll beide Sprachen beherrschen. Die Ortsgruppe Prag tritt aus der separatistischen Gewerkschaftskommission aus und der Prager zentralistischen Kommission bei.

Die Maurerstreiks in Mailand und Rom scheinen sich von Tag zu Tag mehr zuspitzen. In Mailand haben die Genossenschaften 5000 Lire Streikunterstützungen bewilligt und die Arbeiterkammer hat Sammlungen eröffnet. In Rom ist bis jetzt nach 20 Tagen noch kein Heller Streikunterstützung ausgegahlt worden. Wegen unflügen Verhaltens der Polizei ist es wiederholt zu Szenen bei den Streikversammlungen gekommen. Zahlreiche arbeitslose Handlanger verlassen Rom, um nicht zu verhungern. Die Situation ist zwar nicht bedrohlich, wie sie manche bürgerliche Blätter schildern, aber immerhin ernst.

## Verfammlungen.

Verband der Lederarbeiter. Die Jahreshelle Berlin hielt am Montag ihre regelrechte Monatsversammlung ab. Den ersten Punkt bildete die Wahl des ersten Vorsitzenden, die auf Heidelberg fiel. Für die ausgesperrten Bauarbeiter bewilligte die Versammlung aus der Lokalkasse eine einmalige Unterstützung von 100 M., außerdem sollen jede Woche Sammellisten zirkulieren. Die Abrechnung des Kassierers vom 1. Quartal dieses Jahres ergab folgendes Bild: für die Verbandskasse: Einnahme: Eintrittsgeld 10,50 M., Beiträge 4148,40 M., Bestand 1010,00 M., Summa 5168,90 M.; dem steht folgende Ausgabe gegenüber: Unterstützungen für Streik 512,15 M., Reise 92,25 M., Ortsunterstützung 1607,30 M., an Kranke 1084,45 M., Sonstiges 953,84 M., macht Summa 4249,99 M., Bestand für das 2. Quartal 919,00 M. für die Lokalkasse eine Einnahme von 2108,83 M., eine Ausgabe von 1441,47 M. (darunter für Ausgesperrte 565,90 M.), bleibt Bestand 777,36 M. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Quartals 579, am Schluß 598. Folgende von einer Kommission ausgearbeitete und der Versammlung in Vorschlag gebrachte Neubestimmungen für den Arbeitsnachweis wurden angenommen:

1. Wer in einem anderen Beruf Arbeit findet, kann auf dem Arbeitsnachweis auf die Dauer von sechs Wochen entschuldigt werden, hat aber während der Beschäftigung keinen Anspruch auf Vermittlung.
2. Arbeitslose erkrankte Mitglieder werden bis höchstens 13 Wochen auf dem Arbeitsnachweis entschuldigt. Eine Vermittlung während der Krankheit findet nicht statt.
3. Wer innerhalb 3 Tagen nach der Vermittlung das Arbeitsverhältnis aufgibt oder entlassen wird, erhält seinen alten Schein zurück. — Diese Bestimmungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine Ortschaft in Flammen.

Lemberg, 11. Mai. (W. T. B.) Die Ortschaft Przemyslany (Galizien) steht in Flammen. Ein Stadtteil ist gänzlich abgebrannt. Durch den herrschenden Sturm breitet sich das Feuer rasch aus und gefährdet den höher liegenden Stadtteil.

### Großfeuer.

Budapest, 11. Mai. (W. T. B.) In der Gemeinde Heiß-Redzte bei Jag-Ugrocz sind durch eine Feuerbrunst bei starkem Sturm neunzehn Wohnhäuser samt den Nebengebäuden eingeschert worden. Vier Personen sind in den Flammen umgekommen.

### Gewalten der Tiefe.

San Jose (Costarica), 11. Mai. (W. T. B.) Nachdem bereits gestern mehrere starke Erdstöße verspürt worden waren, ereignete sich heute hier ein heftiges Erdbeben Tausende von Einwohnern verließen die Stadt.



Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde gestern vormittag im Sitzungssaal des Herrenhauses von dem Vorsitzenden Staatssekretär Delbrück eröffnet. In der Begrüßungsrede äußerte der Staatssekretär unter anderem: Wir sind wesentlich den überlieferten Bahnen weiter gefolgt. Die stärkere Erkenntnis von der Notwendigkeit einer ausgiebigen Prophylaxe hat dahin geführt, daß in erster Linie die Errichtung von Fürsorgestellen und Anstalten mit Nachdruck und Erfolg betrieben worden ist. Aber nicht nur die Anzahl der Stellen hat eine erfreuliche Zunahme aufzuweisen, auch in dem Verständnis der Bevölkerung und der Herzlichkeit sowie vor allem in dem Eingreifen der Kommunen sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Auf dem Gebiete der Prophylaxe liegt auch ein Zweig, für den in neuerer Zeit erfreulicherweise die Fürsorge zugenommen hat, das ist die Fürsorge für die Wohnungen und für die Desinfektion der Wohnungen. Die Bedeutung der Wohnungen zur Bekämpfung der Tuberkulose wird in immer weiteren Kreisen erkannt. Namentlich sind die Kommunen bestrebt, auf diesem Gebiete erfolgreich zu arbeiten. Ganz besonders sind die Kinder der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt. Neben der Fürsorge für die Wohnungen sind die Schulen mit ihren Lehrern und Lehrern zur Unterstützung unserer Bestrebungen berufen. Je mehr Einfluss der Schularzt gewinnt, desto mehr wird die Bekämpfung der Tuberkulose schon im zartesten Kindesalter mit Erfolg durchgeführt werden. Und je mehr sich die Lehrer dieser Sache annehmen, um so größer wird der Erfolg sein. Wir erkennen dankbar schon heute die Mitwirkung der Lehrerschaft an und hoffen, daß sie in immer höherem Grade steigen wird, zumal die Lehrer merken werden, daß sie nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch ihrem besonderen Ziel nützen, wenn sie mit gesunden und kräftigen Kindern zu arbeiten haben, daß sie an der Zukunft des deutschen Volkes mitarbeiten, wenn sie bemüht sind um die Gesundheit der deutschen Jugend.

Nach dem vom Generalsekretär Professor Dr. Rieter erstatteten Jahresbericht hat das Zentralkomitee gegenwärtig 1509 Mitglieder. Die regelmäßigen Einnahmen des Komitees im vergangenen Jahre setzen sich aus den Mitgliederbeiträgen von 34 000 M. und dem Reichsgeldzuschuß von 60 000 M. zusammen. Mit dem Bestand zu Beginn des Jahres und sonstigen Zuwendungen betrugen sie im ganzen 680 000 M., denen 312 000 M. Ausgaben gegenüberstehen. Die Zuschüsse für Heimstätten und andere Tuberkuloseeinrichtungen betrugen 187 000 M., die an das Deutsche Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen 6000 M., für Lungenbekämpfung 32 000 M. Im Jahre 1909 sind in Deutschland 16 000 Personen an Tuberkulose gestorben. Die Sterblichkeit ist von 18,6 pro 10 000 der Bevölkerung auf 15,54 herabgegangen. In der an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion gab Geheimrat Sievers vom Reichsgesundheitsamt eine Uebersicht über die von den Versicherungsanstalten behandelten Personen und die Erfolge. Bei den in ständiger Behandlung befindlichen sind bei der Entlassung Erfolge im abgelaufenen Jahre bei 83 Proz. der Behandelten, und zwar bei Männern und Frauen, zu verzeichnen gewesen, während im Jahre 1908 bei den Männern 81 Proz., bei den Frauen allerdings 86 Proz. Erfolge zu verzeichnen waren. Die Versicherungsanstalten haben an Kosten für die Behandlung fast 100 Millionen Mark ausgebracht.

Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Thema

„Tuberkulose und Wohnungsfrage“

Ueber den theoretischen Teil dieser Frage berichtete Professor Dr. Müller-Maxburg. Er führte aus, daß die Hauptquelle der Tuberkulose Lungenschwindsucht des Menschen der tuberkulöse Mensch selbst sei. In den von Lungenschwindsucht besonders heimgesuchten Kreisen lasse sich durch verschiedene Methoden nachweisen, daß fast jeder Mensch tuberkulös infiziert die Schwelle des Kindesalters überschreite. Es kann hier experimentell gezeigt werden, daß eine tuberkulöse Infektion Schutz gewährt gegen wiederholte tuberkulöse Infektionen, sogenannte Reinfektionen. Auch für den tuberkulösen Menschen trifft dieses Gesetz einer Immunität gegen Tuberkulose durch Tuberkulose zu. Dieser Tuberkulosechutz verleiht dem in der Kindheit tuberkulös infizierten Erwachsenen höchstwahrscheinlich absoluten Schutz gegen Reinfektion von außen her. Die Entstehung der tuberkulösen

Schwindsucht beim Erwachsenen ist vielmehr auf schwere tuberkulöse Reinfektionen zurückzuführen, die von innen her von bereits vorhandenen Tuberkuloseherden aus erfolgen. Die schweren, um Schwindsucht führenden Reinfektionen finden hauptsächlich innerhalb der Wohnung, innerhalb der Familie statt. Das wichtigste Problem der Schwindsuchtsprophylaxe ist daher der Schutz der Kinder in den Wohnungen vor schweren tuberkulösen Reinfektionen.

Den praktischen Teil der Frage behandelte Landeswohnungsinspektor Gresschel-Dornstadt. Er führte aus, daß die Tuberkulose eine Wohnungskrankheit insofern ist, als das Zusammenleben vieler Menschen in engem Raume vielfach infolge der gesundheitlich schlechten Beschaffenheit der Wohnungen zur Verbreitung der Krankheit am meisten beiträgt. Er gab ein anschauliches Bild der Wohnungsverhältnisse. In Berlin z. B., von welchem ein lokalpatriotischer Bürger vor kurzem noch die Behauptung aufstellte, es sei in bezug auf Wohnungen die bestvergente Großstadt, besteht die Hälfte aller Wohnungen, 197 000, in denen etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung wohnt, nur aus einer Stube mit Küche. 33 000 Wohnungen haben nur ein heizbares Zimmer, 2400 Wohnungen überhaupt kein heizbares Zimmer, und 4088 Wohnungen bestehen lediglich aus einer Küche, in der bis zu 12 Personen wohnen. Technisch sind auch die Wohnungsverhältnisse in allen anderen Großstädten. Aber auch auf dem Lande sieht es durchaus nicht besser aus. In Hessen ist eine Aufnahme gerade auch für das Land gemacht worden, und es hat sich ergeben, daß 4500 Wohnungen aus einem einzigen Raum ohne jeden Nebenraum bestehen. 1800 dieser Wohnungen beherbergen mehr als drei Personen, 260 mehr als 6 Personen. Aus zwei Räumen mit Küche bestehen 14 000 Wohnungen, wovon 800 auch mehr als 7 Personen beherbergen. 3 Räume haben 23 000 Wohnungen, wobei in 900 Wohnungen mehr als 8 Personen bis herauf zu 15 Personen wohnen. Man denke sich in solcher Wohnung jemand mit einer ansteckenden Krankheit. Es ist ein wahres Glück, daß nicht jeder menschliche Organismus den Bazillen unterliegt. Sonst wären die Folgen des engen Zusammenwohnens gar nicht zu übersehen. Dringend zu fordern ist dabei eine gute Wohnungsinspektion. Aber die Wohnungsinspektion kann im wesentlichen nur Kleinarbeit leisten. Die Hauptsache ist neben der Schaffung normaler Wohnungsverhältnisse doch die Vereinfachung von preiswerten, guten und gesunden Wohnungen für minderbemittelte Volkskreise in Stadt und Land. Dringend zu fordern ist, daß auf geseligmäßigem Wege hier eingeschritten wird, nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus nationalen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen.

In der Diskussion hob Bauinspektor Reblisch-Rixdorf hervor, daß namentlich der Baupolizei auf dem Gebiete der Tuberkulose eine große Aufgabe erwachse. Die Wohnungsfrage wäre für die Großstädte nicht so verhängnisvoll, wenn nicht leider noch die Höhe selbst bei großer Enge schädlich umgebaut werden dürften. Wenn ausreichende Baugesetze nicht vorhanden sind, müsse zunächst dahin gewirkt werden, daß in jedem Staate auf dem Wege einer für das ganze Staatsgebiet geltenden Landespolizeiverordnung einschneidende Bestimmungen getroffen werden. Vor allem sollten Keller- und Dachwohnungen für unzulässig erklärt werden. Hochbauten sollen bei Neubauten stets ein Geschoss weniger haben als straßenwärts gelegene Gebäude. In der Debatte fielen die sozial-rückständigen Ausführungen des Geheimrat Kirchner vom Preussischen Kultusministerium auf. Er betonte eindringlich, daß man ja hier nicht auf einem Wohnungskongress, sondern auf einem Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose sei. Wenn man sich in übertriebenen Forderungen für die Herstellung von Wohnungen ergebe, könne man leicht den Hauptzweck aus dem Auge verlieren. Gewiß seien einige der Forderungen für Wohnungen an sich beherzigenstwert, aber ihre Durchführung würde so große Mittel erfordern, daß dann für die Bekämpfung der Tuberkulose nicht mehr viel übrig bleibt. Vor allen Dingen dürfe man eines nicht aus dem Auge verlieren: Die Quelle der Tuberkulose ist der kranke Mensch. Es ist gewiß als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß der früher so oft gehörte Satz, die Tuberkulose stamme von der Kuhmilch, heute nicht mehr gehört wird, sondern daß man erkannt hat, daß gerade der kranke Mensch die Gefahr für seine Umgebung bilde. Es müsse gefordert werden, daß gesunde Kinder aus kranken Familien herausgebracht und in gesunden Familien zur Erziehung untergebracht würden. Es sei falsch, daß jede Tuberkulose schon in der Kindheit erworben sei, ganz zweifellos kommen Erkrankungen an Tuberkulose auch im späteren Alter vor, die nicht auf in der Kindheit erworbene Keime zurückgeführt werden können. Die allgemeine Verbreitung einer solchen Anschauung könnte auch leicht dazu führen, daß man in der Bekämpfung der Maßnahmen gegen Tuberkulose

erlahme. Das wichtigste sei, die Bevölkerung, namentlich die an Tuberkulose erkrankten Personen, zur Reinlichkeit zu erziehen, um so die Gefahr für ihre Umgebung zu beseitigen und dahin zu wirken, daß alle tuberkulösen Familien von selbst darauf dringen, daß ihre gesunden Mitglieder aus dieser Umgebung gebracht und ihre Wohnungen öfters, vor allem bei jedem Wohnungswechsel, desinfiziert werden, um nicht eine Gefahr für die Nachwohnenden zu bilden.

In seinem Schlusswort hob der zweite Referent, Wohnungsinspektor Gresschel-Dornstadt mit Recht nochmals hervor, daß eine Bekämpfung der Tuberkulose ohne Verbesserung im Wohnungswesen nicht möglich sei, und daß dazu eine Einwirkung auf den Bauplan auch gehöre, weil man sonst nicht zur Beseitigung schlechter Wohnungen gelangen könne. Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

Angeordnetlicher Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Hamburg, 10. Mai.

In der Dienstagssitzung wird ferner das von der gemeinsamen Konferenz entworfene

Statut des Deutschen Transportarbeiterverbandes

durchberaten. Es liegen dazu über 100 Anträge vor, die aber nicht die nötige Unterstützung erhalten. Die ad hoc eingesetzte Kommission beantragt einige Abänderungen, die nach eingehender Debatte Annahme finden. § 1 lautet:

1. Die Vereinigung führt den Namen: „Deutscher Transportarbeiterverband“, mit dem Sitz in Berlin.

2. Sie erstreckt sich über das Deutsche Reich und hat den Zweck, die Ehre sowie die materielle und geistigen Interessen ihrer Mitglieder nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung zu wahren und zu fördern.

§ 3 fest: „Dem Verbandsrat können alle im Handels-, Transport- und Verkehrgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Personen beitreten, sofern sie die Bestimmungen dieses Statuts anerkennen.“

§ 4 bestimmt, daß das Beitrittsgeld 1 M. für männliche und 50 Pf. für weibliche und jugendliche Personen (der Entwurf verlangte 1,50 M. und 75 Pf.) beträgt. Es werden Beitragsklassen von 50, 45 und 40 Pf. für männliche und 25 Pf. für männliche jugendliche Mitglieder festgesetzt. Zur Beitragsklasse 1 gehören Orte mit Durchschnittswohnlöhnen von mehr als 24, zur zweiten Klasse 21—24 und zur dritten Klasse unter 21 M. Durchschnittslohn. (Der Entwurf sieht Sätze vor von „unter 18 bis über 21 M.“.)

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf mit den genannten Abänderungen einstimmig angenommen, ebenso die unüberänderten Ergänzungen zum Statut für die Binnenfahrer und Flößer sowie die für die seemannischen Arbeiter.

Sobald wird die Gruppe „verschiedene Anträge“ zur Beratung gestellt.

Berlin beantragt: „Der Verbandstag wolle beschließen, eine Konferenz für die in Reinigungsanstalten beschäftigten Personen abzuhalten. Als Hauptthema soll in Betracht kommen: 1. Die unzulässigen Unfallverhütungsvorschriften unseres Berufes. 2. Die Streiktaktik des Unternehmerverbandes.“

Der Antrag wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag, die Delegierten zum Gewerkschaftskongress in größeren zusammengelegten Bezirken wählen zu lassen, wird in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Die „Rechtssektion der Straßenbahner“ soll fürderhin heißen: „Verband der Straßenbahner, Mitgliederschaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes.“

Der Hafenarbeiterverband ersucht den Verbandstag der Transportarbeiter, auf dem gemeinsamen Verbandstag am Donnerstag für den Antrag einzutreten, daß der neue Zentralvorstand ersucht werde, in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf eine

Revision des Binnenschiffahrtsgesetzes hinzuwirken.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

niedergelegt, ohne sie wieder an sich zu nehmen. Belag darüber fehlt.

Antwort: Diese Beilagen sind als Aktioposten noch vorhanden; es werden jetzt damit die Regierungsvorlagen in zweiter Lesung durchgeprüft.

Frage: Auf einem Geheimort des Reichstages wurde vor einigen Wochen ein Revolver gefunden. 1. Wer hat den Forderlohn erhalten? 2. Ist dieser Forderlohn zur Steuer veranlagt worden?

Antwort: ad 1: Niemand; ad 2: Nein. Der herrenlose Revolver wurde dem Abg. Oldenburg zur Abwicklung seiner parlamentarischen Angelegenheiten zur Verfügung gestellt.

Frage: Die vorletzte Thronrede enthielt 170 Zeilen. Bei der Drucklegung sind aber 172 Zeilen berechnet worden. Wie erklärt sich die Differenz von 2 Zeilen?

Antwort: Diese zwei Zeilen betrafen das Wahlrecht, sie sind zu Wasser geworden, und dieses Wasser wurde auf die Wägen der Sozialdemokratie geleitet. („Lustige Blätter.“)

Notizen.

Die Oberammergauer Passionsspiele, die alle zehn Jahre von den Bewohnern des oberbayerischen Gebirgsortes Oberammergau zur Aufführung kommen, wurden am Mittwoch vor geladenem Renommierpublikum eröffnet. Da der gestrige Heilige Ramertus offenbar kein Anhänger der christlich-satholischen Fremdenindustrie ist und auch vor dem bayerischen Landtag, ohne den das fromme Festspiel nicht gut eröffnet werden konnte, keinen Respekt hat, herrschte Schnee und bittere Kälte. Trotzdem wurde auf der offenen Bühne vor etwa 5000 Personen gespielt. Das Mysterium erregte bei Mitspielern und Publikum echtes Bittern und Zähneklappern — vor Kälte. Man hofft aber, daß die mondäne Welt, besonders soweit sie englisch-amerikanisch-hysterisch ist, auch heuer wieder in Scharen herbeiströmen und den langhaarigen Bayern-Christus und die übrigen hochdeutsch-oberbayerisch redenden heiligen Personen verehren und die Vereinigung von modernem Opernzauber und geistlich frivoler Unwissenheit als höchste Kunstoffenbarung bewundern wird. Der wahre Kunst- und Volksfreund aber wird diesen internationalen Trubel meiden und bebauern, daß eine Feiter, die einst Ausdruck erster Frömmigkeit und angeborener Kunstfreude war — noch heute legen die Ehre und manche Einzelleistungen Zeugnis davon ab —, durch modernen Geschäftsgeist entartet ist.

Ein interessantes Bühnenerperiment wurde in einer besonderen Aufführung des Hamburger Thalia-Theaters unternommen. Man führte Georg Büchners gemaltes Neoplatonisdrama „Dantons Tod“ in vereinfachender Stilförmung mit starkem Erfolge auf.

Bühnenchronik. Der Wiener Hofschauspieler Rainz, dessen Verhältnis zur Burg unter Schlenker erheblich gelockert war, ist aufs neue gefestigt worden. Die Wiener werden von jetzt ab ihren ersten und teuersten Schauspieler (er soll nunmehr an 100 000 Kronen beziehen) wenigstens nicht mehr bloß als gelegentlichen Gast sehen.

des Unentrinnbaren sich auf den Leuten senkt. Und dann kommt die letzte Nacht: „Des Nachts sagte er, er möchte gerne etwas ausfindig machen, um die ermüdende lange Nacht abzulösen.“ Er sagte, sie würde um fünf oder sechs Stunden kürzer währen, wenn ich mich neben ihn legen wolle. Ich wandte ein, daß dies unmöglich sei; es war nämlich so wenig Raum, daß ich fürchtete, ihn zu verlegen. Er konnte sich aber den Gedanken nicht aus dem Kopfe schlagen. Ich stieg also auf einen Stuhl und machte einen Schritt über ihn hinüber, weil er sich nicht um einen Zoll weit wegrücken konnte und am äußeren Rande lag. Er war selig. Und tatsächlich verkürzte dies die Nacht, denn wir schliefen beide ein.“

Am nächsten Tage ist es zu Ende. Auf das Grab läßt sie ihm einen Stein setzen, den einzigen neben vierzig neuen Gräbern, an denen keine Liebe weilt. „Genau drei Monate vorher war ich getraut worden.“ So schließt das Tagebuch und das Glück eines Lebens.

Der türkische Arzt im Harem. Die türkische Frau, die nicht zum wenigsten von den politischen und sozialen Fortschritten ihres Vaterlandes Vorteil gezogen hat, wird jetzt auch ein Recht erwerben, das ihr so lange eigenständig verweigert gewesen ist, nämlich das Recht auf Krankheit. So merkwürdig es klingt, die Frau in der Türkei hatte bisher kein Recht, krank zu sein, weil sie kein Recht auf Heilung hatte. Wenn sie sich trotzdem herausnahm, krank zu werden, so kam allerdings ein Arzt. Die ärztliche Untersuchung beschränkte sich aber darauf, daß die Kranke durch einen Schlit im Schleier ihre Zunge zeigen oder durch einen dicken Vorhang und in Gegenwart eines argusaugigen Eunuchen oder einer alten Skabin ihre Hand ausstrecken durfte, damit der Arzt den Puls fühlen konnte. Man kann sich vorstellen, wie die Behandlung beschaffen sein konnte, die der Arzt danach einzuleiten fähig war. Diese Grenzen der islamitischen Sitte dürften auch in den schwersten Krankheitsfällen niemals überschritten werden, nicht einmal bei unmittelbarer Lebensgefahr. Das Einzige, was außer dem Gefährdeten noch zu geschehen pflegte, war die Anwendung alter Hausmittel und die Veranstellung preisfertiger Gesänge, und von diesen beiden „Eingriffen“ mochte man sich zwar einen Erfolg versprechen, aber er wird kaum oft eingetreten sein. Das soll jetzt anders werden und der Wandel der Anschauungen scheint sogar mit großer Schnelligkeit vor sich zu gehen. Es ist jetzt schon häufig vorgekommen, daß Frauen in der Türkei im Fall ihrer Erkrankung die alten Schranken der Sitte durchbrochen und sich einem Arzt zu einer ausgiebigen Untersuchung ausgeliefert haben. Auch die männliche Türkei ist in diesem Punkte verändertes geworden, was selbstverständlich eine Vorbedingung für die Abschaffung der alten grausamen Gebräuche war. Mit ihrer Beseitigung würde ein der Volkwerke fallen, das die türkische Frau von einem menschenwürdigen Dasein getrennt hat.

Humor und Satire.

Fragen der Oberrechnungskammer.

Frage: Im Reichstag hat einmal ein Abgeordneter der äußersten Linken eine Ritzfederspitze auf den Tisch des Hauses

Kleines feuilleton.

Die im Kriege sterben! Kürzlich ist das vergilbte Tagebuch einer Frau veröffentlicht worden, die ihren seit wenigen Wochen ange- trauten Mann in der Schlacht bei Waterloo verlor. Die große Tragödie des Napoleonischen Weltunterganges spiegelt sich hier in dem Einzelschicksal zweier Menschen, deren Glück in diesem ungeheuren Zusammenbruch lautlos erlosch. Paul Tauffig hat das englische Original überseht, Joseph Popper (Rhodus) das Nüchlein mit einem Geleitwort ausgestattet. (Sterben. Tagebuchblätter aus der Schlacht bei Waterloo von Lady de Ranch. Der Schloß. Carl Koenigshaus Verlag.)

Gerade weil in diesen wehbolllen schlichten Schilderungen jedes laute Wort, jede große Schilderung fehlt, wirkt das Tagebuch in seiner stummen Gewalt als eine ewige Anklage gegen den Kriegswahn. Walter Scott hat 1825, Charles Dickens 1841 die Blätter in Händen gehabt. Scott schrieb über seine Eindrücke: „Niemand las ich etwas, was mein Gemüt stärker ergriffen hätte.“ Und Dickens äußerte über seine Empfindungen: „Wenn ich bloß sage, daß die Lektüre dieser höchst merkwürdigen und furchtbaren Erzählung einen Abschnitt in meinem Leben bedeutet, daß ich niemals auch nur das geringste Wort davon vergeße, daß ich den Eindruck nie loskommen werde und daß mir nie zuvor etwas so wahr, so ergreifend und so gegenständlich vor Augen schwebte — so will dies nicht viel heißen. . . . Was ich stets als Meilensteine einer kraftvollen und erschütternden Schilderung betrachtete, das gerinnt vor meinen Augen jetzt zu nichts. Wenn ich noch fünfzig Jahre leben sollte, so werde ich davon von dieser Stunde an bis zu meinem Todestage immer wieder mit der fürchterlichsten Lebendigkeit träumen.“

Am 8. Juni 1815 kam das Ehepaar in Brüssel an. Am 4. Juli besucht die Witwe das Grab des jungen in englischen Diensten getöteten Offiziers Sir William Howe de Lancy bei Waterloo, um am selbigen Tage sich nach England einzuschiffen. Dazwischen liegt ein Paradies jungen Eheglücks, das Inferno einer Wälferschlacht und ein Martyrium treuer, opfernder Pflege am Sterbelager des Geliebten.

Am 18. Juni beginnt die Schlacht. Sir William wird von einer Kanonenkugel im Rücken getroffen und mehrere Meter weit vom Pferde geschleudert. Er wird für tot gehalten, und das Gerücht ereilt auch die Gattin. Aber Sir William lebt, und nun eilt die Frau — eine Gestalt gleich Beethovens Fidelio — den Verwundeten zu finden. In einem kleinen Bauernegeß findet sie den Verwundeten. Und nun verrinnt in dieser engen, einsamen Stube, während draußen die Soldaten vorbeiziehen und die Kriegsgefahren gegen die Stätte branden, die Tragödie der Liebe und des Todes. Die Frau läßt sich am Lager des Mannes nieder und harret dort aus, Tag für Tag, Nacht für Nacht, ohne einen Augenblick dem Schicksal sich hinzugeben. Es gibt keine Er schöpfung für sie, keine Klage, keine Tränen. Anfangs hofft sie auf das Wunder der Genesung. Dann sieht sie, tapfer und groß, wie das Dunkel



Mit dem Wunsche, daß das am Donnerstag zum Abschluß gelangende Einigungswerk allen Verbänden zum Vorteil gereichen werde, wird der Verbandstag kurz nach 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Stehend singen die Delegierten die erste Strophe unseres alten Kampfliedes.

## 11. Verbandstag der Hafenarbeiter.

Hamburg, 9. Mai.

### Nachmittags-Sitzung.

Die Mandatsprüfungskommission erstattet Bericht, danach nehmen 41 Delegierte, 6 Gauleiter, 4 Vorstandsvertreter, sowie Vertreter des Ausschusses und der Revisionskommission am Verbandstage teil. Heidmann-Hamburg ergänzt den

### Rassenbericht

und gibt verschiedene Anweisungen betreffs geregelter Rassenführung. Im weiteren schildert er die großen Anforderungen, die durch die Krankenunterstützung an die Verbandskasse gestellt wurden, wie sind so groß, daß der Verband unbedingt eine andere Regelung treffen muß, wenn wider Erwarten die Verschmelzung nicht zustande käme. Die Vertreter der Revisionskommission, des Ausschusses und der Redaktion erstatten ebenfalls Bericht über ihre Tätigkeit.

Hierauf wird in die

### Debatte des Geschäftsberichts

eingetreten.

Hamburg, 10. Mai.

### Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Geschäftsbericht nimmt ihren Fortgang. Nach dem Schlußwort Döring und nachdem auch der Redakteur seine Ansicht über die vorgebrachten Moniten gesagt, und die persönlichen Bemerkungen erledigt sind, wird dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Die in der letzten Geschäftsperiode abgeschlossenen Kartellverträge mit den Verbänden der seemannischen Arbeiter und den Maschinenisten werden vom Verbandstag sanktioniert. Es erfolgt nunmehr die Wahl zum internationalen Kongress in Kopenhagen. Gewählt werden Döring-Hamburg und Lindow-Hamburg. Ferner werden vier Kollegen als Delegierte zum Gewerkschaftskongress, der im Jahre 1911 tagt, gewählt. Der

### Entwurf des Statuts für die allgemeine Organisation

der Transportarbeiter setzt sich aus den bisherigen Statuten der drei Verbände zusammen. Der Vortrag wird in Zukunft während des ganzen Jahres gelehrt (52 Wochen). Beim jetzigen Uebertritt kommen jedoch alle gezahlten 89 und 44 Wochenbeiträge für ein volles Jahr in Anrechnung. Die Invaliden, die jetzt ermäßigte Beiträge im Hafenarbeiterverband zahlen, haben auch in der neuen Organisation dieselben Unterstützungsansprüche wie jetzt. Der Bezug der Erwerbslosenunterstützung ist auf 10 Wochen im Jahre festgelegt, für die Wonnemonten sowie höher sind jedoch Sonderbestimmungen für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung vorgesehen. Da diese nach statistischen Feststellungen in jedem Jahre in allen Stromgebieten circa 10 Wochen durchschnittlich infolge der Witterungseinflüsse arbeitslos sind. Für Gewährung des Rechtsanspruches sind den Vorstandsmitgliedern im neuen Statut Grenzen gezogen, die leider bisher nicht vorhanden waren. Der Name des Einheitsorgans bleibt der „Courier“, darin sollen besondere Abteilungen für die einzelnen Berufsgruppen geschaffen werden, und soll der jetzige Redakteur der Hafenarbeiter, Kollege Lindow, diese Abteilung auch ferner bearbeiten. Für die Hafenarbeiter und Seeleute werden besondere Abteilungen, oder Gruppenleiter im Zentralvorstand eingesetzt. Der gesamte Vorstand soll aus 16 Personen bestehen, 7 bezoldete und 9 unbezoldete.

Döring macht dann noch auf einige geringfügige redaktionelle Änderungen einzelner Paragraphen des Einheitsstatuts aufmerksam, im weiteren spricht er den Wunsch aus, daß alle zum Statut gestellten Anträge zurückgezogen werden und das Einheitsstatut die volle Zustimmung finden möge.

Es wird nunmehr in die

### Debatte über die Zusammenschlußverhandlungen

eingetreten.

Prinzipielle Bedenken gegen die Verschmelzung werden von keinem der Redner erhoben, im Gegenteil ohne Ausnahme wird die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Einheitsorganisation anerkannt. Wenn trotzdem die Debatte sich so lange hingiert, so aus dem Grunde, weil die Delegierten glauben, daß sie die Wünsche ihrer Mandatgeber zum Ausdruck bringen müssen. Auf Antrag wird die Debatte geschlossen und erhält Döring das Schlußwort.

Durch Abstimmung gelten alle Anträge, die zum Einheitsstatut gestellt sind, für abgelehnt und damit erledigt. — Einstimmig wird sodann das Einheitsstatut angenommen. — Folgende Anträge werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen:

Der Verbandstag wolle beschließen, für das Hafengebiet Duisburg-Kolkort einen Schiffsleiter mit Fahrzeug anzustellen. In der neuen Einheitsorganisation bilden die Schiffs- und Höfereibetriebe des Rheins, Main und Neckargebiete einen für sich abgeschlossenen Agitationsbezirk. Da das Schiffsfahrergesetz reformbedürftig ist, wird der Hauptvorstand beauftragt, mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf eine Revision des Wonnemontengesetzes hinzuwirken.

Nach einigen für die Allgemeinheit unwichtigen Beschlüssen hat der Verbandstag der Hafenarbeiter seine Arbeiten erledigt. Mit einem Rückblick auf die Arbeiten des letzten Verbandstages der Hafenarbeiter schließt Döring die Tagung. Am Donnerstag früh beginnt der Verbandstag sämtlicher drei Verbände.

## Verbandstag der Seeleute.

### Dienstagssitzung.

Paul Müller referierte über die

### Verhandlungen betreffs Schaffung einer Einheitsorganisation

und den Entwurf eines Statuts für diese. Redner recapitulirte die bisher in dieser Frage gepflogenen Beratungen, die noch im vorigen Jahre auf dem toten Punkt gestanden hätten. Aber der Wille der Mitglieder aller Verbände zur Einigung sei so stark gewesen, daß nun in überraschend kurzer Frist das Werk, dessen Vollenbung man allgemein ersehne, zum Abschluß gelangt sei. Die Gefahr, daß der Widerstreit der Sonderinteressen zu sehr in den Vordergrund gedrängt werde, sei durch gegenseitiges Entgegenkommen glücklich beseitigt, und der Zweifel über Form und Art des Zusammenschlusses aufgelöst in die Ueberzeugung, daß nicht Mehrheitsbeschlüsse entscheiden könnten, sondern alle Entschlüsse und Beschlüsse, aus drei gleichbedeutenden und gleichberechtigten Organisationen hervorgehend, Produkt der Verständigung, des Aus- und Vergleichs sein müßten. Die Politik der Konzeptionen und Kompensationen habe sich gut bewährt, ihr Ergebnis, der Statutenentwurf, bei den Mitgliedern freundliche Aufnahme und im allgemeinen allseitige Zustimmung gefunden. Wenn er auch lückenhaft, verbesserungsfähig und reformbedürftig sein möge, so bilde er doch eine geeignete Grundlage, weiterzubauen. Was der Aenderung auf Grund der zu machenden praktischen Erfahrungen bedürfe, werde später auch die Einheitsorganisation im eigenen Interesse bereit sein, zu ändern. Bei allem strengen Zentralismus sei im Statut allzu große Uniformierung vermieden und eine gewisse Elastizität mit Glück erstrebt. Den Eigenarten des Seemannsberufs und den besonderen Agitationsbedürfnissen sei ausgiebig Rechnung getragen, die Unterstützungsleistungen seien in der vollendeten Form der Erwerbslosenunterstützung vorgesehen. An den Grundlagen des Statuts dürfe im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit nichts geändert werden. Redner empfahl am Schluß seiner Ausführungen Annahme folgender Resolution, die er als Vertretung des Veratenen, als Schlußstein des ganzen schwierigen Werkes bezeichnete:

Der vom 9. bis 11. Mai 1910 in Hamburg tagende siebente (außerordentliche) Verbandstag des Zentralverbandes

der seemannischen Arbeiter Deutschlands spricht seine volle Genehmigung aus über die in den Oktober- und Dezemberkonferenzen 1909 erzielte Einigung der Vertreter der drei Verbände der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter, durch die endgültig alle Hindernisse für den Zusammenschluß der drei Verbände zu einer geschlossenen Einheitsorganisation aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande beseitigt sind.

Der Verbandstag anerkennt das ernste Bestreben der Dezemberkonferenz, durch den geschaffenen Entwurf eines gemeinsamen Statuts für die Einheitsorganisation eine gesunde Grundlage für diese selbst zu schaffen.

Der Verbandstag verkennt nicht, daß dieser Entwurf verbesserungsfähig ist, erwartet auch, daß der erste gemeinsame Verbandstag die etwa erforderlichen redaktionellen und materiellen Änderungen am Statutenentwurf vornimmt sowie dadurch der Zusammenschluß nicht gefährdet oder verzögert wird.

Soweit erforderlich, ist die Leitung der Einheitsorganisation zu erfragen, den zum Statut gewünschten Wünschen der Mitglieder aller drei Verbände durch sachgemäße Deklarationen oder bei Ausarbeitung der von der neuen Verbandsleitung zu erlassenden Reglements Rechnung zu tragen.

Mit dieser Mahngabe stimmt der siebente Verbandstag des Zentralverbandes der seemannischen Arbeiter dem allgemeinen Statutenentwurf für die Einheitsorganisation, sowie den Ergänzungsstatuten und damit dem Zusammenschluß der drei Verbände am 1. Juli 1910 selbst zu.

Der Anschluß des Zentralverbandes der seemannischen Arbeiter Deutschlands an die dann neu geschaffene Einheitsorganisation erfolgt mit allen Aktiven und Passiven.

Die Ueberführung aller bei der Verbandsleitung und den örtlichen Verwaltungsstellen vorhandenen Aktiven und Passiven in die neue Einheitsorganisation erfolgt bis zum 1. September 1910, entsprechend den von der neuen gemeinsamen Verbandsleitung zu treffenden Anordnungen.

Nicht ein Sprung ins Dunkle werde getan, sondern ein wohlüberlegter Schritt, zu dem die Konzentration des Segners und seine neue Taktik zwingt. Bei diesem Riesenschritt vorwärts in der modernen Arbeiterbewegung müsse alles Kleinliche und Neben-sächliche auscheiden, müsse das Große und Bestimmende ins Auge gefaßt werden.

Alle Abänderungsanträge wurden dann zurückgezogen, und die Resolution einstimmig angenommen, was die grundsätzliche Zustimmung der Seeleute zur Verschmelzung bedeutet.

## Pfingstfahrten.

Wie alljährlich veranstaltet die Eisenbahndirektion ebenso wie verschiedene Dampfgesellschaften eine Reihe von Extrafahrten, die es infolge des billigeren Preises auch manchem Proletarier (vielleicht ein einziges Mal in seinem Leben) gestatten, unter Aufwendung seiner ersparten Mittel die unbezwingliche Sehnsucht nach der See oder dem Gebirge zu stillen und einen oder den anderen der leichter erreichbaren schönen Erdwinkel aus eigener Anschauung kennen zu lernen, die ihm aus der Schule oder durch Erzählung anderer sonst nur vom Hörensagen bekannt sind.

Von Berlin, Lehrter Bahnhof, nach Hamburg, Hauptbahnhof, gelangt man am Pfingstsonnabend, 14. Mai, 12.25 nachmittags und 10.45 abends (Anschluß an die Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie nach den Nordseehäfen); von Berlin, Götlicher Bahnhof, nach dem Riesengebirge am 14. Mai, 7.50 vormittags; von Berlin, Anhalter Bahnhof, nach der Sächsischen Schweiz am 14. Mai, 2.10 nachmittags. Nähere Auskunft über die Anfahrtszeiten, Fahrpreise und sonstigen Beförderungsbedingungen erteilen die Fahrplanausgaben der Abgangsbahnhöfe der Sonderzüge sowie das amtliche Reisebureau auf dem Potsdamer Bahnhof. Von diesen Stellen werden auch die Ueber-sichten über die Pfingstsonderzüge (mit deren Fahrplänen, Preisen usw. kostenlos) verabfolgt.

Ein billiger Pfingstsonderzug wird nach dem Harz abgefahren werden. Er geht von Berlin, Potsdamer Bahnhof, am 14. Mai (Pfingstsonnabend) 7.33 vormittags und trifft ein in Halberstadt 11.28, in Quedlinburg 11.58 vormittags, in Thale 12.12 mittags; in Halberstadt Anschluß nach Bernigerode, Ilseburg, Harzburg. Für die Hin- und Rückfahrten 3. Klasse zum Preise von 3.70 M. (Berlin-Halberstadt), 4 M. (bis Quedlinburg), 4.10 M. (bis Bernigerode oder Reinstedt), 4.20 M. (Berlin-Ilseburg oder Thale) und 4.40 M. (Berlin-Harzburg) abgegeben. Für die Rückreise in den jahresplanmäßigen Personenzügen sind gewöhnliche Fahrkarten zu lösen.

Der Schluß des Fahrplänenverkaufs findet durchgängig am 12. Mai, abends 6 Uhr, statt.

Im Anschluß an die Dampfer-Sonderzüge hat der Seebäderdienst der Hamburg-Amerika-Linie Pfingstextrafahrten arrangiert: Den Verkehr zwischen Hamburg und Rugöwen, Helgoland, Sylt auf Westerland vermitteln die Dampfer „Kaiser“, „Cobra“ und „Silvana“. Am Pfingstsonntag früh 7.00 Uhr fährt der Dampfer „Kaiser“ ab Hamburg, St. Pauli Landungsbrücken, nach Helgoland, Ankunft 1.30. Ferner um 8.00 früh Dampfer „Cobra“ nach Helgoland, Ankunft 8.00, Abfahrt von Helgoland 8.30 und Ankunft in Sylt 7.30. Dieselben Fahrten finden auch am zweiten Pfingstfeiertag früh statt. Die Rückfahrt kann am 16. und 17. Mai erfolgen. Die kombinierten Sonderzugdampferextrafahrten lösen ab Berlin: nach Helgoland 3. Klasse 25.00 (inklusive Ausbuden in Helgoland), nach Westerland 3. Klasse 32 M.

Billiger als die Fahrten nach der Nordsee sind die nach der Ostsee. Vom Stettiner Bahnhof geht am 14. und 15. Mai, 12.24 nachts ein Sonderzug ab, der um 2.35 morgens in Stettin eintrifft. Fahrpreise der Rückfahrkarten nach Stettin: 3. Klasse 8.40 M.

Von Stettin fahren nach Swinemünde im Anschluß an diese Züge zahllose Dampfer, so „Berlin“, „Swinemünde“ und „Heringsdorf“ der Swinemünder Dampfschiffahrtsgesellschaft. „Prinz Heinrich“ fährt über Swinemünde nach Rixdroy. Von den Dampfern der Bräunlichens Reederei fahren: Dampfer „Odin“ ab Stettin 8.30 früh nach Swinemünde, Heringsdorf, Stubbenkammer, Sahnitz. Ferner um 8.30 früh ab Stettin Dampfer „Imperator“ nach Swinemünde, Heringsdorf, Gdhren, Sellin, Wenz und Sahnitz. In Sahnitz Ankunft 11.00 Uhr, Weiterfahrt 11.15 mit Dampfer „Imperator“ nach Roppenhagen. Die Rückfahrt kann am 3. Feiertag mit Dampfer „Gertha“ ab Sahnitz 10.30, ab Swinemünde 8.00 Uhr, Ankunft Stettin 6.15, vor sich gehen. (Anschluß nach Berlin.)

Ab Sahnitz bietet sich am Pfingstsonntag 11.15 mit Dampfer „Gertha“ Gelegenheit, die Heiseninsel Vornholm zu besuchen. Die Fahrpreise betragen für die kombinierten Karren Berlin-Stettin-Rügen und zurück: Bahn 3. Klasse, Schiff 1. Klasse 16.00 M. Berlin-Stettin-Swinemünde 3. bzw. 1. Klasse 9.60 M., ab Berlin eintägig für die Sonderzüge 8./1. Klasse 8.00 M. Außerdem werden in Stettin auf allen den genannten Schiffen Schiff-scheine abgegeben: eintägig Stettin-Swinemünde 8.10 M., mehrtägig 4.70 M. Stettin-Heringsdorf oder Rixdroy eintägig 8.70 M., mehrtägig 5.90 M. Der Fahrpreis der kombinierten Rückfahr-karten nach Vornholm beträgt: 3. bzw. 1. Klasse 26.80 M. Von Sahnitz nach Roppenhagen beträgt der Preis der Rückfahrkarte 1. Klasse 16.00 M., 2. Klasse 12.00 M. Die Gültigkeit der Eisenbahnpfingstkarten beginnt Freitag, 13. Mai, und endet Mittwoch, 18. Mai, inklusive.

Nach Vornholm über Swinemünde direkt fährt außerdem der große Post- und Passagier-Expreßdampfer „Nordstern“ von Swinemünde direkt nach Vornholm in See. Ferner ist am Pfingstsonntag eine Extrafahrt mit „Nordstern“ von Vornholm aus nach der romantischen Festungsinselgruppe Christiansfö

und weiter nach Gubben-Helligdommen vorgesehen. Außerdem finden zwei Verbindungsfahrten über Hlad nach Schweden und Kopenhagen statt. Der Fahrpreis in erster Klasse beträgt für die Rückfahrkarte Swinemünde-Vornholm 12.50 M.

Für Leute, deren Geldbeutel ihnen nur gestattet, die nächste Umgebung Berlins zu besuchen, sei folgendes erwähnt:

Nach der Rätlichen Schweiz, Freienwalde usw. führen folgende Sonderzüge: Ab Stettiner Bahnhof: 6.48 früh, 6.00, 6.30, 7.59, 8.41 und 9.25 bezw. ab Gesundbrunnen 5.55, 6.07, 8.06, 8.48, 9.32. Die Fahrpreise der Rückfahrkarten betragen von Berlin: nach Biesenthal 2. Klasse 2.90 M., 3. Klasse 1.45 M., nach Eberswalde 3.00 bezw. 1.95 M., nach Rixdroy 3.60 bezw. 2.40 M., nach Falkenberg 3.80 bezw. 2.50 M., nach Freienwalde 4.10 bezw. 2.70 M., nach Kloster Chorin 3.70 bezw. 2.50 M. In Freienwalde ist Dampferanschluß nach Oberberg, ebenso in Nieder-Sinow nach Riepe, Teufelsberg und Oberberg vorhanden.

Dampfer-Extrafahrten von Berlin aus veranstalten die „Stern“-Gesellschaft von der Zannowbrücke, der Oberbaumbrücke und der Weidenammer Brücke aus, die Reederei Robiling von der Zannowbrücke, Sahnitz u. Herber von der Weidenammer Brücke und der Weidenammer Brücke, Jachow von der Weidenammer Brücke, Tismer von der Schillingen, Fred von der Oberbaumbrücke und Saevert von Café Allen an der Schleißischen Brücke aus. Diese Fahrten erstrecken sich nach dem Rüggeleer und Woltersdorfer Schleuse, nach Krampenburg, Schmüdow, Neue Rühle, ja sogar bis nach Teupitz und Brandenburg a. d. H. Die Fahrten sollen durchschnittlich 1 M. für Hin- und Rückfahrt, nach Teupitz oder Brandenburg 2 M. pro Person. Bezüglich der Fahrzeiten müssen wir auf die Veröffentlichungen der Reedereien verweisen.

Offenlich begünstigt das Wetter alle diese Veranstaltungen und macht es unseren Lesern möglich, die eine oder andere derselben zu benutzen.

Frohlische Pfingsten!

## Aus Industrie und Handel.

### Riefenbetriebe in Preußen.

Die gewerbestatistische Unterscheidung der gewerblichen, Handels- und Verkehrsmittelbetriebe in Preußen nach der Zahl der darin beschäftigten Personen gibt, wenn nicht die Teilbetriebe, sondern die Gesamtbetriebe (d. h. im wesentlichen die Unternehmungen) der Aus-zählung zugrunde gelegt werden, die Möglichkeit, die Entwicklung von Gewerbe, Handel und Verkehr nach der Richtung auf Riefen-unternehmungen in lehrreicher Weise darzustellen. Als „Riefenbetriebe“ betrachten wir die Unternehmungen mit je über 1000 be-schäftigten Personen.

Bei Fortführung der Kleinbetriebe und der Nebenbetriebe sind in Preußen 1895 751 814 und 1907 1 012 098 Gesamtbetriebe (Unter-nehmungen) ermittelt worden, woraus sich für die gewerbliche Ent-wicklung Preußens eine Richtung auf „Konzentration“ ergibt.

Zu gleichem Ergebnis führt die Betrachtung der „Riefenbetriebe“, deren Vermehrung seit 1895 und Ausstattung mit menschlichen und motorischen Arbeitskräften folgende Zahlen kennzeichnen. An Unter-nehmungen (ohne die Eisenbahnen, Post und Telegraphie) mit je mehr als 1000 beschäftigten Personen fanden sich in Preußen 1895 208 mit 408 778 Personen und 562 741 verwendeten Pferdestärken; 1907 aber 385 mit 987 467 Personen und 1 832 172 Pferdestärken; die Zunahme seit 1895 betrug also 85,10 Proz. der Betriebe, 141,37 Proz. der Personen und 231,47 Proz. der Pferdestärken. Dabei fehlt in den letzten Daten die 1907 gebildete Gruppe: Pflanz-, Theater- und Schaustellungsgewerbe. Da sich im gesamten Gewerbe Preußens in der gleichen Zeitspanne die Betriebe nur um 10,80 Proz., die Personen nur um 48,29 Proz. und die Pferdestärken nur um rund 180 Proz. (ohne Berücksichtigung der elektrischen Motoren) vermehrt haben, so ist die Entwicklung der Riefenbetriebe ungleich viel stärker gewesen und somit ein bezeichnendes Zeichen der Entwicklungsrichtung. Dies ist auch den folgenden Zahlen über die Riefenbetriebe zu entnehmen. Auf solche entfielen von 1000 Personen aller Gesamtbetriebe 1895 69,8, 1907 118,5 und von 1000 Pferdestärken 254,5 bezw. 352,7; im Durchschnitt arbeitete ein Riefenbetrieb 1895 mit 1965, 1907 mit 2585 Personen und mit 2857 bezw. 4759 Pferdestärken.

In den Gewerbegruppen zeigen sich erhebliche Unterschiede, wie es nach der Natur der darin zusammengefaßten Unternehmungen nicht anders sein kann. — Die größte Bedeutung haben die Riefen-unternehmungen in der Gruppe III (Verfahren, Gärten, Salinen, Zor-gräberer); von 1000 Arbeitern entfielen hier 1907 717,8 und von 1000 Pferdestärken 778,9 auf sie, eine starke Vermehrung gegen 1895 mit 556,2 bezw. 644,8; durchschnittlich arbeitete jeder dieser Riefenbetriebe 1907 mit 2855 Personen und 2896 Pferdestärken, 1895 mit 2003 bezw. 3673. — Hinsichtlich der Durchschnittszahl der beschäftigten Personen sind 1907 noch bedeutender die Riefenbetriebe in der Gruppe XXI (Verkehrsgewerbe), V (Metallverarbeitung), XI (Leberindustrie), für welche sich 3367 bezw. 3171 und 3089 Personen berechnen. Hinsichtlich der Durchschnittszahl der Pferdestärken hat 1907 nur die Gruppe V mit 5035 mehr als die Hälfte von Gruppe III aufzuweisen, worauf in weitem Abstande mit 2400 Gruppe XI folgt. — Seit 1895 ist die durchschnittliche Personenzahl der Riefenbetriebe am meisten in der Lederindustrie (XI) gestiegen, von 1058 auf 3089, ferner in den Gruppen V (Metallverarbeitung) von 1679 auf 3171, XVII (Poligraphische Gewerbe) von 1841 auf 2884 und XIX (Handelsgewerbe) von 1005 auf 1881. Ein Rückgang ist nur zu verzeichnen für VII (Chemische Industrie) von 1948 auf 1891 und ein Stillstand für IX (Textilindustrie) mit 1678.

Noch bedeutender sind die Veränderungen in der Durchschnitts-zahl der Pferdestärken der einzelnen Gruppen. In der Gruppe X (Papierindustrie), in der 1895 allerdings nur ein Riefenbetrieb mit 130 Pferdestärken gezählt wurde, arbeiten die 1907 vorhandenen vier mit durchschnittlich 1785 Pferdestärken. Wechnlich ist das Ver-hältnis bei der Gruppe XXI (Verkehrsgewerbe), deren einziger Riefenbetrieb 1895 116 PS, deren fünf 1907 durchschnittlich 1388 PS hatten. Für die Gruppe V, deren bedeutende Arbeitervermehrung schon erwähnt wurde, stellt sich eine noch größere Erhöhung der Pferdestärken heraus, von 610 auf 5035, was in der Hauptsache dem Aufschwunge der Eisengießereien und der Fabriken für Vieh-herstellung zuzuschreiben ist. Eine Gerabietung hat nur stati-gefunden für Gruppe XVI (Baugewerbe) von 1875 auf 681 und XVII (Poligraphische Gewerbe) von 340 auf 250 PS.

### Beschreibungen in der Großindustrie.

Näzlich hat die Dresdner Bank ihr Aktienkapital erhöht, und zwar auf 200 Millionen Mark. Sie hat sich damit als gleich Großer neben die Deutsche Bank gestellt. Sofort tauchten Gerüchte auf, diese werde nicht lange darauf warten lassen, ihr Kapital wieder an die erste Stelle zu bringen. Man wollte auch wissen, daß bereits Schritte unternommen seien, um durch neue Verbindungen mit der Großindustrie und mit Verkehrsunternehmen den äußeren Anlaß für den Antrag auf Kapitalerhöhung zu finden. Ob das stimmt, weiß man natürlich nicht, aber richtig scheint zu sein, daß die Deutsche Bank ihre Beziehungen zur Großindustrie erweitern will. Wie man aus einer Erklärung des Herrn Karl Fürstberg — Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft — in der „Berliner Börsen-Zeitung“ und aus Vorgängen an der Börse glaubt schluß-folgern zu dürfen, wird die Deutsche Bank die Berliner Handels-gesellschaft aus den Hohelohen-Werken herausdrängen und deren Stelle einnehmen.

### Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat.

Der Vorstand hat nun über die Entwicklung des Geschäfts im Jahre 1909 einen Bericht veröffentlicht, dem wir folgendes ent-nehmen:

In Kohlen betrug die Gesamtbeteiligung Ende 1908 77 694 884 Tonnen und Ende 1909 77 699 884 Tonnen. Im Jahresdurchschnitt



hat der Absatz in Kohlen 83,035 Proz. (i. B. 85,262 Proz.) der rechnermäßigen Beteiligung betragen. Die Kohlenförderung der Syndikatszweigen betrug im Jahre 1908 81 920 537 Tonnen und im Jahre 1909 80 828 393 Tonnen. In Koks betrug die Gesamtbeteiligung Ende 1908 14 402 850 Tonnen und Ende 1909 14 602 850 Tonnen. Im Jahresdurchschnitt hat der Absatz in Koks 65,24 Proz. (i. B. 71,40 Proz., einschließlich 1,16 Proz. Koksgrus) der Beteiligung betragen. In Brilleits betrug die Gesamtbeteiligung Ende 1908 3 488 910 Tonnen und Ende 1909 3 746 910 Tonnen. Im Jahresdurchschnitt hat der Absatz in Brilleits 81,379 Proz. (i. B. 90,98 Proz.) der rechnermäßigen Beteiligung betragen. Der Selbstverbrauch für Hüttenwerke aus eigener Förderung betrug im Jahre 1908 9 592 428 Tonnen und im Jahre 1909 11 948 612 Tonnen, einschließlich der vom Syndikat zurückgekauften Mengen stellte sich der Hüttenselfverbrauch im Jahre 1908 auf 10 338 480 Tonnen und im Jahre 1909 auf 11 918 091 Tonnen. Von den Hüttenwerken wurden 240 459 Tonnen (i. B. 430 860 Tonnen) Kohlen und 290 585 Tonnen (245 850 Tonnen) Koks zurückgekauft. — Der Bericht schließt mit der Mitteilung, daß eine größere Gruppe reiner Rechen an den Ausschicht des Erzkohls gerichtet hat, schon bald die Verhandlungen zur Erneuerung des Ende 1915 ablaufenden Syndikatsvertrages aufzunehmen, um — wenn möglich — noch vor Ablauf des jetzigen Syndikats zum Abschluß eines neuen Vertrages zu gelangen.

Bemerkenswert ist, daß bei einem Rückgang der Gesamtförderung von 1 092 144 Tonnen der Selbstverbrauch der Hütten um 1 579 611 Tonnen zunahm. Der Kinderverbrauch der Eisenindustrie wird gekennzeichnet durch den Rückgang des Koksabfuges von 71,40 Proz. auf 65,24 Proz. der Beteiligung.

Die Koh-Sollennahme des Reiches an Zöllen hat im April 1910 58 1/2 Millionen Mark betragen, mithin gegen den April 1909, in welchem sie sich auf 55 1/2 Millionen Mark belief, um 5 Millionen Mark abgenommen.

Große Eisenvorräte. Aus New York wird unterm 11. Mai berichtet: Die Eisenvorräte der Hochöfen werden auf 1 100 000 T. geschätzt.

## Aus der Frauenbewegung.

Ueber: Frauenrecht und Familienrecht sprach am letzten Mittwoch Genosse Dr. Oscar Cohn im Verein für Frauen und Mädchen. Unter dem Eindruck der am gleichen Tage stattgefundenen Verhandlungen über die Ausweisung des russischen Geisteskranken Mirski stehend — dessen Pfleger Genosse Cohn bekanntlich war — knüpfte er an die Stellung des Pflegers im allgemeinen, Ausführungen über die der Frau in dieser Hinsicht zukommenden Rechte und Pflichten. Nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch vom 1. Januar 1900 können Frauen sowohl Vormundschaft als auch Pflegschaft übernehmen; es kann also die Frau eines geisteskranken Mannes, die Mutter eines geisteskranken Kindes zu dessen Pfleger vom Vormundschaftsgericht bestellt werden; beim Todesfalle des Mannes kann die Mutter Vormund der Kinder werden. Allerdings muß sie alljährlich dem Vormundschaftsgericht Bericht erstatten und ist verpflichtet, alle Rechtshandlungen für ihr Mündel unter voller Wahrnehmung seiner Interessen vorzunehmen. Wie alle Rechtsinstitutionen ist auch das Familienrecht nur eine äußere Erscheinungsform für die wirtschaftlichen Grundbedingungen, unter denen die Menschen im allgemeinen und die Frauen im besonderen zu leiden haben. Wie einer überwiegenden Majorität von Ausgebeuteten eine Minderheit von Ausbeutenden gegenübersteht und dies im Gesetz seinen Ausdruck findet, so illustriert auch unser Familien- und Eherecht die in unserer heutigen Gesellschaftsordnung auf der Eineise gegründeten Machtverhältnisse. Unmöglich kann eine Gesetzgebung gut sein, die zwar für die Frau, aber nicht von ihr, nicht einmal unter ihrer Mitwirkung geschaffen worden ist. Dazu bedürfen wir einer starken proletarischen Frauenbewegung, die zur Zeit der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches noch nicht existierte.

Welche Stellung nimmt nun die Frau im Familienrecht ein? Das Alter der Ehemündigkeit ist auf das 16. Lebensjahr für die Frau, auf das 21. Lebensjahr für den Mann festgesetzt. Der Gesetzgeber ging hierbei von dem Gedanken aus, daß Frauen früher als Männer geschlechtsreif werden, und daß nur der Mann, der im wesentlichen als der äußere Träger des Familieneinkommens angesehen wird und erfahrungsgemäß erst in den 20er Jahren den Höchstverdienst erreicht, daran gehindert werden müsse, seine Ehe auf allzu schwacher und ungesunder Basis zu errichten. Die allgemeine Wehrpflicht und religiöse Erinnerung haben ebenfalls bestimmend bei dieser Vorschrift mitgewirkt. Ist doch die Bestimmung, daß rechtsgültige Ehen vor dem Standesbeamten geschlossen werden können, noch gar nicht alt, sondern erst ein Resultat des Kulturkampfes, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts spielte. Da der Mann noch immer als Haupt der Familie gilt, so ist ihm auch die Pflicht auferlegt, für den Unterhalt der Frau zu sorgen und ihr Rechtsschutz zu gewähren; so gilt aber auch die Frau nur als Vorkämpferin fremder Gelder, von denen, die der Mann erarbeitet. Die Frau gibt also ihre Unabhängigkeit auf und verliert ihr Selbstbestimmungsrecht sowohl an dem Einkommen, über das sie bisher frei verfügen konnte, wie über ihre eigene Person. Sie wird abhängig von der Einnahme und von dem Arbeitsverdienst des Mannes, und dies ist um so schlimmer, als der Mann sogar das Recht hat, ihr jegliche gewerbliche Tätigkeit zu verbieten. Diese Rechtsstellung mißbrauchen die Männer nur allzuhäufig, und zahllose unglückliche Ehen geben Kunde davon. Es muß daher gefordert werden, daß solche Gesetze endlich fallen, daß alles, was die Frau verdient oder einbringt, ihr unangestastetes Eigentum bleibe. Ansätze zu solchen Reformen finden wir bereits im Bürgerlichen Gesetzbuch; das Wesentliche ist jedoch, daß die den Männern noch immer innewohnende Auffassung von der Minderwertigkeit der Frau endlich schwinde. Nach dem Güterrecht behält ja die Frau in einigen Teilen Preußens seit langen Zeiten allein das Eigentumsrecht an dem eingebrachten wie am vorbehaltenen Vermögen. (Vorbehaltenes Vermögen ist die persönliche Kleidung, Schmuck, Wäsche oder die der Frau in dieser Form ausdrücklich gemachten Schenkungen.) Die weitverbreitete Ansicht, daß durch die Eheschließung Gütergemeinschaft eintrete, ist falsch; normalerweise herrscht Gütertrennung. Der Mann erwirbt aber vom Augenblick der Verheiratung an Verwaltung und Nießbrauch am Vermögen der Frau. Er erlangt also Nutzungsrecht und Verfügung über das eingebrachte Vermögen, jedoch niemals am vorbehaltenen Vermögen. Die in der Ehe angeschafften Möbel gehören Mann und Frau gemeinsam. Die Frau hat daher nicht das Recht, die Möbel aus der Wohnung zu entfernen.

Im Scheidungsprozeß ist die Frau hinsichtlich ihrer rechtlichen Stellung dem Manne gleichgestellt worden, was entschieden einen Fortschritt gegen früher und auch anderen Ländern gegenüber bedeutet. Leider sind unter dem Einfluß politischer Strömungen die Ehescheidungsgefesse im allgemeinen verschlechtert worden. Das Zentrum, das in der Mitte der 90er Jahre auf dem Gipfel seiner Macht stand, hat es verstanden, die Scheidung nach Möglichkeit zu erschweren. So mußte u. a. der Satz des alten Landrechts fallen, der Scheidung kinderloser Ehen auf gegenseitige Einwilligung gestattete. Die Tendenz unserer wirtschaftlichen Entwicklung geht nach der Auflösung der Familie. Die familiensichernde Frauen- und Kinderarbeit wirkt durchaus in der Richtung, daß der enge wirtschaftliche Zusammenhang wegfällt. Die Regelung der Unterhaltspflicht im neuen Bürgerlichen Gesetzbuch ist hierfür ein Zeichen. Nach dem Landrecht bestimmte, daß die Geschwister füreinander zu sorgen hätten. Heute gibt es keine Sammelwirtschaften; jeder sorgt allein für seinen Unterhalt, selbst 14jährige Kinder zahlen oft nur noch ihre Pension, und deutlich zeigt uns das Bürgerliche Gesetzbuch die stattgefundenen Veränderungen, indem es nur Verpflichtungen des Vaters gegenüber den Kindern, der Kinder gegenüber den Eltern festlegt. Dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion.

## Lesende.

Mariendorf, Donnerstag, den 12. Mai, 8 Uhr, bei Loewenhagen, Chauffeestr. 27. Referent: Genosse Feinig.

Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 33, Borsing.

## Gerichts-Zeitung.

### Mißhandlung einer Greisin.

Der kaum glaubliche Fall, daß sich ein 80jähriger Mann wegen schwerer Mißhandlungen seiner 87jährigen Ehefrau vor Gericht zu verantworten hat, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Niemuta die 4. Strafkammer des Landgerichts II. Unter der Anklage seine im Jahre 1823 geborene Ehefrau vorjährlich mittels gefährlicher Werkzeuge und einer das Leben gefährdenden Behandlung mißhandelt zu haben, mußte sich der am 1. Mai 1830 geborene Pensionär Wilhelm Heideler aus Reuhof bei Boffen vor dem Strafrichter verantworten.

Der Angeklagte, welcher einen im Verhältnis zu seinen 80 Jahren noch sehr rüstigen Eindruck macht, wird von seinen Nachbarn als ein überaus wütender und gewalttätiger Mensch geschildert. Wie die Anklage behauptet, soll er seine 87jährige Ehefrau wiederholt in der rohsten Weise mißhandelt haben. Er soll u. a. einmal seiner Frau einen Kaffeetopf an den Kopf geworfen haben, so daß diese eine blutige Verletzung am Auge davontrug. Ein anderes Mal ging er ihr mit einem Rasiermesser zu Leibe, warf sie zu Boden und würgte sie am Hals. Am 28. August v. J. warf er die Greisin derartig zu Boden, daß sie sich den Oberschenkel brach. Er schlug dann noch auf die am Boden Liegende mit einem Stock ein und warf sie schließlich, wie behauptet wird, wie ein Hund „Nicken“ in eine Ecke in der Küche. Hausbewohner, welche diese Mißhandlung beobachtet hatten, erstatteten schließlich Anzeige.

Das Schöffengericht Boffen hatte den gewalttätigen Achtzigjährigen mit Rücksicht auf die schweren Folgen seiner Tat zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. Wegen dieses Urteils legte Heideler Berufung ein. Bei der geistigen Vernehmung des Angeklagten stiegen dem Gerichtshof doch Bedenken auf, ob der Angeklagte in vollem Besitze seiner geistigen Kräfte sei. Da der Verdacht nahe lag, daß H. in einem Anfälle des sog. Alterswahns gehandelt habe, beschloß das Gericht, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

### Ein etwas übereifriger Anhänger der Kinderschuhbestrebungen.

Mühte gestern eine vom rein menschlichen Standpunkte aus entschuldigbare Handlungsweise vor Gericht büßen. Wegen Annahme eines öffentlichen Amtes und wegen öffentlicher Beleidigung war der Kaufmann Max Vert vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II angeklagt. Der Angeklagte, welcher seit mehreren Jahren zu den Frühaußstehern gehört, hatte im Dezember vorigen Jahres zu wiederholten Malen beobachtet, daß eine Frau, die in seinem Hause Wohnungen austrug, sich eines etwa 12jährigen, sehr schwächlichen Mädchens bediente, welches beim Morgengrauen treppauf, treppab laufen mußte. Da der Angeklagte dachte, daß schulpflichtige Kinder zu so früher Morgenstunde nicht beschäftigt werden dürfen, machte er die Zeitungsausträgerin auf diese Uebertretung des Kinderschuhgesetzes aufmerksam. Er erhielt nach seiner Behauptung hierauf nur eine grobe Antwort. Hierüber ärgerlich, verlangte er von der Frau, sie solle ihm ihren Namen sagen. Als sie sich weigerte, schloß er in die Tasche, wies eine an seiner Schlüsselkette hängende Münze vor und erklärte, daß er Kriminalbeamter sei. Nunmehr nannte ihm die Frau ihren Namen. Der Angeklagte erstattete darauf gegen die Frau Anzeige. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, da sich herausstellte, daß das Mädchen von der Schule dispensiert war. Die Zeitungsausträgerin drehte nun den Spieß um und erstattete gegen H. Anzeige wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte mit seiner Handlungsweise nur einen guten Zweck verfolgen wollte, erkannte die Strafkammer auf nur 10 Mark Geldstrafe.

Besonders günstige

# Pfingst-Angebote

## Herren-Kleidung

Anzüge	M. 11.— 15.— 18.— 24.— 27.— 30.—
	M. 33.— 36.— 40.— 45.— 50.— 60.—
Paletots	M. 15.— 18.— 21.— 24.— 27.— 30.—
	M. 38.— 36.— 40.— 45.— 50.— 60.—
Ulster	M. 18.— 24.— 27.— 30.— 33.—
	M. 36.— 40.— 45.— 50.— 60.—
Beinkleider	M. 3.20 4.50 6.— 8.— 9.—
	M. 10.— 12.— 15.— 18.— 20.—

## Knaben-Kleidung

Knaben-Anzüge	M. 2.50 3.— 4.— 5.— 6.—
	M. 8.— 12.— 16.— 20.— 25.—
Jüngl.-Anzüge	M. 9.— 12.— 15.— 18.— 20.—
	M. 24.— 27.— 30.— 36.— 39.—
Loden-Pelerinen	für Knaben, Mädchen und Jünglinge . . . . . von M. 5.50 an
Echte Kieler-Anzüge und Pyjacks	sehr billig

## Regen-Kleidung

Loden-Pelerinen	für Herren und Damen
	Mit Kapuze und Tragbändern
	M. 8.—, 12.—, 15.—, 18.—, 21.—, 24.—
Gummi-Mäntel	
	M. 15.—, 20.—, 24.—, 27.—, 30.—, 40.—
Sport-Loden-Anzüge	
	M. 12.—, 15.—, 18.—, 21.—
	M. 24.—, 27.—, 30.—, 36.—
Gummi-Kleidung für Wassersport	
	Gummi-Pelerinen. — Regen- u. Loden-Hüte
	Sweater — Stockschirme etc. etc.

## Strohhüte

	mit gerader Krempe u. Kalfform
	M. 0.75 1.50 2.50 3.50 5.00
	□
Echte Panama-Hüte	
	M. 8.— 10.— 12.— 14.—
	M. 16.— 18.— 21.—
	M. 24.— 27.— 30.—

## Herren-Artikel

Kragen 4fach	in 12 neuesten Formen ¼ Dutzend 95 Pf.
Krawatten	Neueste Fassons . . . . . 50, 75, 95 Pf.
Bunte Oberhemden	M. 2.—, 3.25, 4.50, 5.50
Bunte Garnituren	Serviteur und Manschetten . . . M. 0.85, 1.45
Westen-Gürtel — Rucksäcke — Stücke	
Trikotagen — Strümpfe — Sport-Mützen	

# BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 □ □ □ 11. Brückenstraße 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.





**Stauenerregend** ist der tadellose Sitz, die gute und saubere Arbeit sowie die schicke Form der von mir zum Verkauf gebrachten Fabrikate, welche vollständigen Ersatz für Maßarbeit bieten. :-:-



**Herren-Garderobe**

vorrätig in 22 Größen.  
Hier kann ich wohl behaupten, daß es kaum eine Figur geben wird, sei es außerordentlich groß, stark oder schlank, für die ich nicht eine reiche Auswahl in tadellos passenden Kleidungsstücken der neuesten Mode auf Lager hätte.

**Jünglings-Garderobe**

vorrätig in 12 Größen.  
Berücksichtigt sind dabei normale als auch extra schlanke Figuren.

**Knaben-Garderobe**

vorrätig in 13 Größen.  
Ganz besonders mache ich hier auf die reichhaltige Auswahl von Fassons und die geschmackvolle Ausführung aufmerksam.

Die Preise sind billig, aber streng fest.

Etwas kleine Änderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, werden kostenlos von sachkundigen Personen ausgeführt.

**Carl Stier**

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe  
Berlin SO. Berlin W. Potsdam  
Oranienstraße 166. Potsdamer Str. 113a. Nauener Str. 23.

An diesem Schild in denen sind die Läden SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

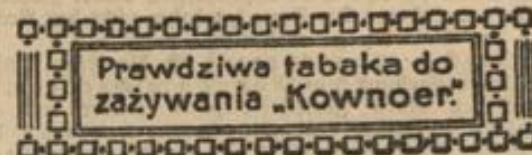
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



**J. Goldfarb Preuss. Stargard**

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.



**Gartenstadt Hofjagdrevier**

am Bahnhof Birkenwerder

1000 Morgen — □-Rute von 10 Mark aufwärts

Stundung des Restkaufgeldes bis 1920. — 10% Anzahlung.

Beliebig hohe Abzahlungen.

Niemand weiß es besser, als die 3000 Käufer unserer Grundstücke in den von uns angelegten Siedelungen, wenn wir eine neue Kolonie ins Leben rufen, daß die Grundstückspreise in allen unseren Siedelungen, als sie sich in der allerersten Anlage befanden, enorm billig waren. Durch die schnelle Entwicklung, die jede unserer Kolonien, wie Bahnhof Buch, Röntgenal, Fichtenau, Kaulsdorf-Königsthal, Kiekemal, Bahnhof Stolpe-Nikolauswald und Gartenstadt Hoppegarten, auszeichnet, erhöhen sich infolge dieser schnellen Entwicklung die Grundstückspreise im Handumdrehen. Wenn jemand die Absicht hat, sich einen Eigengarten oder ein Eigenheim anzulegen, so soll er dann kaufen, wenn wir noch mit der Vermassung einer neuen Kolonie beschäftigt sind, weil wir dann diesen ersten Pionieren die Grundstücke fast zum Einkaufspreis abgeben. Dies ist in unserer neueröffneten, jedoch zurzeit noch gänzlich unentwickelten „Gartenstadt Hofjagdrevier“ der Fall. Wir offerieren:

Unmittelbar am Bahnhof Birkenwerder, Baustellen

(event. mit Bangeld) die □-Rute von 65 Mark aufwärts

Grundstück 10 bis 15 Minuten vom Bahnhof,

mitten im Walde und direkt am Hofjagdrevier

die □-Rute von 10 Mark aufwärts.

Diese Angebote halten wir bis zum 15. Juni d. J. aufrecht.

Auskunft direkt am Bahnhof-Ausgange Birkenwerder im Restaurant „Boddensee“.

**Allgemeine Ban- und Ansiedelungs-Gesellschaft**

m. b. H. vorm. C. Winkler  
Berlin C. 25, Dircksenstr. 20. — Tel. VII. 2524.

**4. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 11. Mai, vormittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

- 118 234 44 213 451 582 [500] 808 58 61 [500] 87 1096
- 2334 410 76 [500] 846 3463 443 71 4041 346 443 806
- 5417 24 579 93 619 61 96 796 [500] 6290 486 59 96 634
- 733 806 983 97 7094 113 830 55 794 8393 421 540 796
- [500] 807 941 9432 778
- 10223 432 58 91 11090 340 974 12116 [500] 42 738
- 90 [500] 821 [500] 34 973 13089 177 454 645 787 858 96
- 924 14484 93 523 64 643 748 821 925 [500] 15096 52 132
- 200 4 305 [500] 517 78 415 [500] 29 799 [500] 503 4 40
- 45 75 975 16007 [500] 117 65 509 606 748 821 3702 396
- 601 [500] 822 901 18044 190 890 489 555 748 62 885 96
- [500] 913 19000 127 712 920 30
- 20258 [500] 96 76 556 694 587 21060 911 [500] 23
- 574 611 50 530 40 22090 796 23129 43 61 545 530 718 807
- 24064 183 292 751 890 25005 [500] 51 69 [500] 213 576
- 800 86 26048 [500] 363 413 95 987 707 87 227 27090 328
- 454 73 551 [500] 67 [500] 849 [500] 851 25139 18 777
- 82 300 475 560 29065 7 138 [500] 74 [500] 22324 34 96 326
- [500] 95 [500] 467 585 90 826 [500] 31 316 354 52 74
- 888 91 787 975 32098 230 62 481 71 590 730 947 32192
- 547 48 798 34003 30 185 92 248 68 448 784 37 35090
- 504 527 [500] 677 749 79 36349 63 556 764 37062 234
- 304 673 796 894 38145 93 372 497 690 95 732 [500] 931
- [500] 73 39002 [500] 70 833 87 [500] 97 402 82 575 79
- 643 970
- 40244 256 432 608 45 [500] 87 853 84 41121 235
- [500] 330 838 40 42090 180 93 128 77 483 611 796 822
- 61 960 43061 75 252 56 82 376 [500] 967 290 58 44074
- [500] 223 853 841 [500] 93 823 81 45298 43 68 218 538
- 787 [500] 859 78 [500] 46087 856 [500] 577 82 47099 110
- 404 69 [500] 500 494 86 848 66 [500] 60 288 48308 11 418
- [500] 536 81 229 32 [500] 68 76 49170 [500] 272 680 710
- 878 978 23
- 50263 332 481 908 51044 132 308 [500] 23 696 688
- 79 324 52006 173 253 29 738 81 53736 54 234 599 608
- 479 50 872 98 54008 43 928 754 85 55121 96 80 814
- [500] 565 740 836 928 19 56102 47 807 26 37074 123
- [500] 79 380 43 78 885 617 908 50806 [500] 319 368 653
- 823 59044 337 453 85 [500] 670 802 96 61094 15 219
- 60055 105 352 85 [500] 640 826 7 100 375 [500]
- 811 635 887 62448 640 713 891 63 100 375 [500]
- 816 558 945 95 64099 97 450 541 858 87 797 65049 30
- 906 66089 441 53 36 965 82 67078 [500] 135 248 317 484
- 642 902 16 [500] 49 389 68178 308 18 479 [500] 985 97
- 69374 531 964
- 70099 184 257 [500] 841 677 919 88 71007 100 37 261
- 415 338 955 817 31 72048 358 484 850 994 988 88 73016
- 549 29 374 78 716 [500] 74096 [500] 183 97 [500] 302
- 824 706 68 69 76332 92 568 94 664 847 996 [500]
- 77828 362 588 615 862 78021 89 117 687 [500] 306 79258
- 449 88 526 814 30 807 84
- 50368 73 474 80 [500] 691 28 737 858 81104 30 59
- 814 [500] 420 42 808 [500] 699 82098 [500] 387 600
- 826 324 83068 97 121 554 28 613 918 47 90 84210 18 56
- 909 415 23 217 21 22 43 71 774 964 66 85031 196 387 318
- 707 68 568 922 89 86048 188 [500] 218 427 94 724 87348
- 490 718 948 88293 264 944 889 [500] 89390 [500] 46 96
- 832 412
- 90387 424 501 651 91048 78 275 509 618 40 709 73
- 881 89 [500] 92785 318 68 486 511 [500] 78 90 [500] 650
- 771 90 93065 300 691 30 878 [500] 87 94019 814 92
- 115 95387 [500] 60 [500] 866 787 85 977 96150 308 448
- 788 848 97044 108 247 62 65 460 886 879 804 916 [500]
- 98317 158 290 [500] 365 566 [500] 70 838 68 94 972 99036
- 279 84 118 580 815
- 100364 81 [500] 427 902 801 16 [500] 947 90 [500]
- 101905 82 458 763 45 [500] 943 103 102400 [500] 695
- 751 57 809 102087 68 150 312 410 548 523 104256
- 70 445 527 703 88 847 922 37 83 105068 131 655 791 88
- 857 71 949 106041 51 132 250 99 291 777 806 14 530
- 107685 183 [500] 239 62 400 108015 238 385 637 16 [500]
- [500] 707 31 75 995 109149 209 73 82 451 [500] 539
- 43 [500] 75 85 650 64 157 87 840
- 110048 114 348 415 76 [500] 200 778 [500] 93 111094
- [500] 27 674 790 112942 139 288 791 824 916 [500]
- 112018 708 30 432 78 80 114000 318 678 744 115017
- 321 48 56 116152 227 441 536 88 762 873 117009 26 243
- 443 88 [500] 548 727 904 118056 221 96 387 403 5 715
- 629 819 55 119181 [500] 222 76 [500] 354 35 659 894
- 901 95
- 120047 144 90 283 95 497 987 855 970 121256 510
- 87 550 981 122004 111 89 [500] 360 [500] 81 682 731
- 869 933 33 123088 244 59 79 419 46 812 76 607 821
- 121878 71 80 326 27 826 [500] 125194 650 78 490 362
- 653 [500] 731 126345 441 571 [500] 506 969 [500]
- 127103 [500] 79 226 80 345 614 128005 138 285 332 659
- 639 77 811 949 129092 140 91 260 388 447 507 387 981
- 130219 204 663 91 845 93 131082 95 132 284 313
- [500] 486 262 886 96 132184 288 [500] 543 568 [500]
- 783 810 20 133040 [500] 135 290 [500] 411 135132
- 134006 88 481 [500] 537 84 [500] 606 84 [500] 823 925 905
- 888 [500] 791 136294 [500] 351 84 [500] 411 823 925 905
- 99 137243 410 566 [500] 639 89 138187 572 139255 129
- [500] 82 240 57
- 140140 58 516 650 51 64 809 141424 [500] 521
- [500] 689 882 142006 89 133 710 412 673 851 47 538 48
- 143123 361 875 144311 355 678 802 515 145328 464
- 65 682 78 56 702 827 898 28 37 146381 829 591 147122
- 81 87 [500] 546 148023 35 85 695 716 23 41 82 149373
- 409 25 814

**150429 549 85 803 706 811 151118 855 403 532 86**

- 916 86 152097 144 247 55 [500] 301 [500] 40 708 94
- 153177 689 858 154285 306 413 848 91 911 155084 193
- 471 561 92 711 24 904 156100 369 79 513 490 807 93
- 157075 129 226 [500] 98 445 79 81 609 24 796 42 877
- 158448 [500] 89 98 804 [500] 99 159146 61 237 329
- 494 807 877 998
- 160084 110 38 208 428 99 500 610 48 762 75 161199
- 807 823 882 64 162044 202 43 583 711 904 82 163055
- 328 65 73 235 437 510 74 736 93 840 164000 10 22 64 [500]
- 318 [500] 81 52 482 518 611 31 48 599 165097 168044
- 344 394 597 167305 [500] 454 81 577 644 87 764 839
- 70 848 168151 404 [500] 619 [500] 774 [500] 929 [500]
- 169089 480 [500] 674 903 77
- 170287 699 171000 285 211 688 758 172344 881
- 384 173888 783 830 [500] 67 [500] 636 174130 218 79
- 448 363 69 721 593 175056 114 388 448 739 176189 40
- [500] 68 251 [500] 312 89 771 813 910 177170 234 397
- 673 838 297 28 82 17814 572 644 840 872 179060 154
- 273 30 333 35 455 548 946
- 180110 201 468 507 782 96 883 949 99 181114 808
- 79 419 540 806 182104 6 97 358 81 84 514 [500] 628
- 829 183016 114 586 [500] 411 184281 [500] 802 41
- 449 387 711 516 [500] 985 185188 461 80 550 948 186009
- 449 387 711 516 [500] 985 185188 461 80 550 948 186009
- 100 221 500 [500] 41 480 517 629 [500] 47 798 821 187230
- 30 460 560 601 706 27 [500] 42 57 814 812 581 188019 207
- 11 513 629 51 75 722 884 189318 81 [500] 423 648 898
- 190700 235 302 419 89 707 895 972 191049 430
- 006 192111 315 578 [500] 193728 [500] 229 77
- 422 73 93 568 953 634 908 74 194196 700 87 829 195215
- 45 848 756 814 196000 [500] 199155 652 707 37 48
- 198377 624 89 11 739 [500] 201158 555 471 [500] 84
- 200760 322 631 721 45 811 201580 355 471 [500] 84
- 94 724 64 908 18 202043 [500] 203 455 [500] 88 204065
- 203488 72 550 884 85 735 [500] 855 [500] 88 204065
- 70 20 268 94 842 [500] 301 18 19 [500] 205149 307
- 206048 262 813 819 [500] 207147 223 729 830 962 208271
- 209 [500] 440 855 [500] 209078 187 786 902 30 90
- 210954 511 19 [500] 211184 321 [500] 330 408
- [500] 305 89 90 [500] 681 90 [500] 212481 94 818
- 213358 89 214048 228 477 [500] 699 774 843 974
- 215010 190 290 475 [500] 618 49 [500] 775 [500] 843
- 216206 [500] 71 [500] 844 21805 38 89 428 [500] 830
- 73 14 288 428 507 748 888 218015 39 89 428 [500] 830
- [500] 219080 50 408 91 847
- 220015 500 89 70 152 22 277 308 889 221096 198
- 222009 322 [500] 206 [500] 90 458 [500] 850 98 841
- 223084 181 828 78 411 82 830 97 224170 267 403 [500]
- 17 48 83 671 85 950 60 [500] 225128 378 373 428 809
- 68 92 226124 41 125 475 628 774 87 [500] 684 88 908
- 61 227465 68 [500] 351 74 514 653 907 [500] 98
- 228042 121 228 97 396 447 98 229041 385 389
- 623 323 [500] 92 [500] 958
- 230178 288 541 612 [500] 831 81 231083 543 831
- 98 230100 232164 288 430 810 841 997 233024 207
- 234379 [500] 455 890 958 235001 328 389 497 [500]
- 661 301 795 236352 88 618 769 87 [500] 237157 306
- [500] 458 808 783 855 91 238052 66 124 811 661 [500]
- 771 77 [500] 950 [500] 239042 98 130 84
- 240904 95 320 535 78 789 883 241015 258 456 89
- 608 72 786 808 961 242210 68 84 418 243022 [500] 52
- 129 421 514 14 [500] 604 42 914 [500] 23 244006 [500]
- 291 342 [500] 79 376 641 245001 231 233 887 793 369
- 246179 310 889 92 706 854 905 247335 475 664 77 746 99
- 867 248223 [500] 420 [500] 37 42 314 [500] 83 [500]
- 947 249208 [500] 802 43 84 738
- 250140 324 345 441 508 858 959 251028 36
- 78 [500] 177 848 803 252158 435 873 85 811 924 [500]
- 253007 90 21 390 681 806 254176 885 406 [500] 64
- 512 662 837 255012 128 29 270 896 329 87 [500] 92
- 806 75 256008 226 36 [500] 259147 821 908 35 258903
- 84 138 418 806 942 [500] 259124 58 270 877 87 882
- 391 64
- 260194 317 557 [500] 782 85 800 261061 84 818
- 438 874 848 866 262041 454 [500] 664 846 263091
- [500] 144 474 872 264007 18 299 369 853 43 265135
- 300 18 567 [500] 512 268345 51 [500] 440 89 598 791
- 267223 85 460 [500] 854 218 802 269 268191 308 673
- 766 269009 308 56 449 68 370 874 835
- 270120 21 88 606 706 25 40 882 99 [500] 271116
- 33 482 37 605 80 703 29 998 272258 355 424 95 558
- [500] 605 37 604 273108 131 [500] 211 43 737 801 8
- 274148 [500] 944 275994 276028 54 75 [500] 278489
- 304 442 58 277063 76 495 506 78 812 29 [500] 278489
- 590 640 968 279490 [500] 835 921
- 280098 143 281224 484 630 808 282016 156 343
- [500] 582 283224 36 876 868 284064 220 215 325 43
- 488 501 283224 36 876 868 284064 220 215 3



Vermischtes.

Graf Zeppelin über die Weilburger Katastrophe.

Auf einem Diner, das der Abg. Prinz Schönau-Carolath zu Ehren des Grafen Zeppelin gab, hat dieser seinem Herzen Luft gemacht über die Ver Stimmung, die nach seiner Auffassung zwischen ihm und dem preussischen Kriegsministerium besteht. Er habe die Befürchtung, daß auch der Kaiser von der gegen ihn und sein Werk gerichteten Stimmung im Kriegsministerium angesteckt werde. Sollten ihm weitere Schwierigkeiten bereitet werden, so werde er sich mit einem Appell an den Reichstag wenden. Dieser Tag der Verhandlung würde ein schwarzer (schwarzer Tag) für die Militärverwaltung werden. Es sei gar nicht zu leugnen, daß bei der Landung in Weilburg grobe Verstöße gegen die von ihm selbst gegebenen Landungsvorschriften gemacht seien. Um Offizieren aus Gefälligkeit die Fahrt in einem Z-Kreuzer zu ermöglichen, habe man in Homburg erprobte Führer aussteigen lassen und per Bahn weiter fahren lassen. Wenn jetzt, so schloß der Graf seine Anklagerede, das Kriegsministerium das Weilburger Unglück ihm und seinem System in die Schuhe schieben wolle, so werde er sich zu rechtfertigen wissen.

Zu dumm, um verurteilt zu werden.

Es dürfte nicht allzu oft vorkommen, daß jemand aus dem obengenannten Grunde von einem Gericht freigesprochen wird. Vor kurzem hat sich in Hamburg ein derartiger Fall abgespielt. Wie die „Nöln. Ztg.“ berichtet, ist der Gläubiger der Musikier M. von der 11. Kompagnie des 31. Infanterieregiments.

Eines Tages hatte der Rekrutenunteroffizier seinen Leuten die erhebende Geschichte erzählt, daß ein Soldat die Schmerzen eines zerquetschten Fingers mit großer Heldenhastigkeit ertragen habe und deshalb zum Gefreiten befördert worden sei. Der Musikier M. wollte auch gern Gefreiter werden, obgleich er erst seit dem ver-

gangenen Herbst beim Militär steht, schmitt sich deshalb auf dem Abort mit Kaltblütigkeit selbst den kleinen Finger der linken Hand ab und meldete seinem Vorgesetzten, ihm sei der Finger durch ein Versehen bei der Schießübung abgeschossen worden. Im Lazarett wurde dieses Märchen sofort durchschaut, und die Folge war eine Anklage gegen den Musikier wegen Selbstverlummung, um sich dadurch vom Militär freizumachen. Vor dem Kriegsgericht blieb er dabei, daß er sich nur eine bessere Charge beim Militär habe erringen wollen, da er mit Leib und Seele Soldat sei. Alle Vorgesetzten schilderten ihn als einen Ausbund von Dummheit, und sein früherer Lehrer sagte aus, M. habe bei seiner Entlassung von der Schule intellektuell auf dem Standpunkt eines neunjährigen Jungen gestanden. Das Kriegsgericht folgte dem Anklagevertreter, der den M. als ein großes Kind bezeichnete, das für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne, und sprach den Angeklagten frei.

Der wegen Mangel an Gehirnschmalz freigesprochene wird, da er ja mit Leib und Seele Soldat ist, hoffentlich eine Fierde des Kriegervereins werden und mit Gott für König und Vaterland sich zum eifrigen Bekämpfer der Sozialdemokratie entwickeln.

Verunglückter Ballon.

Neuer ein schweres Ballonunglück meldet ein Telegramm aus Glasgow im Staate Kentucky (Vereinigte Staaten von Amerika). Danach sind der Vizepräsident des amerikanischen Kerkulubs Forbes und ein Schauspieler Yates, die im Staate Illinois mit einem Ballon aufgestiegen waren, schwer verletzt in bewußtlosem Zustande aufgefunden worden. Die Luftschiffer waren bisher noch nicht imstande, anzugeben, aus welchen Ursachen das Unglück entstanden ist. Der Ballon wurde vollständig zerstört.

Kleine Notizen.

Das 23. Opfer. In den Verletzungen, die der Schaffner Schmidt aus Dortmund bei dem Eisenbahnunglück bei Mü-

heim am 30. März erlitt, ist er gestern morgen verstorben. Im ganzen hat die Katastrophe jetzt 23 Menschenleben vernichtet.

Ein Dynamitattentat ist auf der Station Jusowla (Rußland) auf einen Eisenbahnzug unternommen worden. In dem Zuge befand sich der Dumapräsident Gutschkow, auf den offenbar das Attentat gemünzt war. Verletzt wurde niemand.

Das englische Unterseeboot A 3, das im Hafen von Plymouth eine Übungsfahrt machte, versank plötzlich von der Meeresoberfläche und sank etwa 60 Meter tief auf den Meeresgrund. Mit Hilfe von Tauchern wurde das Boot nach etwa einer Stunde an die Oberfläche geholt. Von der Besatzung ist niemand zu Schaden gekommen.

Eine Typhusepidemie ist in dem in Esseg (Ungarn) garnisonierenden Honved-Infanterie-Regiment ausgebrochen. Von den Mannschaften sind bisher 70 erkrankt. Die Ursache der Epidemie soll in dem miserablen Trinkwasser zu suchen sein.

Aus Nache mischte in Ueslüh in der Türkei ein Zunderbader in die für ein öffentliches Haus bestimmte Waftware Chlor und Phosphor. Acht Mädchen starben bald nach dem Genuß des Gebäds, drei liegen schwer krank dantieder.

Ein hartes Erdbeben fand am Mittwoch früh auf der Insel San Domingo statt. In der Stadt sind Menschenleben nicht zu beklagen, jedoch fehlen bisher Nachrichten aus dem Innern der Insel.

Witterungsbericht vom 11. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G. in C., Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G. in C.

Wetterprognose für Donnerstag, den 12. Mai 1910.

Zeitweise heiter, vorwiegend wolkig mit Regenfällen und etwas Neigung zu Gewitter, am Tage ziemlich warm bei mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Stiller



Gegr. 1867

Jerusalem Str. 38-39 Potsdamer Strasse 2 Tauentzien-Strasse 19a

Gegr. 1867

Friedrich-Strasse 75 König-Strasse 25-26 Schöneberg, Hauptstr. 146

Zentrale und Versand:

Jerusalem Str. 38-39

Neuheiten für den Pfingstbedarf

Damen-Stiefel

- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt ... 8.75 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in modernen Fassons, mit hohen oder niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, auch m. Lackkapp., in ganz neuen Fass., m. hohen oder niedrig. Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schaftschn., auch m. Lackkapp., in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität u. Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Kinder-Stiefel

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt
25-27 5.50 M. 28-30 6.50 M. 31-35 7.50 M. 36-38 9.00 M.
Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, fa Boxcalf od. Chevreau auch mit Lackkappen, Goodyear-Welt
31-35 7.50 M. 36-38 8.50 M. 39-41 9.50 M. 42-44 11.50 M.
Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt
37-39 8.00 M. 40-42 9.50 M.

Herren-Stiefel

- Boxcalf - Schnürstiefel, moderne breite Fassung ... 8.75 M.
Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Fassung, sehr haltbar, Rand gestuppt ... 10.50 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... 15.50 M.



Braun od. schwarz Chevreau-Damen-Halbschuhe

8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.

Tennis- oder Turn-Schuhe

Grau Segelleinen, mit Chromledersohlen

- 25-30 1.90 M. 31-35 2.50 M. 36-42 2.90 M. 43-47 3.50 M.
Segelleinen mit Gummisohlen, weiß, grau und braun
25-30 2.00 M. 31-35 2.50 M. 36-42 3.00 M. 43-47 3.50 M.

Sandalen in mod. u. antik. Formen

Rindleder, braun und schwarz, mit Absatzfleck

- 23-25 3.25 M. 27-30 3.75 M. 31-35 4.25 M. 36-42 5.00 M. 43-47 6.00 M.
Rindleder, braun, randgenäht, biegsame Sohle
23-25 3.50 M. 27-30 4.00 M. 31-35 4.50 M. 36-42 5.50 M. 43-47 6.50 M.



Braun od. schwarz Chevreau-Herren-Halbschuhe

12.50 M. 15.50 M.



# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 12. Mai  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Geschlossen.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die  
Cunigunde.

**Neues königl. Oper-Theater.**  
Wagnon.

**Deutsches. Sumurun.**  
Kammeroper. Wiener Hoftheater:  
Albino. Bräutigam sein. Goethe.  
(Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.  
**Neues Schauspielhaus.** Der  
Blieger.

**Besting.** Das Konzert.  
**Kleines. Lutzow.**  
**Berliner. Tölpel.**  
**Neues. Die goldene Ritterzeit.**  
**Neues Operetten. Der Graf von  
Luzemburg.**

**Trianon. Theodora u. Cie.**  
**Wieding. Das Nachtlicht.** Der  
selige Oktave.

**Thalia. Die lieben Oskos.**  
**Gebbel. Frau Berrens Gewerbe.**  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Wesien. Langhans.**  
**Romische Oper. Jägermelodie.**  
**Schiller O. (Wagner-Theater.)**  
Die Liebe macht.

**Schiller-Charlottenburg. Hans  
Lange.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Kavaliere.**

**Volkoper. Der Freischütz.**  
**Luisen. Die Welt ohne Männer.**  
Belletristik in 3 Akten von Alex. Engel  
und Julius Horst.  
Freitag zum erstmalig: Die Ehe  
vom Erbenhof.  
Sonnabend: Geschlossen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Was Gott  
zusammenfügt. 8 Uhr: Ehe vom  
Erbenhof.  
Montag nachm. 3 Uhr: Was Gott  
zusammenfügt. 8 Uhr: Die Welt  
ohne Männer.  
Dienstag: Ehe vom Erbenhof.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr: Christian Loden:  
**Die Polar-Eskimos u.  
ihre Musik.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Des  
Mädchens Lebenswege.  
Ausstattungsstück in 4 Akten (12 Bld.)  
v. B. Melville.  
Freitag zum letztenmal: Des  
Mädchens Lebenswege.  
Sonnabend und folgende Tage:  
**Die Schmuggler.**

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Raschen gestattet.

**Apollo  
Theater**  
8 Uhr: Programm der Attraktionen!

**Mahara**  
Indische Tempelgängerin mit ihren  
lebenden Niesenschlangen.  
Louis de Vriendt als  
**August.**  
20 englische Nachstücke 20 mit  
neuem Repertoire u. a. m.

**WINTERGARTEN**

**Neues Programm!**  
**Prinz Charles**  
der Affe mit Menschenkultur.  
**Ameta**  
amerik. Spiegelreflex-Tänzerin  
**Schenk Bros.**  
Sensationsequilibristen  
und das von Publikum u. Presse  
glänzend beurteilte  
**Mai-Programm.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Sterne  
des Humors**  
**Claire Waldoff**  
**Willi Prager**  
und das große  
Varieté-Programm!

**Passage-Panoptikum.**  
**Die heiligen Fakire**  
in ihren Wunderproduktionen.  
!! Lebend !!  
**Prinz Atom**  
der kleinste Mensch der je gelebt.  
**Buddhas Wundertafel.**  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Herrnfeld  
Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. u. 4, 5083.  
**Sensationserfolg**  
des neuen  
**Herrnfeld-Schlagers**  
**Wenn zwei  
dasselbe tun.**

Eine Konkurrenz-Komödie in 3 Akten  
mit den Autoren i. d. Hauptrollen u.  
**Das starke Stück.**  
Schwank von Julius Horst.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
(Theaterkasse.)

**Städtebau-Ausstellung**  
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.  
Königl. Akademische Hochschule,  
Hardenbergstraße 23.  
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze.  
Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme.  
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.  
Arbeitswohnungen. Groß-Berlin.  
13. Mai: Fritz Stahl: „Die Stadt  
als Kunstwerk“ (Lichtbilder).

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Liebe wacht.**  
Lustspiel in 4 Akten v. G. H. de Caillabet  
und Robert de Herd.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Liebe wacht.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Hans Lange.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Gehe.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Liebe wacht.**

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins. 50 000 Personen fassend.  
m. großem See. — Bei ungünstiger Witterung Schutz für 8000 Personen.  
Ab 1. Pfingstfeiertag täglich: Ob schön, ob Regen! **Gr. Konzert.**  
Auftritt der besten Turnzeitkünstler der Welt Tho Lepolls,  
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise  
um die Erde in 1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe  
mit dem Fahrrad in den See. Ueberfahren eines lebenden  
Menschen mit Motorrad im Höllesteifel. Victor Ritter mit  
seinem Sensationsflugzeug: „Der Komet kommt“ und das beste  
Spezialitäten-Programm Berlins. 54742\*

**Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.**  
15 Ständerboote. Riesen-Kaffeeplätzchen. 4 verdeckte Regelbahnen. Volks-  
belustigungen aller Art. Anfang 3 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag: **Großes Frühkonzert** und **Vorstellung.**  
Sämtliche Sensationen u. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.  
Früh- und nachmittags: **Tanz.**

Vereine u. Gesellschaften täglich um günstige Bedingungen zur Verfügung.  
Um zahlreichen Besuch bitten Witwe Luise u. Waldemar Diez.

**Brauerei Friedrichshain**  
Schönster Naturgarten. Am Königstor. Gr. Konzertsaal Berlins.  
Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag:  
**Große Extra-Militär-Konzerte**  
der Regiments-  
Jäger zu Pferde aus Brandenburg.  
tabelle der  
**Halley, der menschliche  
Komet.**  
Die größte Weltattraktion! — Phänomenale Sensation!  
Außerdem: **Kinematograph-Alternosens!**  
Am dritten Feiertag nachmittags: **Frei-Vorstellung** der  
besten **Apollo-Tänzer.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

**Achtung! Achtung!**  
1. und 2. Pfingstfeiertag:  
**Dampfer-Extrafahrten nach  
Rauchfangswerder!**  
Abfahrt: 8 1/2 Uhr ab Jannowitz-Brücke, Belvedere, 21135  
8 1/2 Uhr ab Schlesisches Tor.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**  
Sonntag, den 15. Mai — 1. Pfingstfeiertag:  
**Großes Früh-Konzert**  
im Prater-Theater, Kastanien-Allee 7-9.  
Vollständig neues Programm — **Erstklassige Spezialitäten**  
Anfang 6 1/2 Uhr. — Billetts 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
**Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.**  
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.  
2277\* **Das Komitee.**

**Internationale  
Flug-Woche**  
10-16. Mai täglich von 3 Uhr nachm. an.  
**12 Flieger — 75 000 Mark.**  
**Heute, dritter Tag:**  
**Tägl. Frühpreis, Dauerflug, Kleinster Kreis,  
Höhenkurven-, Passagier-, Bleichröder-Preis.**  
Tageskarten 0,50 M. bis 10 M. an den Flugplatzkassen.  
Vorverkauf: M. 0.40 bis M. 9.— bei A. Wertheim, Invalidendank, Loeser & Wollf.  
**Achtung! Ob weiße, schwarze oder rote Flaggen in den Schau-  
fenstern von Loeser & Wollf.**

**Freie Volksbühne**

Nächste Vorstellungen:  
**Neues Schauspielhaus:**  
**Ernst sein.**  
Thalia-Theater:  
**Der Dorftrann.**

**Thalia-Theater:**  
**Die Pariserin.**  
Residenz-Theater:  
**Musotte.**

**Abendabteilungen**  
im Neuen Schauspielhaus am 20., 23., 30. Mai:  
**Der Flieger.**  
Posse in 3 Akten von Hans Brenner. Musik von Boermann.  
Titelrolle: **Harry Walden.**  
Gastkarten für die Nachmittagsmitglieder sind bei den  
Obleuten und in den Zahlstellen vorher zu bestellen und  
im Theater beim Obmann abzuholen.

Einige Karten zu den Nachmittags- und Abend-  
Abteilungen können bei den Obleuten und in den  
Zahlstellen bestellt werden.

240/19 **Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.**

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 15. Mai 1910:  
**Eröffnung der  
Sommersaison**  
Konzert, Theater und  
Spezialitäten.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater, präg. 8 U.  
77/79 Rommandantenstraße 77/79.  
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.  
Das wunder-  
bare **Mai-Program.**  
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,  
Donnerstag: Voll.

**Wilhelm  
Hagenbecks**  
größte Raubtier-  
Dressur-Schau  
der Erde  
**Bülow-Platz**  
Kaiser-Wilhelm-Straße  
Ecke Linien-Straße  
Nähe Alexanderplatz.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:  
**2 Vorstellungen**  
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.  
Tügl. vorm. von 10-12 1/2 Uhr:  
Besichtigung, Probe u. Fütterung.

**Folies Caprice**  
Eine gründliche Kur.  
Neuer dunkler Zell.  
Ein verschwiegenes Atelier.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergweg 19-20, Rosenth. Tor.  
!! Das neue Varieté-Programm !!  
Die Affen-Familie Mayer  
und die übrigen Spezialitäten.  
Theater, ununterbrochen geöffnet.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstraße 72.  
Täglich:  
**Mayer mit'm ?**  
Gefle in 1 Akt.  
**Franz Feisner** und das  
neue Programm.  
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Burgtheater-Kinematograph**  
norm. Groterjan, Indab.: Rud. Herz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 0353.  
**Lebende Photographien.**  
Bodent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochenends gültig.  
25 Pf. auf allen Plätzen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Künstlerbild v. Meyssal  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.



**Casino-Theater**  
 Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
 Nur noch bis Freitag:  
**Berlin bei Nacht.**  
 Ab Sonnabend:  
**Familie August Knoche.**  
 Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.  
 Montag 4 Uhr: Trudohens Sommerreise.

**Max Kliems Sommertheater**  
 und Festsäle.  
 Inh.: **Rudolph Krüger.**  
 Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.  
 Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
 Artist. Leitung: **Walter Grünwitz,**  
 Kapellmeister: **Max Wolfheim.**  
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
 Anfang: **Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7, 8 Uhr.**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militärkonzert.**  
 Eintritt 1 Mark.  
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder  
 unter zehn Jahren die Hälfte.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
 30. April bis 2. Oktober.  
 Am Park täglich **Doppelkonzert.**  
 Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., n. 6 Uhr ab  
 50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauer: 6 St.

**LUNA-PARK**  
**TERRASSEN HALENSEE**

**Gartenstadt Hohen-Neuendorf**  
 Nordbahn  
 leichtesten Erwerb eines  
**Eigen-Heims.**  
 1000 Hochwald, Villen,  
 Land-Baustellen,  
 direkt an feinst. Forst.  
**Ca. 12 Mk. an.**  
 10% Anzahl. Tilgung des  
 Restes in zehnjährigen  
 Raten. Kein Bauzwang.  
 Sommer-Ferienhäuser  
 300 Mark.  
 Eigenheim 3000 Mk. an.  
 Große Wertsteigerung  
 durch den Großschiffahrts-  
 kanal, Hafendamm, viergleis.  
 Bahnausbau, Arzt, Gas,  
 Wasserleitung, Gemeinde-  
 und höhere Schulen.  
**Bau-Bureau a. Schützenhaus**  
**Wollenberg,**  
 Berlin, Neue Königstr. 71.  
 III. Broschüre gratis.

**V. T.**

**Allen anderen voran!**  
 Die **Ankunft Roosevelts**  
 in Berlin  
 am gestrigen Morgen wurde  
 bereits gestern abend von  
 uns in wohlgeleiteter Original-  
 aufnahme vorgeführt.  
 Heute u. folgende Tage:  
**Roosevelt in Berlin**  
 und das  
 glänzende Wochen-Programm.  
 Charlottenburg  
**Vitaskop V. T. Theater**  
 Wilmerdorferstr. 53.

**B  
B  
B**

**Die neueste Sensation**  
**Berlins!**

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am  
 Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
 Col I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1967

Das Bureau bleibt der Feiertage wegen an folgen-  
 den Tagen geschlossen:  
 Sonnabend, den 14. Mai, nachmittags.  
 Montag, den 16. Mai, den ganzen Tag.  
 Dienstag, den 17. Mai, nachmittags.

**Achtung! Achtung!**  
 Sammellisten für die ausgesperrten Banarbeiter sind  
 nur im Bureau Charitéstr. 3, Hof 2 Tr., Zimmer 2a,  
 zu haben. 115/11 Die Ortsverwaltung.

**Ungewitter.**

Am 54932  
 Wald u. Wiesengürtel  
 Grob. Berlin zwischen  
 ● Frohnau ● Stolpe  
 ● Nifoladwald ● Birten-  
 werder ● Gollagardewer  
 ● herrlicher Wald und  
 Wasser bietet die  
**Gartenstadt**  
**Hohen-Neuendorf**  
 Nordbahn  
 leichtesten Erwerb eines  
**Eigen-Heims.**  
 1000 Hochwald, Villen,  
 Land-Baustellen,  
 direkt an feinst. Forst.  
**Ca. 12 Mk. an.**  
 10% Anzahl. Tilgung des  
 Restes in zehnjährigen  
 Raten. Kein Bauzwang.  
 Sommer-Ferienhäuser  
 300 Mark.  
 Eigenheim 3000 Mk. an.  
 Große Wertsteigerung  
 durch den Großschiffahrts-  
 kanal, Hafendamm, viergleis.  
 Bahnausbau, Arzt, Gas,  
 Wasserleitung, Gemeinde-  
 und höhere Schulen.  
**Bau-Bureau a. Schützenhaus**  
**Wollenberg,**  
 Berlin, Neue Königstr. 71.  
 III. Broschüre gratis.

**Arbeiter-Wanderbund**  
 „Die Naturfreunde“  
 in  
**Wanderfahrten Pfingsten.**

15. Mai: **Rauensteine Berge, Pär-**  
**kenwalde, Rauen, Storkow.**  
 Abfahrt Schief. Bahnhof 6.30  
 vormittags.  
 16. Mai: **Tiefensee - Rüdlicher**  
**Ganzenrand - Falkenberg.**  
 Abfahrt Wriezener Bahnhof 5.30  
 vormittags.  
 17. Mai: **Potsdam - Rabens-**  
**berge - Michendorf.** Abfahrt  
 Potsdamer Bahn 6.40 vorm.  
 Für Genossen, die mehrtägige  
 Wanderfahrten mitmachen wollen  
 (Niefengebirge 4-5 Tage, Hara drei  
 Tage, Kiedenburg 3 Tage, Ruppiner  
 Schweiz 2 Tage, Märkische Schweiz  
 2 Tage) sind ausführliche Touren-  
 programme in unserer Geschäftsstelle  
 bei Herrn Geyse, Popenstr. 19, zu  
 haben. 1/14  
 Gäste überall willkommen.

**Doppel-Allee 11, 1 Minute Schön-**  
**hauser Allee**  
 Großer Laden mit Zimmer u. Küche.  
 3-Zimmerwohnung mit Mädchen-  
 zimmer, Küche, Speisekammer, Bad,  
 elektr. Licht, Heizung; 2 Bäder,  
 große Küche, Speisekammer, Zimmer,  
 große Kammer per sofort.

**Graß & Worff**  
 Kottbuser Straße 3.  
 Wir bitten genau auf die  
 Firma zu achten!

**1 Mark**  
 wöchentliche  
 Teilzahlungen  
 hübsche elegante  
 fertige  
**Herren-**  
**Garderoben**  
 Ersatz für Maß.  
 Anfert. n. Maß.  
 Tadellose Ausf.  
**Julius Fabian**  
 Schneidmstr.  
 Große Frank-  
 furterstr. 37 II  
 Eingang Straus-  
 burger Platz.  
 II. Geschäft:  
 Turmstr. 18  
 nur erste Etage,  
 kein Laden.

**Ich hab's!**

Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens,  
 einer weissen, sammetweichen Haut, eines reinen, blendend schönen Teints, sowie gegen Sommer-  
 sprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte  
**Stechenpferd-Lilienmilch-Seife.**  
 Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

**Große Posten**  
**Diwandecken**  
 auf beiden Seiten benutzbar  
**Mk. 4,85 (Wert 6,75)**  
 Buntpersische doppelseitige  
**Diwandecken**  
 Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 M.)  
 Bunte Plüsch-Diwandecken  
 Moquett-Plüsch-Diwandecken  
 Größe 150/300 cm 28,50 (30 M.)  
**Diwanrückwände 3 85**  
 mit reicher Stickerei M.  
**Teppich - Spezialhaus**

**Emil Lefèvre**  
 Berlin S. Seit 1882 nur  
**Oranienstr. 158.**  
 Nach auswärts p. Nachnahme.  
**Spezialkatalog**  
 mit ca. 650  
 Abbildungen gratis u. franko.

**Kredit** Monatl. 10 M. Befreie  
 eleg. Herrengarderobe  
 n. Maß (billigste Preise)  
**J. Tomporowski, Schneidermeister,**  
 Vinckenstr. 110.  
 Kasse 10 Proz. Rabatt.

**Möbel**  
 liefert auf  
 bequeme **Teilzahlung**  
 bei kleinster Anzahlung in be-  
 kannter Güte  
 (mit größter Rücksicht bei Krank-  
 heit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.**

**Hüte Mützen**  
 Stöcke  
 Schirme  
 Hosenträger  
 Bei Einkauf von 3.- M. an eine weiße Sandpartiemütze gratis!  
**Ernst Wanneke**  
 Brückenstraße 6a  
 an der Rammowbrücke.  
**Lieferant der Konsumgenossenschaft.**

**W. Zapel**  
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
 Größtes Spezial-Geschäft  
 für Seiden- und Filzhüte.  
 Lager in Schirmen und Mützen.  
**Größte Auswahl in Strohhüten**  
 von den einfachsten bis elegantesten.

**Ich hab's!**

Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens,  
 einer weissen, sammetweichen Haut, eines reinen, blendend schönen Teints, sowie gegen Sommer-  
 sprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte  
**Stechenpferd-Lilienmilch-Seife.**  
 Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

**Gartenstadt Hoppegarten.**  
 700 Morgen - 26 Minuten von Berlin - Ca. 10 M. - 100 M. Anzahlung.  
 Warum sind unsere Umfänge so groß?  
 1. Weil die ewige Schraube der Wirtschaften  
 viele Berliner zum Erwerb der eigenen Scholle  
 veranlaßt.  
 2. Weil wir jedem den Erwerb der eigenen Scholle  
 durch günstigste Zahlungsbedingungen ermöglichen,  
 da die Anzahlung nur ein Zehntel der Kaufsumme  
 beträgt, der Rest auf zehn Jahre eingetragten,  
 aber auch in jährlichen Raten getilgt werden kann.  
 3. Weil unsere in der Anlage begriffene Erdbelung  
 am Bahnhof Hoppegarten in wirklich erstaunlich  
 kurzer Zeit ein bedeutendes Wachstum gezeigt hat.  
 4. Weil der von Jahr zu Jahr wachsende Verkehr  
 mit Hoppegarten durch den projektierten vier-  
 gleisigen Ausbau der Ostbahn einen neuen mög-  
 lichen Impuls erhalten hat.  
 5. Weil der praktische Sinn der Berliner Bevölkerung  
 den hohen ethischen und wirtschaftlichen Wert des  
 eigenen Heims auf eigener Scholle erkannt hat.  
 6. Weil Hoppegarten, was ein unschätzbare Vorteil ist,  
 in 20 Minuten von Berlin aus zu erreichen ist.  
 7. Weil wir bereits ein Vorort in der Umgegend  
 Berlins geschaffen und zu hoher Höhe gebracht  
 haben.  
 8. Weil in unseren Kolonien kein Bauzwang herrscht.  
 9. Weil die beginnende Ära der Stadtschnellbahnen  
 das Wohnen in Hoppegarten unter Verfürzung  
 der Arbeitszeit bei englischer Tischzeit mit  
 Leichtigkeit ermöglicht.  
 10. Weil sich der Käufer eines Grundstücks in der  
 Gartenstadt Hoppegarten infolge der dauernden  
 Wertsteigerung die denkbar beste Kapitalanlage  
 schafft.  
 11. Weil wir mit der Anlage unserer Gartenstadt  
 Hoppegarten erst vor wenigen Monaten be-  
 gonnen haben, wir deshalb  
**den ersten Ansiedlern große Vergünstigungen**  
 bezüglich der Lage und Preise der Grundstücke ge-  
 währen.  
 Kleinsten Ansiedlern im Restaurant „Schweizerhütchen“. Unlautere Zwischenpersonen, die unsere  
 geehrten Interessenten am Bahnhof oder auf der Straße ansprechen, sind mit unseren Herren  
 Vertretern nicht identisch.  
 Zur Beschäftigung unserer Gartenstadt wende man sich nach Verlassen des Bahnsteiges  
 zur Treppe durch die Bahnunterführung.  
 Auskunftserteilung in Hoppegarten nur **Eichen-Allee 5** in unserem Bureau, nahe der Kirche.  
 Prospekt gratis.

**Allgem. Bau- u. An siedelungsgesellschaft m. b. H., vormals O. Winkler.**  
 Berlin C. 25, Birckenstr. 20. Tel. VII, 2524. Hoppegarten 88.

Allen Verwandten und Be-  
 kannten die traurige Nachricht,  
 daß am Montag früh 1 1/2 Uhr  
 unsere liebe Tochter, Schwester  
 und Braut  
**Else Becher**  
 nach kurzem, schwerem Kranken-  
 lager verstorben ist.  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
**Eduard Becher**  
 nebst Familie.  
 Die Beerdigung findet heute  
 Donnerstag, den 12. Mai, nachm.  
 4 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Gemeinde-Friedhofes in Ober-  
 Schönweide aus statt.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme bei der Beerdigung meines  
 lieben Vaters 2111b  
**Adolf Hoppe**  
 sage ich allen Bekannten, insbesondere  
 dem Wahlverein, dem Sängerkhor  
 Wedding und dem Verband der freien  
 Gastwirte meinen innigsten Dank.  
**Mina Hoppe, Gartenplatz 1.**

**Enorm billiger**  
**Verkauf**  
 eleganter, hochmoderner  
**Anzüge, Paletots, Ulster** 50/1\*  
 aus feinsten Maßstoffen  
 jetzt 20 bis 50 M.  
**VERSANDHAUS GERMANIA**  
 Unter den Linden 21, II. Etage.

**Möbel auf Kredit**  
 in bester Ausführung.  
**Möbel auf Kredit**  
 vom einfachsten bis zum  
 elegantesten.

**Möbel auf Kredit**  
 ganze Wirtschaften  
 sowie einzelne Stücke  
**Möbel auf Kredit**  
 sowie

**Waren jeder Art.**  
**Herren- u. Damen-**  
**Garderoben**  
 erhält man billigst bei  
**A. Kretschmann & Co.**  
 Kopenstr. 4, Ecke Madaistr.  
 Am Schlessischen Bahnhof.  
 Nächstes Kredithaus der öst-  
 lichen Vororte.  
 Lieferung frei Haus.

**Zentralverband**  
 d. Maschinisten u. Heizer sowie  
 Berufsgenossen Deutschlands.  
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 9. d. Mts. verstarb unser  
 Mitglied, Kollege  
**Karl Hörenz.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 13. Mai, nachmittags  
 2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Zentral-Friedhofes in Friedriehs-  
 felde aus statt. 145/8  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,**  
**Lebierer, Anstreicher usw.**  
 Zentrale Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Richard Waschitschek**  
 (Bezirk Rixdorf)  
 am 9. d. Mts. verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Freitag,  
 den 13. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des Gemeindef-  
 Friedhofes in Driß. Hauptstraße,  
 aus statt. 129/5  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
 Am 9. d. Mts. verstarb unser  
 langjähriges Mitglied 137/15  
**Otto Klitscher**  
 (Bezirk Südost).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 12. Mai, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Halle  
 der Emmausgemeinde in Rix-  
 dorf, Hermannstraße, aus statt.

Unserem Freunde  
**Hermann Scholtz**  
 die herzlichsten Glückwünsche zum  
 Biegebefste. 2115b  
 Die letzten Vier aus der  
 S.O.-Gruppe.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
 Bezirk 19.  
 Bezugnehmend auf die Notiz  
 in der Dienstagnummer über das  
 Hinscheiden unseres alten Freundes  
 und Genossen  
**F. Siegrist**  
 allen Parteigenossen zur Nach-  
 richt, daß die Beerdigung des  
 Verstorbenen am Donnerstag,  
 den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr,  
 von der Leichenhalle des neuen  
 Rixdorfer Friedhofes am Marien-  
 dorfer Weg aus stattfindet.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 234/30 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
 Bezirk 17a.  
 Den Parteigenossen zur Nach-  
 richt, daß unser Mitglied  
**Drescher**  
 verstorben ist. 235/1  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle  
 des Rixdorfer Friedhofes (Marien-  
 dorfer Weg) aus statt.  
 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
 Bezirk 17a.  
 Den Parteigenossen zur Nach-  
 richt, daß unser Mitglied  
**Drescher**  
 verstorben ist. 235/1  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle  
 des Rixdorfer Friedhofes (Marien-  
 dorfer Weg) aus statt.  
 Der Vorstand.

Hermit die traurige Nachricht,  
 daß Montagabend 11 1/2 Uhr mein  
 innigstgeliebter Mann und guter  
 Vater  
**Karl Hörenz**  
 im 36. Lebensjahr nach langem,  
 schwerem Leiden sanft ent-  
 schlafen ist.  
 Die Beerdigung findet Freitag,  
 nachmittags 2 Uhr, von der  
 Leichenhalle des Zentral-Fried-  
 hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
 Wanda Hörenz geb. Gutge  
 und Kinder,  
 Verjusstraße 1.

**Verband der Lederarbeiter**  
 (Zentrale I Berlin).  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Beih-  
 gerber  
**Gustav Jürgens**  
 am 9. Mai verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Donnerstag, den 12. Mai, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Friedhofes in Französisch-  
 Buchholz aus statt. 144/7  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband**  
 d. Maschinisten u. Heizer sowie  
 Berufsgenossen Deutschlands.  
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 9. d. Mts. verstarb unser  
 Mitglied, Kollege  
**Karl Hörenz.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 13. Mai, nachmittags  
 2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Zentral-Friedhofes in Friedriehs-  
 felde aus statt. 145/8  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,**  
**Lebierer, Anstreicher usw.**  
 Zentrale Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Richard Waschitschek**  
 (Bezirk Rixdorf)  
 am 9. d. Mts. verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Freitag,  
 den 13. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des Gemeindef-  
 Friedhofes in Driß. Hauptstraße,  
 aus statt. 129/5  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
 Am 9. d. Mts. verstarb unser  
 langjähriges Mitglied 137/15  
**Otto Klitscher**  
 (Bezirk Südost).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 12. Mai, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Halle  
 der Emmausgemeinde in Rix-  
 dorf, Hermannstraße, aus statt.







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Für die Besucher der „Fliegerwoche“ in Johannisthal teilen wir mit, daß und dorthin folgende Lokale nicht zur Verfügung stehen: „Zum Eintracht“, Wwe. Day; „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Joh. Koh; „Wielands Waldlager“, Wends Jägerhaus und „Lindenhof“, Wwe. Lenz. Wir ersuchen daher, genannte Lokale streng meiden zu wollen.

Am 1. Pfingstfeiertag veranstaltet der Theaterverein „Lobengrin“ im Restaurant Gutsche, Rankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31 einen Theaterabend mit anschließendem Tanz. Da das Lokal zur Abhaltung von Versammlungen verweigert wird, ersuchen wir, alle dortigen Veranstaltungen streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Sonntag, den 15. Mai cr., bei Julius Reyer, Dramenstr. 100: Jahrmorgen für Zeitungsdrucker, Nachtarbeiter. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Referat des Kollegen Gustav Fuß über: „Deutschlands Westpolitik.“ Guten Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Bezirk Waidmannslust. Der Wahlverein veranstaltet am ersten Pfingstfeiertag, morgens 8 Uhr, im „Forsthaus“ zu Hemsdorf, Auguste-Viktoria-Str., ein Frühkonzert. Einloßkarten sind bei den Abteilungsleitern zu haben. Die Bezirksleitung.

Bernau. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend für alle Bezirke gemeinsam beim Genossen Franz Salzmann, Wassdorfer Straße.

Einführung in das Parteiprogramm.

Röntgenal. Heute Jahlabend bei Marx.

Spandau. Der Jahlabend für Rommendamm, Haselhorst und Sternfelde findet heute, Donnerstag, den 12., abends 8 1/2 Uhr, bei Karl Friede, Rommendamm, Siemensstraße 28, statt.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mit Verkehrsfragen

Beschäftigt sich jetzt der Magistrat insolge eines von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung gestellten und vom Plenum angenommenen Antrages, der Versammlung von dem gegenwärtigen Stande der städtischen Verkehrsprojekte Kenntnis zu geben. Dabei spielt vor allem ein projektiertes Straßendurchbruch, das sogenannte Vohlfraßenprojekt, eine große Rolle. Die Verkehrsdeputation hatte diesem Projekt ihre Zustimmung erteilt, der Magistrat lehnte aber ein Eingehen auf dieses Projekt ab. Der genannte Straßendurchbruch soll ein Mittel zur Entlastung der Leipziger Straße darstellen und nach Meinung berufener Sachverständiger ist er es auch. Wenn im Magistrat — der durchaus nicht einer Meinung in dieser Frage ist — und auch in verschiedenen Blättern gegen dieses Projekt Sturm gelaufen wird, so weiß der mit diesen Dingen näher Vertraute ganz genau, wessen Geschäfte mit dieser Taktik besorgt werden.

Die geplanten Straßendurchbruchprojekte sind nämlich geeignet, den Plänen der Großen Berliner auf gänzliche Monopolisierung des Verkehrs und Erteilung einer 50jährigen Konzession entgegenzuarbeiten. Das ist von den obersten Verkehrsbehörden anerkannt worden. Seit Bekanntwerden und Besprechung der städtischen Pläne haben auch die Pläne der Großen Berliner, vor allem die Untertunnelungsprojekte geruht. Gelingt es nun, die Ausführung der Durchbruchprojekte zu hintertreiben, so leben die Projekte der Großen Berliner wieder auf und die private Verkehrsgesellschaft bekommt wieder Oberwasser. Das wissen natürlich viele Gegner der städtischen Pläne und es nimmt uns gar nicht wunder, wenn bestimmte Kreise alles daran setzen, zu verhindern, daß die Stadt irgend etwas tut, um den Verkehr in Berlin in geordnete Bahnen zu lenken. Schon hat der Eisenbahnminister aus dem bisherigen Verhalten der städtischen Behörden die Folgerung gezogen. Er hat ihnen wissen lassen, daß er sich veranlaßt sehen werde, bei der weiteren Passivität der Stadt in dieser Angelegenheit dem seit Jahren ruhenden Ergänzungsverfahren der Großen Berliner gegen die Stadt seinen Lauf zu lassen. Wie berichtet wird, soll auch jetzt noch im Magistrat die Mehrheit nicht geneigt sein, das sehr wichtige Vohlfraßenprojekt zu fördern. Für weite Kreise der Bevölkerung ist diese Tatsache von hoher Bedeutung und von großem Interesse. Hoffentlich stellt der Magistrat die der Stadtverordnetenversammlung zugesagte Denkschrift über den Stand der städtischen Verkehrsfragen bald fertig, damit die Öffentlichkeit in die Lage kommt, auch ihrerseits ihre Meinung dazu zu äußern.

Für den Posten eines besoldeten Stadtrats als Nachfolger für den verstorbenen Stadtrat Tourbis haben sich 51 Bewerber gemeldet. Der mit der Vorbereitung der Wahl betraute Stadtverordnetenausschuß wird in Kürze zusammentreten, um die Auswahl zu treffen. Auch eine unbesoldete Stadtratsstelle ist noch frei, für die Ersatz geschaffen werden muß.

Zur Orientierung im Grunewald.

Für alle, die im Grunewald Erholung suchen, möge folgender Hinweis von Wert sein: Durch den ganzen Wald laufen von Nordosten nach Südwesten neun breite Hauptgestelle. Jedes derselben ist mit einem Buchstaben bezeichnet, und zwar mit den großen Buchstaben A bis I, im Osten beginnend. Gestell H verbindet den Karlsberg mit der Forste beim Spandauer See. Der Kronprinzessinnen-Weg bildet Gestell D. Diese werden wieder von 28 Nebengestellen durchkreuzt in einer Entfernung von 500 Metern, während die Hauptgestelle 1000 Meter von einander entfernt sind; jene tragen die Buchstaben a bis z, und beginnt a beim Spandauer See. Der ganze Wald, der etwa 4676 Hektar umfaßt, wird durch diese Gestelle, auch Schneisen genannt, in 159 Rechtecke geteilt, deren jedes 150 Morgen Flächeninhalt hat und den Namen „Jagen“ trägt. Jagen 1—49 liegen östlich des Kronprinzessinnen-Weges; von ihm bis zur Havel erstreckt sich Jagen 50 bis 155. Wo sich die Schneisen kreuzen, steht immer ein Stein, der auf jeder Seite die Nummer des betreffenden Jagen trägt, außerdem die Buchstaben der sich kreuzenden Gestelle.

Auf jeder Karte kann man die Einteilung finden. Auf diese Weise ist es möglich, ganz genau festzustellen, wo man sich befindet. Bemerkenswert ist noch, daß sich die nordöstliche Seite der Wälder, die sogenannte Wetterseite, dadurch zeigt, daß sie rauher als die anderen und in vielen Fällen mit Moos bewachsen ist. Vorstehendes beobachtet, findet man sich auch ohne Kompaß überall zurecht.

Eintrittskarten zur Städtebauausstellung sind, wie uns vom Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, mitgeteilt wird, zu ermäßigten Preisen in den Büreaufunden von 11—12 1/2 Uhr und 6—1 1/2 Uhr sowie in der Zigarrenhandlung von Horsch, Engelauer 15, zu haben.

Die Eintrittskarten haben auch Sonntags Gültigkeit.

Zur Aufgestaltung des Märkischen Museums. Die Direktion des Märkischen Museums hat vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, die Berliner Zeitgeschichte durch Sammlung künstlerischer Photographien oder anderweitiger technischer Wiedergaben im Bild festzuhalten. Es soll das ein Archiv werden, das unsere Nachkommen einst mit großer Bequemlichkeit benutzen können, um treue und zuverlässige Nachrichten über bedeutsame Vorgänge in der Reichshauptstadt zu erhalten. Daneben wurde beschlossen, auch das sogenannte „malerische Berlin“, darunter insbesondere die mehr und mehr verschwindenden alten Bauten und Wandmalereien in künstlerischer Wiedergabe der Nachwelt zu erhalten. In der Person des bekannten Kunstschriftstellers Dr. Osborn hat inzwischen das Museum eine Kraft gefunden, der man die Lösung dieser nicht leichten Aufgabe wohl zutrauen dürfte. Dr. Osborn hat den Auftrag übernommen, die ersten Teile des Bildarchivs und zunächst einmal ein 1. Heft „Malerisches Berlin“ zusammenzustellen. Hoffentlich bekommt die Bürgererschaft bald die Früchte dieser Arbeit zu sehen.

Mag. Reustaedter f. Gestern wurde einer der alten Parteigenossen begraben, die bereits vor dem Sozialistengesetz sich angeschlossen hatten. Wenn auch sein Beruf als Handelskrisisteller ihn hinderte, sich aktiv an den Kämpfen der Partei zu beteiligen, so gehörte ihr doch seit seiner Studententzeit sein ganzes Denken und Fühlen, und im stillen für sie zu wirken, war er unermüdet. In Viehnechts Hause war er schon in Leipzig als Freund willkommen gewesen, später verbanden ihn herzliche Beziehungen mit vielen unserer Vorkämpfer. Ein Herzschlag hat den 64-jährigen Jah hinweggerafft, zu früh für seine Familie wie für seine zahlreichen Freunde, die in ihm den selbstlosen Idealisten ehrten und sein Andenken hochhalten werden. Ihm am Grabe einen Nachruf zu widmen war einem unserer Genossen leider nicht vergönnt, da der Inspektor des jüdischen Friedhofes in Weihensee sich darauf verweigerte, daß die Erlaubnis tags vorher beim Gemeindevorstand eingeholt werden müsse.

An die Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Dr. Hermes im 14. Gemeindevahlbezirk der ersten Abteilung ist gestern der Kaufmann Hermann Einwald ernannt — parbon genächt worden.

Der größte Bahnhof in Deutschland. In Wustermark bei Rauen wird ein sogenannter Verschiebebahnhof errichtet, der zum Teil schon in Betrieb ist und der größte Bahnhof Deutschlands wird. Er diente früher als Rangierbahnhof und wird jetzt erweitert, um den größten Teil aller für Berlin, der Umgegend und der durch Berlin gehenden Güterzüge aufnehmen zu können. Der Bahnhof hat umfangreiche Gelände in den Gemeinden Dyroß, Puchow, Carpsow, Goppenrade, Rohrbed und Herbig angekauft. Dort werden auch Wohnungen für 4000 Beamte und Arbeiter errichtet. Damit die Gemeinden von diesen zahlreichen Beamten keine Steuern erheben können und der Staat keine Grundwertsteuern zu zahlen braucht, beabsichtigt der Staat die sämtlichen Grundstücke der sechs Gemeinden auszugemeinden und sie zu einem neuen „Gutsbezirk“ zu vereinigen. Einen ähnlichen, aber etwas kleineren Verschiebebahnhof hat der Eisenbahnklub bereits in Groß-Wusterwitz bei Genthin angelegt, der schon im Betrieb ist.

Ueber den Eisenbahnzusammenstoß auf dem Bahnhof Friedrichstraße, über den wir gestern unter „Lechte Nachrichten“ berichteten, wird folgende amtliche Meldung verbreitet:

„Dienstagabend um 7 Uhr 37 Minuten überfuhr Zug 18 (nach Güterloß) das auf Halt stehende Schlusssignal des Bahnhofs Friedrichstraße und fuhr auf den mit dem Schlus über der Unterführung der Friedrichstraße im Bahnhof haltenden D-Zug 56 (von Posen) auf. Hierdurch wurden mehrere Wagen beider Züge dicht aufeinander geschoben und teilweise von den Drehgestellen gehoben. Die Maschine des bis ans westliche Ende des Bahnhofs reichenden Zuges 56 P wurde mit dem Padwagen mehrere Meter vorgeschoben. Einige Reisende beider Züge klagten über Kopfschmerzen. Ein Reisender hat anscheinend leichte innere Verletzungen erlitten, ebenso der Postkassierer Kempe. Der Zugverkehr wurde zwischen Alexanderplatz und Friedrichstraße eingeleistigt aufrecht erhalten. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist sofort eingeleitet worden.“

Nach dieser Darstellung wären die Folgen des Zusammenstoßes weniger erheblicher Natur, wie anfangs berichtet wurde.

Der Vorsteher der Eisenbahnbetriebsinspektion I, Geheimer Vaurat Wambzgang, macht über den Unfall folgende Angaben: Nach dem Ergebnis der Untersuchung hat der Lokomotivführer Fieg aus Hannover, der den Schnellzug 18 Berlin—Hannover führte, einzig und allein die Schuld an dem gestrigen Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Friedrichstraße zu tragen. Seine Aussage, daß er „Einsahrt“ gehabt habe, ist irrig, denn der Befund der Stellwerksanlage auf der Station zeigte, daß das Signal zweifellos auf „Halt“ gestanden hat. Es liegt also eine grobe Unvorsichtigkeit des Lokomotivführers vor, daß er das Haltsignal überfuhr. Gegen den Lokomotivführer Fieg wird daher eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet werden. Der Heizer kann nichts Bestimmtes bekunden. Ebenso hat der Zugführer Jogbaum nicht auf das Signal geachtet, da er im Padwagen mit dem Verlegen des Gepäcks beschäftigt war.

Wegen Arbeitslosigkeit ins Wasser gegangen ist gestern ein Mann an der Jannowbrücke. Von Mannschaften eines vorbeifahrenden Schleppdampfers wurde er gerettet, wogegen sich der Mann wehrte. Ein Schupmann brachte den Verzweifelten in ein Krankenhaus.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern abend gegen 1/8 Uhr am Kurfürstendamm. An der Ecke der Hardenbergstraße spielten eine Anzahl Knaben, von denen der zehnjährige Sohn Walter des Prager Platz 8 in Wilmersdorf wohnhaften Kaufmanns Krause vor einer herannahenden Kraftdroschke über den Fahrdamm zu laufen versuchte. Obwohl der Chauffeur mit aller Kraft bremste, gelang es ihm doch nicht mehr, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen und A. wurde umgerissen und überfahren. Der Junge erlitt eine schwere Quetschung des Beckens, einen Bruch des Unterleibes sowie erhebliche Hautabwürgungen am ganzen Körper. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation am Zoologischen Garten Notverbände und wurde dann nach dem Elisabeth-Krankenhaus überführt werden, wo er in bedenklichem Zustande danielerliegt. Von einer Kraftdroschke überfahren und getötet wurde gestern abend um 7 Uhr der 4 Jahre alte Sohn Cecelia des Buchhalters Pegergelski aus der Neuen Hohlstraße Nr. 2. Der Kleine, der mit anderen Kindern vor dem Hause Neue Hohlstraße 5 spielte, wollte vor einer von der Wallstraße herkommenden Kraftdroschke über den Fahrdamm laufen. Der Wagenführer merkte die Gefahr und wollte ausweichen. Dabei jagte der Wagen auf den Bürgersteig hinauf und zertrümmerte das Schaufenster eines leerstehenden Ladens. Das Kind aber wurde auch so nicht verhütet. Der Kleine Pegergelski geriet unter das Hinterrad, wurde über den Kopf gefahren und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus am Urban, wohin ein Schupmann ihn brachte, eine Viertelstunde nach der Aufnahme starb.

Auf einen alten Gauertrid sind wieder mehrere Dienstmädchen in der Kolonie Grunewald hineingefallen. Dort erschien in Abwesenheit der Herrschaft ein junger Mann mit einer Riste Zigarren und quittierter Rechnung über 8,25 M., 7,50 M. oder einen ähnlichen Betrag. Er behauptet, die Sendung sei bestellt, und erhält fast immer den Betrag der Rechnung von den Mädchen. Später ergibt

sich dann, daß die Zigarren nicht das Geld wert und ganz ungenießbares Kraut sind. Der Schwindler, der im vergangenen Jahre schon einmal mit demselben Kniff gearbeitet hat, ist etwa 26 Jahre alt und 1,70 Meter groß. Er hat dunkles Haar, einen kleinen dunklen Schnurrbart, ein blaßes Gesicht und dunkle Augen und trägt ein hellgraues Jackett, eine dunkle Hose und einen schwarzen steifen Hut.

In den Tod zu gehen. Versuchten vorgestern zwei Mädchen in Treptow. Sie sprangen in den Karpfenteich, wurden aber von einem Robrleger gerettet und in die Wohnungen ihrer Eltern gebracht. Die beiden Mädchen waren befreundet und hatten bis vor kurzem zusammen gearbeitet, waren aber seit einigen Tagen beschäftigungslos. Auch ein Abgabebrief des Bräutigams der einen Arbeiterin spielte bei dem Entschluß, in den Tod zu gehen, eine Rolle. Die beiden Lebensüberdrüssigen befinden sich außer Lebensgefahr.

Herr Bethmann Hollweg in Hohen-Finow galt am letzten Sonntag eine Tour des zweiten Bezirks des Bundes 9 des Arbeiter-Radfahrerbundes. Die zirka 760 Arbeiter-Radfahrer hatten sich vorgenommen, dem Reichslanzler für sein Verhalten in der Wahlrechtsfrage „zu danken“. Herr Bethmann war auf seinem Schlosse aber nicht anwesend und so begab sich die ansehnliche Radfahrerverammlung nach Heegermühle, um den dortigen Bruderverein bei seinem Stiftungsfest zu unterstützen. Das war insofern recht nützlich, als erst vor kurzem den dortigen Genossen das größte Lokal entzogen worden war. Da das jetzige freie Lokal aber nicht annähernd alle Genossen aufnehmen konnte, mußten die Genossen von Berlin und Umgegend nach dem Corso aufbrechen und noch anderweitig Unterkunft und Vergnügen suchen.

Die Flugwoche in Johannisthal

hat einen recht trübseligen Anfang genommen. Während es an dem verregneten Dienstag nur einem der konkurrierenden Abiatiser gelang, einen Achminutenflug zu absolvieren, kam es am Mittwoch überhaupt zu keinem Aufstieg. Die Schuld daran tragen allerdings nicht die Flugkünstler selbst, sondern die überaus ungünstige Witterung. Bei dem herrschenden starken Winde, der oft zu heftigen Böden von sturmarziger Gewalt anwuchs, wäre es geradezu Selbstmord gewesen, wenn einer der Flieger den Aufstieg unternommen hätte. Das Publikum hatte übrigens auch große Vorsicht bewiesen. Denn von den vielleicht 300 Personen, die auf dem Flugplatz anwesend waren, bestand wohl die gute Hälfte aus Arrangenten der Flugwoche und Vereitern der Presse. Die beiden Musikkorps musizierten deshalb vor einem überaus spärlich gesäten Publikum. Hoffentlich herrscht an den folgenden Tagen, namentlich während der Pfingstfeiertage, günstigeres Wetter, damit die Gesellschaft wenigstens einigermaßen auf ihre Kosten kommt und die so große Hoffnungen erweckende Flugtechnik die ihr so wünschenswerte Anfeuerung erfährt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin und Umgegend). Den Bemühungen des Bundes, kleinere Vereine zu größeren leistungsfähigeren Chören zu vereinigen, ist folgender Erfolg beschieden gewesen. Vereinigt haben sich folgende Chöre:

Sängerkor SO. und Männerchor SO. unter dem Namen Sängerkor SO. Freitag bei Garde, Reichsberger Str. 147.

Reinickendorf: die Vereine Reinickendorf-Ost, Baldesrauschen, Wilhelmstrub und Weiße Rose unter dem Namen Männerchor Reinickendorf und Umgegend. Freitag bei Sadau, Provinzstraße.

Wilmersdorf: die Vereine Gleichheit, Liedertafel und Sorgenfrei, Halensee, unter dem Namen Männerchor Wilmersdorf. Vom 8. Juni 1910: Viktoria-Garten, Wilhelmstraße.

Der Vorstand der freien Volksbühne beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der vielbesprochenen Frage des Philharmonie-Bokotts. Hierbei kam allgemein die Meinung zum Ausdruck, daß der Bokott der Philharmonie auch in der jetzigen gemilderten Form kaum zweckmäßig, daß aber die „Freie Volksbühne“ als ein auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehender Verein an die noch geltenden Beschlüsse der zuständigen Organisationen unbedingt gebunden sei. Was andere Vereine tun oder lassen, könne für die „Freie Volksbühne“ nicht maßgebend sein, ihre Mitglieder würden es als organisierte Arbeiter schwer mißbilligen, wenn sich der Vorstand einschleife über den geltenden Beschluß hinwegsetzen wollte.

Für das neue Vereinsjahr soll in den Kreisen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eine rege Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder entfaltet werden. Die Verträge mit dem Lessing-Theater, dem Neuen Schauspielhaus, dem Thalia-, Nestens- und Herrnsfeld-Theater werden erneuert. Zur Aufführung werden u. a. in Aussicht genommen: „Mollatres“, „Misanthrop“, „Fehde“, „Agnes Bernauer“, „Knut Hamjuns“, „An des Reiches Pforten“, „Gjornsons „Ueber unsere Straß“ u. a. m. Der Mitgliederbeitrag soll auch im nächsten Jahr unverändert 1,10 M. betragen, an dem Prinzip der geschlossenen Vereinsvorstellungen und der freien Stille, wohl durch den Vorstand soll auch künftig festgehalten werden. Das neue Spieljahr, für das auch eine Reihe größerer Festveranstaltungen geplant sind, beginnt anfangs September.

Bei der Raifeier im Schweizergarten sind Parteibons gefunden worden, abzuholen bei Wehle, Neue Königstraße 11. Ein Trauring ist verloren gegangen, gezeichnet 28. 1. 1893 M.N., abgegeben bei G. Finde, Christburger Straße 27, vorn 4 Nr.

Vom Verbandsbureau der Metallarbeiter, Charitöstr. 3, werden wir ersucht mitzuteilen, daß der Former Karl Vorowski aus Görlitz sich sofort im Zimmer III des Bureau meldend soll wegen einer dringenden Familienangelegenheit.

Diejenigen, welche mit Vorowski belannt sind, werden gebeten, dem B. diese Aufforderung mitzuteilen.

Die Wähenstraße von der Brommbrücke bis zur Fruchtstraße wird wegen Sanitationsarbeiten vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für den Fußverkehrs und Weiterverkehr in der Richtung von Osten nach Westen gesperrt.

Wer kennt die Tote? Die Persönlichkeit der etwa 60 Jahre alten Frau, welche am 8. Mai, nachmittags gegen 5 Uhr, in der Leibgstraße von einem Beamten des 66. Reviers auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden worden und nach Einlieferung auf die Rettungswache in der Warschauerstraße verstorben ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Tote ist mit schwarzen, englischem Strohhut, schwarzer Pelzboa, schwarzem Kleide und Schürzchen, bekleidet und trug eine gelbe Handtasche und eine kleine grüne Gießkanne bei sich. Wahrscheinlich ist es eine alleinstehende Witwe, die von dem Gange nach einem Kirchhofe des Ostens zurückkehrte, deren Verschwinden bisher von den Hausbewohnern nicht bemerkt worden ist. Wer über die Persönlichkeit der Toten etwas angeben kann, möge sich schriftlich oder mündlich an ein Polizeirevier oder die Kriminalpolizei, Zimmer 321 des Polizeipräsidiums, wenden.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Wer da recht hat, weiß ich nicht...! Wie in den meisten Vororten haben auch hier die Genossen unter der Lokalfrage zu leiden. Denn auch der Saal des Genossen Schellhose zu den Zusammenkünften des Wahlvereins genügt, bei öffentlichen Versammlungen müssen wir ins „Ausland“, nach Groß-Lichterfelde gehen, wodurch



die Agitation natürlich sehr erschwert wird. Im vergangenen Winter war es endlich gelungen, den damaligen Pächter des „Albrechtshof“, Herrn Höpner, zur Übergabe seines Saales zu einer öffentlichen Versammlung zu bewegen. Diese Versammlung war sehr stark besucht und Herr H. erklärte sich bereit, auch in Zukunft den Saal herzugeben. Anfang Januar d. J. vereinbarte Genosse A. mit dem Pächter abermals eine Versammlung zum Sonntag, den 10. Januar, und meldete diese am 11. Januar bei der Polizei an mit der Bitte um Zusendung der Bescheinigung. Statt dieser Bescheinigung erhielt der Einberufer am nächsten Tage ein Schreiben des Pächters, worin dieser mitteilte, daß die Versammlung nicht stattfinden könne. Genosse A. begab sich sofort zu Herrn Höpner. Derselbe teilte ihm mit, daß er infolge der Anmeldung nach dem Rathause beordert worden sei. H. meinte aus den dort gepflogenen Verhandlungen die Überzeugung gewonnen zu haben, daß ihm geschäftlicher Ruin drohe, wenn die Versammlung in seinem Lokal tage. Er bewachte, aus diesen Gründen sein Wort brechen zu müssen. — Die Versammlung konnte also nicht stattfinden, aber auch die polizeiliche Bescheinigung traf nicht ein, obwohl keine Anmeldung erfolgte. Der Einberufer schloß aus der Unterredung mit dem Wirt auf eine ungeschickte Einwirkung der Polizei und wandte sich am 17. Februar beschwerdeführend an den Minister des Innern. Auf diese Beschwerde ging am 9. März 1910 folgendes Schreiben ein:

Ihre Vorstellung vom 17. Februar d. J. ist unter dem d. d. W. an den Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam zur weiteren Veranlassung gesandt worden, wovon Ihnen hierdurch Kenntnis gegeben wird.

#### Geheime Kanzlei

des Igl. Ministeriums des Innern.

Was bei der „weiteren Veranlassung“ herausgekommen ist, leitet folgendes Schreiben:

Der Landrat des Kreises Teltow, Berlin W., 20. März 1910. Nr. L. I. 8809.

Die an den Herrn Minister des Innern gerichtete Beschwerde vom 17. Februar er. ist an mich zur zuständigen Bescheidung abgegeben worden.

Nach den angestellten Ermittlungen ist der der Polizei in Steglitz gemachte Vorwurf nicht begründet, daß sie den Verwalter des Lokals „Albrechtshof“ veranlaßt habe, den für eine öffentliche Volksversammlung am 16. Januar d. J. bereits zur Verfügung gestellten Saal nachträglich der Versammlung zu verschließen. Vielmehr hat der Verwalter Höpner aus eigenem Antriebe auf Grund der Rücksprache mit dem Polizeikommissar Hoffmann seine Zusage zurückgezogen, nachdem er erlaunt hatte, daß er über den Charakter der angemeldeten Versammlung nicht richtig informiert gewesen war.

Die Polizei hat aber insofern nicht richtig gehandelt, als sie es verabsäumt hat, die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der Versammlung sofort zu erteilen.

Ich habe in dieser Beziehung dem Herrn Amtsvorsteher das Erforderliche eröffnet.

(Name unleserlich.)

Daß dem Herrn Amtsvorsteher Quisrow „das Erforderliche eröffnet“ worden ist in bezug auf die sofort zu erteilende Bescheinigung, war sehr wünschenswert und notwendig; hoffentlich handelt er in Zukunft danach. Luffallen muß aber, daß die landrätlichen Ermittlungen das gerade Gegenteil von dem ergeben haben, was Herr Höpner dem Einberufer und später auch anderen Genossen gegenüber behauptet hat. Unwahr ist auf jeden Fall, daß Herr Höpner über den Charakter der angemeldeten Versammlung nicht richtig informiert gewesen sei. Doch das mag der Herr mit der Polizei selbst ausmachen. Eins ist bestimmt wahr: trotz — oder auch vielleicht wegen — der nicht abgehaltenen Versammlung schreitet die Sozialdemokratie vorwärts und — Herr Höpner ist aus dem „Albrechtshof“ verschwunden.

#### Rixdorf.

Die Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Sektion Rixdorf) hatten sich vor einigen Tagen versammelt, um den Bericht des Kollegen Polenske über die Arbeiten des verfloffenen Quartals entgegenzunehmen. Redner hob hervor, daß am 1. April die neunkündige Arbeitszeit zur Einführung gelangte. Die einzelnen Betriebsleitungen haben den Wünschen und Anträgen der Arbeiter bezüglich Anfang und Beendigung der Arbeit sowie der Festlegung der Pausen allgemein entsprochen. Klage geführt wurde bei den Friedhofsarbeitern über die späte Hinauslegung des Feierabends und bei den Reglerwärtern der Gasanstalt über Nichtberücksichtigung bei der Arbeitszeitverkürzung. Doch steht in beiden Fällen eine befriedigende Regelung in Aussicht. Damit hat die Lokalbewegung des Jahres 1909/10 ihre Erledigung gefunden. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Erhöhung sämtlicher Löhne um 25 Pf. pro Tag oder im Durchschnitt um 6 Proz. erfolgt. Es schwebt fernerzeit noch ein Antrag der Friedhofsarbeiterinnen, die bei der allgemeinen Regelung unberücksichtigt geblieben waren.

Die Bewegung der Rathausfrauen fand ebenfalls ihren, allerdings nur teilweisen, Abschluß. Die Reinigung wurde ab 1. April wieder in eigene Regie übernommen. Dies hatte zur Folge, daß von dem am 1. Januar entlassenen neun Frauen acht wieder eingestellt wurden. Bedauerlicherweise wurde bis zum heutigen Tage die neunte Frau nicht eingestellt. Vom Rathaus aus wurde dem Arbeitsnachweis nämlich die Anweisung erteilt, die Kollegin nicht mehr dem Rathaus zu überweisen. In der Zwischenzeit ist zwar dieses Vorgehen der Verwaltung von höherer Stelle aus revidiert worden, doch ist die Kollegin bis heute noch nicht eingestellt. Die Organisation hat diesen Fall als Mißregelung anerkannt.

Bei dem Streitfall im Krankenhaus handelte es sich um eine Arbeitsniederlegung unorganisierter Kollegen, die erfolglos blieb. In Sachen der Rathausfrauen wie im Krankenhausstreit verhandelten Organisationsvertreter mit dem Oberbürgermeister. Die Mitgliederzahl beträgt augenblicklich 230. Bedauerlich ist es, daß einzelne Gruppen städtischer Arbeiter der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehen. So die Straßenreiniger, die einem „Hilfs-Verein“ schillernden Verein angehörend oder richtiger, angehören müssen, denn hier spielt der Terrorismus gewisser Vorgesetzter eine große Rolle. Ebenso halten es die Omnibusangestellten nicht für notwendig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch die Arbeiter der Tiefbauverwaltung und hier besonders die Steinseher und Kammer lassen sich von den übrigen städtischen Arbeitern die Kasernen aus dem Feuer holen.

Von den Reinigungsfrauen des alten Rathauses wurde lebhaft Beschwerde geführt über einen Herrn Lange. Dieser Herr hat am 1. April die Frauen unter seine Obhut bekommen. Abgesehen davon, daß er den Frauen sofort von ihrem künftigen Lohn 1 M. in Abzug brachte, müssen sie ohne einen Pfennig Entschädigung seit 1. April sämtliche Defen heizen. Eine Versammlung der Frauen wird sich in nächster Zeit mit dieser Angelegenheit beschäftigen. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Friedrich wurde Kollege Walzer als zweiter Sektionsleiter gewählt.

#### Wilmerdorf.

Zur Steuerfrage. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai bekanntlich beschlossen, sich der auf Erhebung von 100 Proz. Kommunalsteuergesetz abzielenden Entscheidung des Provinzialausschusses nicht zu fügen, sondern die Frage dem städtischen Finanzausschuß zu überweisen. Durch diesen Beschluß ist die städtische Steuerverwaltung in eine für sie unangenehme Lage gekommen. Da die Höhe des Zuschlages noch nicht feststeht, kann sie diesen Teil der Steuer auch nicht erheben.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

und so gibt denn der Magistrat bekannt, daß nur die Staats- Einkommen- und Erbschaftsteuer, auch wenn den Einkommenspflichtigen nicht ein besonderer Steuerzettel zugeht, bis zum 16. Mai an die Steuerkassen abgeliefert ist.

Kampf gegen Armenpflegerinnen. Auch in Wilmerdorf wollen die Armenpfleger der Stadt von einem Zusammenarbeiten mit Frauen nichts wissen. Am 15. Juni 1909 wehrte sich die Armendeputation in einem Beschluß gegen die von der Stadt beabsichtigte Anstellung selbständiger Pflegerinnen. Sie wollte sich darauf beschränken, jeder Armenkommission eine Dame beizugeben, die von Fall zu Fall von jedem der betreffenden Armenpfleger nach Wunsch in Anspruch genommen werden kann. Es währte bis zum 28. Januar dieses Jahres, als endlich ganze drei Damen als Helferinnen der Armenpfleger eingeführt wurden. Aber bei der Formosität der Einführung hatte es sein Bewenden, denn bis jetzt ist noch keiner der Damen irgendwelche Tätigkeit zugewiesen worden. Endlich kam es vor einigen Tagen dahin, daß in einer besonderen Versammlung der Armenpfleger der hartnäckige Widerstand zur Sprache kam. Man meinte hier, daß die Mitwirkung von Frauen in der Armenpflege keinerlei Zweck hätte. Beweis: Es sei bisher auch ganz gut gegangen. Mit großer Mühe brachten Stadtrat Brohm, Stadtverordneter Röll und die zur Helferin ernannte Frau Regina Deutsch so dahin, daß den Frauen das Recht gegeben wurde, die von ihnen fortan zu bearbeitenden Angelegenheiten selbständig in der Kommission zu vertreten. Stadtrat Brohm ermahnte zum Schluß die Armenpfleger, nun auch wirklich die Damen in ihre Tätigkeit einzuführen. Ob die Mahnung fruchtbar wird? Der Spießbürger bleibt sich eben überall gleich; und Sozialdemokraten sind in Wilmerdorf bisher grundsätzlich nicht zu Gemeindefunktionen herangezogen worden.

#### Königs-Wusterhausen.

Ein gefährlicher Kinderfreund ist vorgestern in der Person des 48-jährigen Stellmachers Oester festgenommen worden. D., der bei einem hiesigen Schmiedemeister beschäftigt war, lodete ein zehnjähriges Mädchen in seine in der Berliner Straße belegene Wohnung, wo er das Kind vergewaltigte. Das Hilfeschrei des Mädchens wurde von vorübergehenden Personen gehört, die gewaltsam in die verschlossene Wohnung eindringen. Sie fanden die Kleine in einem Spind versteckt und entsetzlich zugerichtet. Der Wüstling wurde, nachdem ihm eine gehörige Tracht Prügel zuteil geworden war, von einem hinzugerufenen Polizeibeamten verhaftet, während das Kind in ärztliche Behandlung genommen werden mußte.

#### Röpenitz.

Bei den vorgestern stattgefundenen Erbschaften der zweiten Abteilung erhielten unsere Genossen Galle 151, Müller 140 Stimmen.

Von den Gegnern erhielten die Herren Hentschel 143, Feder 124, Dittrich 139 und Lohff 131 Stimmen. Es hat somit Stichwahl zwischen unseren Genossen und den Herren Hentschel und Lohff stattgefunden.

#### Neuenhagen (Ostbahn).

Gemeindevertreterversammlung. Der Antrag zum Ortsstatut betreffend die gewerbliche Pflichtfortbildungsschule, wonach dieselbe im Sommerhalbjahr Montags, Mittwochs und Freitags, abends von 6 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$  Uhr, und im Winterhalbjahr von 8—11 Uhr abends abgehalten werden soll, wurde gegen 4 Stimmen genehmigt. Unsere Vertreter wollten die Schulstunden in die Arbeitszeit verlegt wissen, fanden aber damit bei der Mehrheit keinen Anklang. Der Ueberlassung des Gemeindeplatzes im Dorfe zur Abhaltung einer Volksversammlung am 22. Mai wurde zugestimmt. Bei der Besprechung über den Bebauungsplan für den südwestlichen Teil unserer Gemarkung, wurde die Forderung der Terrainpräsidenten einer scharfen Kritik unterzogen und allgemein bedauert, daß schließlich auch Parteigenossen den Versprechungen der Agenten zu viel und zu leicht Glauben schenken und Verträge leichtfertig unterschreiben, durch welche die Käufer in bedrängte Lage geraten. Also Augen auf beim Kauf von Parzellen in Neuenhagen-Oppegarten.

In der Sitzung vom 8. Mai wurde als Gemeindevorsteher Herr Karl Schmale wiedergewählt. Für den ausscheidenden Schöffen Herrn Eutrich wurde Herr Bitterbart und als Stellvertreter Herr Noeder gewählt.

#### Weißensee.

Die Gewerkschaften werden auf die Sammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter aufmerksam gemacht. Sammelstellen sind bei dem Obmann des hiesigen Gewerkschaftsverbandes, Rich. Darschner, Langhausstr. 148, zu haben.

Für die Städtebau-Ausstellung sind gleichfalls Billets à 80 Pf. bei Darschner und beim Genossen Gustav Peukert, König-Charlottenstr. 88, zu haben. Die Unterkommision Weißensee.

#### Pankow.

In der Gemeindevertreterversammlung am Dienstag wurde zunächst noch eine Wahl für gültig erklärt und die Einführung zweier Gemeindevorsteher beschlossen. — Hierauf sollte die Ergänzung der Kommissionen vorgenommen werden. Dazu kam es aber vorerst nicht. Ein Teil der bürgerlichen Gemeindevorsteher war der merkwürdigen Auffassung gewesen, sich über die Besetzung der einzelnen Kommissionen in einer privaten Vorbesprechung, zu der weder unsere Genossen noch der größere Teil der bürgerlichen Vertreter hinzugezogen worden waren, verständigen und ihre Vorschläge der Gemeindevorstellung zur Beschlussfassung unterbreiten zu lassen. Hiergegen rekonstruierten nicht nur unsere, sondern auch bürgerliche Vertreter. Schließlich wurde auf Antrag unserer Genossen eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche sich mit der Sache befassen und dem Plenum in einer späteren Sitzung Vorschläge zur Besetzung resp. Ergänzung der einzelnen Kommissionen unterbreiten soll. — Sodann beschloß die Gemeindevorstellung die Errichtung von fünf Lehrer- und drei Lehrerinnenstellen an den hiesigen Gemeindefschulen zum 1. Oktober d. J. — Eine lebhaftere Debatte zeitigte die Beratung über die Regulierung der Park- und Damerowstraße. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß wenn auch die Notwendigkeit der Regulierung der Parkstraße an sich nicht bestritten werden könne, dennoch für eine Reihe anderer Straßen, wie beispielsweise der Kreuz-, Kaiser-Friedrich-, Brehme- und Schulstraße die Regulierung dringender gewesen wäre. Schließlich stimmte die Vertretung den Vorschlägen der Tiefbaukommission zu. — Um dem sich stetig steigenden Verkehr zwischen Pankow und Berlin zu genügen, hat die Gemeindevorstellung wiederholt an die Siemensbahn-Gesellschaft das Ersuchen gerichtet, in den verkehrreichen Stunden mehr Züge mit Anhängewagen verkehren zu lassen. Unter allerlei Gründen und Vorführung von Zahlen über Verkehrszählungen ist die Gesellschaft bisher stets dem berechtigten Ersuchen ausgewichen. So auch jetzt wieder. Die Gemeindevorstellung, sowie der Bürgermeister beklagen lebhaft, daß diese Gesellschaft der Gemeinde gegenüber so wenig entgegenkommen zeige. Um die von verschiedenen Seiten angewiesenen Zahlsergebnisse der Gesellschaft nachzuprüfen, soll in nächster Zeit eine amtliche Verkehrszählung der Siemensbahnlinie vorgenommen werden. — Nach Erledigung einer Reihe weiterer unwesentlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der öffentlichen und hierauf geheime Sitzung.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde Andre Lindenberg Nr. 69, born vier Treppen — Haberstr. 1 —, wochentags von 4 $\frac{1}{2}$  bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr abends hat. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Billige Fragen tragen man in der Ehrenrunde vor.

R. G. D. 1. Werden die Ihrem Bruder gehörigen Sachen eingekauft, so muß derselbe, unter Befugung einer eidswürdigen Versicherung eines Dritten, den Gläubiger zur Freigabe unter Führung einer Freit auf fordern, sich auch zur Vorlegung der auf seinen Namen lautenden Quittungen erboten und diese auf Verlangen vorlegen. Bleibt die Kauf-Inferententeilverantw.: Th. Glock, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

forderung erfolglos, so muß beim Amtsgericht die Einleitung der Staatsvollstreckung rechtzeitig vor dem Verfalltermin beantragt und die Vollstreckungsflagge erhoben werden. 2. An das Berliner Polizeipräsidium. Die Regalsicherung befreit die hiesige Österreichische Botschaft, Kronprinzen- ufer 14. — G. B. 81. 1. Die Verhandlung im Jahre 1903 wird vor dem Amtsgericht, Abteilung für Vormundschaftsachen (das ist das Vormundschaftsgericht), stattgefunden haben, weswegen die hiesige Klage zulässig ist. 2. Ja, können 14 Tagen nach Zustellung. — W. B. 50. Auch wir können die Klage nicht empfehlen. Sie sind an den Vertrag gebunden, können aber unter Innehaltung der im Statut gefestigten Frist kündigen. — G. B. 2. Völknerberg Nr. 1. Die Höhe hängt von der Vereinbarung mit dem Vater ab. Den Erben gegenüber könnte, wenn eine solche Vereinbarung und ein Anerkenntnis für die länger zurückliegende Zeit nicht vorliegt, nur der Anspruch für die letzten zwei Jahre geltend gemacht werden; für die weiter zurückliegende Zeit liegt Verjährung vor. — G. B. 100. Die Beantwortung der Fragen erübrigt sich deswegen, weil der junge Mann nicht zur Eingehung der Ehe gezwungen werden kann, selbst wenn seine Angaben unrichtig sind. — G. B. 42. Sie sind gebunden und können bei weiterer Weigerung verklagt werden. — W. B. 84. Wenn die vererbten Sachen nicht innegehalten sind, hat der Verkäufer Anspruch auf Herausgabe und Ersatz des Wertes. Die Höhe des letzteren kann nur ein Sachverständiger bestimmen. Die Kosten unterliegen nicht der Pfändung. Wie raten zu einem gültigen, am besten schriftlichen Abkommen mit dem Verkäufer. — Alter Abonnent 36. Es besteht Anspruch auf Rückgabe der Geschenke. — W. B. 131. Rein. — G. B. 100. 1. Rein. 2. Ja, nach Abzug der Kosten der Beerdigung im Verhältnis des Erbteils. Lautet die Versicherung zugunsten des Mannes, dann nicht. — Steuerzuschuß 50. Der Stempel ist zu unecht erhoben. — Rössel 108. 1. Rein, deshalb 2. nicht strafbar. — G. B. 1. Ja, allerdings nicht die Mutter, sondern der gesetzliche Vertreter des Kindes. 2. Der Ehemann könnte gelegentlich des Prozesses betrogen werden, wird aber kaum durchgreifen, da ein Beweis für die Behauptung schwer zu erbringen ist. — G. B. 36. Ihre Frau soll sich an Wilh. Hing, Berlin, Pringelstr. 66, wenden. Vielleicht findet sie Aufnahme in die von diesem geleitete Kasse. — G. B. 15. Ja. — Eichel, Ober-Schöneweide. 1. Wenn die Arbeit mangelhaft war und ein Preis vereinbart ist, oder der in Rechnung gesetzte angemessen ist, Sie das auch beweisen können, so klagen Sie. 2. Es besteht Anspruch auf Standung. 3. Das empfindet sich jetzt nicht mehr. — W. B. 95. 1. Gehändert kann werden. Ihre Frau muß alsdann in der unteren Chiffre R. G. B. 2 des heutigen Briefkastens erwähnten Besche intervenieren. 2. Gütergemeinschaft bezüglich der eingebrachten Sachen besteht nicht.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Futur sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Futur etwas reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Schleie und Kalle sehr gefragt, Preise für Fischhake hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Futur genügend, Geschäft ausfallend für Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand	
am 10. 5.	am 9. 5.	am 10. 5.	am 9. 5.
Regel, Mühl	184 +3	Saale, Großh.	106 -2
Regel, Zintherburg	-30 0	Havel, Spandau	70 +3
Regel, Elb. Thron	78 +2	Havel, Rathenow	93 -1
Ober, Ratibor	524 +38	Spree, Spremberg	82 +2
• Krossen	248 +23	• Bestrom	72 0
• Frankfurt	231 +25	• Sezer, Müden	-28 -18
• Gartz, Schrimm	62 -4	• Müden	53 +5
• Landberg	98 +11	• Rhein, Magdalenstau	529 +27
Regel, Vordamm	19 +3	• Rauh	270 +11
Elbe, Leimberg	195 +8	• Köln	266 +8
• Dresden	88 -2	• Riedar, Heilbrunn	119 -1
• Harbo	805 +34	• Main, Berthelm	169 +13
• Wagdeburg	244 +32	• Rosel, Trier	151 +18

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ) Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung war die Ober Elbe heute früh auf 160 cm am Pegel Ratibor gefallen und fällt noch. Der Wasserstand der Elbe am Pegel Riese steigt langsam.

Neu erschienen: **Führer** durch das Invalidenversicherungsgesetz mit ausführl. Inhaltsverzeichnis, alphabetischem Sachregister u. Formularen. Vierte vermehrte Auflage. Preis 30 Pf.

**Führer** durch die Strafprozessordnung Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei von Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwalt. Preis 30 Pf.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Schneidererei für elegante **Herren- u. Knaben-Garderobe.** Fertig und nach Maß. — Garantie für tadelloser Sitz und beste Verarbeitung. Auf **Teilzahlung** Wochenrate von **1 Mk.** .. **J. Kurzberg** Rosenthalerstr. 40 direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. 1. Etage

**Reste** Damenmode, schwarz u. farbig, Kostümstoffe, neueste Raff. Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Mänteln, Chev.-Kammgarne zu Knaben-Anzügen.

**Konfektion:** Paletots, Jackets, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke.

Stets Gelegenheitskäufe! **Paul Karle,** Warthenerstr. 18. (\*)

En gros detail **Knaben- und Jünglings-Garderobe** fertig u. nach Maß am billigsten und resistent in der Fabrik **Koppenstr. 85, part.** 2 Minuten v. Schles. Bahnhof. **Karl Hustädt.**

**Beste Bezugsquelle** Auf Teilzahlung **Jahre & König,** Warschauer Str. 65, Reichenkrocker Str. 101, Gubenstr. 19.

**Eine Mark** wöchentliche Teilzahlung elegant. Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung. **S. Boltuch,** Frankfurter Allee 75, 1. Etage am Tilsiter Strassen.

**Musik** für Violine, Klavier, Flöte, Zither, Trompete, Mandoline, Klarinette, Harmonika, Guitare, Bandonium, Gitarre-zither etc. Kataloge gratis. Angaben, für welches Instrument. **Domkowsky & Co.,** Hamburg 402.

**Dr. Schönemann** Spezialarzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10—2, 5—7. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.